

E i n l a d u n g

Gremium: Schulausschuss - öffentlich
Sitzungstermin: Dienstag, 29.03.2011, 17:00 Uhr
Ort, Raum: Ratssaal des Rathauses

Rastede, den 17.03.2011

1. An die Mitglieder des Schulausschusses

2. nachrichtlich an die übrigen Mitglieder des Rates

Hiermit lade ich Sie im Einvernehmen mit dem Ausschussvorsitzenden zu einer Sitzung mit öffentlichen Tagesordnungspunkten ein.

Hinweis: Vor der Sitzung findet ab 14 Uhr eine Bereisung der Grundschulen Wahnbek, Feldbreite (mit KGS) und Hahn-Lehmden statt.

Tagesordnung:

- TOP 1 Eröffnung der Sitzung**
- TOP 2 Feststellung der ordnungsgemäßen Einladung, der Beschlussfähigkeit und der Tagesordnung**
- TOP 3 Genehmigung der Niederschrift über die Sitzung vom 21.09.2010**
- TOP 4 Endbericht der Schulinspektion vom 09.08. bis 11.08.2010 in der Schule am Voßbarg
Vorlage: 2011/031**
- TOP 5 Organisation der Ganztagschule KGS Rastede
Vorlage: 2011/038**
- TOP 6 Kooperative Gesamtschule Rastede - Keine Umwandlung zur Oberschule
Vorlage: 2011/042**
- TOP 7 Schulhofskonzept für die Schulen der Gemeinde Rastede
Vorlage: 2011/001**
- TOP 8 Schließung der Sitzung**

**Mit freundlichen Grüßen
In Vertretung
gez. Henkel
1. Gemeinderat**

Mitteilungsvorlage**Vorlage-Nr.: 2011/031**

freigegeben am 16.02.2011

GB 2

Sachbearbeiter/in: Bernd Gottwald

Datum: 16.02.2011**Endbericht der Schulinspektion vom 09.08. bis 11.08.2010 in der Schule am Voßbarg****Beratungsfolge:**Status

Ö

Datum

29.03.2011

Gremium

Schulausschuss

Beschlussvorschlag:

Der Bericht wird zur Kenntnis genommen.

Sach- und Rechtslage:

Im Mai 2005 ist in Bad Iburg die Niedersächsische Schulinspektion eingerichtet worden. Sie hat die Aufgabe, an allen Schulen des Landes regelmäßig Schulinspektionen durchzuführen. Die Schulen sollen dadurch wichtige Impulse für die weitere Schulentwicklung erhalten.

Während des 3- bis 5-tägigen Schulbesuchs finden Unterrichtsbeobachtungen sowie strukturierte Gespräche des Inspektionsteams mit Vertreterinnen und Vertretern der Schulleitung, mit Lehrkräften, Eltern, Schülerinnen und Schülern sowie nicht lehrenden Mitarbeiterinnen und Mitarbeitern statt. Darüber hinaus erfolgt ein Schulrundgang unter Beteiligung des Schulträgers.

Die Schulinspektion bewertet nicht die einzelnen Lehrkräfte, sondern die Qualität der Schule und des Unterrichts an der Schule. Schule und Schulträger erhalten einen schriftlichen Inspektionsbericht. Es ist dann Aufgabe der Schule, aus dem Bericht einen Maßnahmenplan zu entwickeln und umzusetzen.

Im Rahmen der beschriebenen Vorgehensweise besuchte das Inspektionsteam vom 09.08. bis zum 11.08.2010 die Schule am Voßbarg. Während der Schulinspektion wurden bei insgesamt 17 Unterrichtsbesuchen alle Lehrkräfte im Unterricht aufgesucht.

Der Schulrundgang im Beisein des Schulträgers hat das Ziel der Aufnahme der Gebäude- und Raumsituation, der Außenanlage, der Ausstattung der Klassen- und Fachräume, des Umfeldes der Lehrkräfte sowie der Ausstattung mit Lehr- und Lernmaterialien.

Innerhalb des Inspektionsberichtes wurde zur Gebäude-, Raum- und Ausstattungssituation hervorgehoben, dass durch den Erweiterungsbau im Jahr 2002 sich die räumliche Situation deutlich verbessert hat, wobei die Räume zum Teil auch in Mehrfachfunktion (Aula/Mensa/Musikraum) genutzt werden. Das Lehrerzimmer, das Sekretariat, ein Kopierraum sowie die Büros für den Schulleiter und die Konrektorin wurden ebenfalls in diesem Zuge neu strukturiert.

Schulseitig wurde an das Inspektionsteam vermittelt, dass die Gebäudeunterhaltung nicht den Wünschen der Schule entspricht. Dabei wurde insbesondere auf die Sanitäranlagen verwiesen, die - wie bei der Inspektion auch angekündigt - Ende 2010 saniert worden sind. Dies zeigt, dass der Fachbereich Liegenschaften neben der routinemäßigen Unterhaltung der Gebäude im Rahmen der finanziellen Möglichkeiten auf die Wünsche in den Schulen eingeht.

Hinsichtlich der Klassen- und Fachräume wurden die Ausstattung der Lehrküche sowie die Multifunktionalität der Aula mit Bühne und Musikbereich positiv hervorgehoben. Die Schule schätzte die IuK-Ausstattung selbst als gut ein, da neben dem gesonderten Computerraum in jedem Klassenzimmer ein internetfähiger PC vorhanden ist.

Bezüglich der Bewertung des pädagogischen Qualitätsprofils der Schule wird der Rektor der Schule am Voßbarg, Herr Schrape, im Rahmen der Sitzung den Inspektionsbericht vorstellen und darüber informieren, welche Konsequenzen daraus gezogen werden beziehungsweise welche Impulse für die künftige Schulentwicklung zu nutzen sind.

Finanzielle Auswirkungen:

Keine.

Anlagen:

1. Bericht Schulinspektion Schule am Voßbarg



**Niedersächsische
Schulinspektion**

Bericht der Schulinspektion 2010

Schule am Voßbarg (95485)
in Rastede

A handwritten signature in black ink, which appears to read 'G. Gutsche'.

Teamleitung: G. Gutsche

Bad Iburg, 14. Oktober 2010

Inspektionsteam:

Teamleitung: RSD`n Gertrud Gutsche

Teammitglied/-er: RSD`n Astrid Busch

Gast/Gäste:

Zeitraum der Inspektion: 09.08. bis 11.08.2010

Schule:

Name: Schule am Voßbarg
Ansprechpartner/-in: Herr FöSR Bernhard Schrape
Straße: Schillerstraße 2
PLZ / Ort: 26180 Rastede
Telefon: 04402 2152
E-Mail: schule.am.vossbarg@ewetel.net

Schulträger:

Name: Gemeinde Rastede
Ansprechpartner/-in: Herr Gottwald
Straße: Sophienstraße 27
PLZ / Ort: 26180 Rastede
Telefon: 04402 920140
E-Mail: gottwald@rastede.de

Zuständige/r Dezernent/in:

Name: Herr RSD Janssen
Abteilung / Außenstelle: LSchB Abt. Osnabrück AST Oldenburg
Straße: Birkenweg 5
PLZ / Ort: 26127 Oldenburg
Telefon: 0441 9499811
E-Mail: manfred.janssen@lschb-os.niedersachsen.de

Verantwortlich:

Niedersächsische Schulinspektion
Schloss
49186 Bad Iburg
05403-7302-501
info@nschi.niedersachsen.de

Inhalt

Vorwort	4
1 Erläuterungen zum Schulbesuch.....	5
2 Ausgangssituation der Schule	6
3 Gebäude, Raumsituation und Ausstattung der Schule.....	7
4 Hinweise zur Beurteilung der Qualitäts- und Teilkriterien.....	9
5 Qualitätsprofil der Schule – kurz (s. Hinweise Abschnitt 4)	10
6 Bewertung	11
1. Ergebnisse und Erfolge	11
2. Schuleigenes Curriculum.....	11
3. Zielorientierung und Strukturierung des Unterrichts	12
4. Stimmigkeit und Differenzierung des Unterrichts	13
5. Unterstützung eines aktiven Lernprozesses.....	14
6. Lehrerhandeln im Unterricht und Pädagogisches Klima.....	15
7. Leistungsanforderungen und Leistungskontrollen.....	15
8. Unterstützung der Schülerinnen und Schüler im Lernprozess	16
9. Schülerberatung und -betreuung.....	17
10. Schulklima und Schulleben	18
11. Eltern- und Schülerbeteiligung	19
12. Kooperation mit Kindertageseinrichtungen, anderen Schulen und externen Partnern	20
13. Führungsverantwortung der Schulleitung.....	21
14. Verwaltungs- und Ressourcenmanagement	22
15. Personalentwicklung und Förderung der Lehrerprofessionalität	23
16. Ziele und Strategien der Qualitätssicherung und -entwicklung.....	24
7 Zusammenfassung	26
ANLAGE 1: Qualitätsprofil - lang.....	28
ANLAGE 2: Liste der vorgelegten Schuldokumente	36

Vorwort

In Niedersachsen ist am 3. Mai 2005 in Bad Iburg die Niedersächsische Schulinspektion eingerichtet worden. Sie hat die Aufgabe, an allen Schulen des Landes regelmäßig Schulinspektionen durchzuführen. Die Schulen sollen dadurch wichtige Impulse für die weitere Schulentwicklung erhalten.

Für die Schulinspektionen gelten bestimmte Verfahrensgrundsätze, über die die Schulen im Vorfeld informiert werden.

Es werden speziell für diese Aufgabe qualifizierte Schulinspektorinnen und Schulinspektoren eingesetzt (Inspektionsteams). Sie bewerten die Arbeit der Schule anhand festgelegter Kriterien. Es gehört nicht zu ihren Aufgaben, die Schulen zu beraten. Die Schulinspektorinnen und Schulinspektoren haben keine dienstaufsichtlichen Befugnisse.

In einer Vorinformation wird jede Schule (Schulleitung, Kollegium und interessierte Schulöffentlichkeit) in der Regel durch den 1. Inspektor über das Verfahren, die Bewertungskriterien und die eingesetzten Instrumente informiert. Der Schulinspektion werden vor dem Schulbesuch wichtige Schuldaten und -dokumente zur Verfügung gestellt.

Während des drei- bis fünftägigen Schulbesuchs finden Unterrichtsbeobachtungen sowie strukturierte Gespräche des Inspektionsteams mit Vertreterinnen und Vertretern folgender Gruppen statt: Schulleitung, Lehrkräfte, Eltern und Erziehungsberechtigte, Schülerinnen und Schüler sowie nicht lehrende Mitarbeiterinnen und Mitarbeiter.

Am Ende des Schulbesuchs gibt das Inspektionsteam der Schulleitung und der Schulöffentlichkeit eine erste mündliche Rückmeldung. Die Schulinspektion bewertet nicht die einzelnen Lehrkräfte, sondern die Qualität der Schule und des Unterrichts an der Schule. Die Bewertungskriterien, die zugrunde liegen, sind aus dem *Orientierungsrahmen Schulqualität in Niedersachsen* (2003, Neufassung 2006) abgeleitet (vgl. www.mk.niedersachsen.de unter „Schulqualität“).

Schule und Schulträger erhalten einen schriftlichen Inspektionsbericht (zunächst als Entwurf), zu dem sie eine Stellungnahme abgeben können. Den endgültigen, von der Leitung des Inspektionsteams unterschriebenen Bericht gibt die Schulleiterin oder der Schulleiter innerhalb einer Woche vollständig dem Schulpersonalrat, dem Schulelternrat und dem Schülerrat sowie den schulischen Gremien zur Kenntnis. Die Landesschulbehörde und der Schulträger erhalten den Inspektionsbericht gleichzeitig durch die Niedersächsische Schulinspektion.

Es ist Aufgabe der Schule, aus dem Bericht einen Maßnahmenplan zu entwickeln und umzusetzen.



Präsident der
Niedersächsischen Schulinspektion

1 Erläuterungen zum Schulbesuch

Im Rahmen der im Vorwort beschriebenen Vorgehensweise der Niedersächsischen Schulinspektion besuchte das Inspektionsteam vom 09.08. bis zum 11.08.2010 die Schule am Voßbarg .

In diesem Bericht werden die Ergebnisse der Schulinspektion beschrieben. Der Bericht legt dar, wie das Inspektionsteam die Qualität der Schule bewertet. Im Mittelpunkt steht die Qualität des Unterrichts an der Schule. Enthalten sind Qualitätsurteile zu insgesamt 16 Qualitätskriterien auf der Grundlage einer Bewertung von 98 Teilkriterien (vgl. Anlage 1). Der Bericht benennt die besonderen Leistungen und Stärken der Schule, beschreibt aber auch Schwächen und Verbesserungsbereiche. Dabei werden die besonderen Ausgangs- und Rahmenbedingungen berücksichtigt. Ziel ist es, die Schule zur Festigung ihrer Stärken und zur Verbesserung der Qualität in bestimmten Bereichen im Rahmen einer schulintern abgestimmten Maßnahmeplanung anzuregen.

Über die Grundsätze und Rahmenbedingungen des Inspektionsbesuches wurde die Schulleitung zunächst schriftlich und mündlich informiert.

Am 26.05.2010 fand eine Vorinformation in der Schule statt, in der über den Ablauf des Schulbesuches und über die Bewertungskriterien (Unterrichtsbeobachtungsbogen, Qualitätsprofil mit den 16 Kriterien) informiert wurde.

Zur Vorbereitung des Inspektionsbesuches stellte die Schule den ausgefüllten Erhebungsbogen sowie weitere Schuldokumente zur Verfügung (vgl. Anlage 2).

Während der Schulinspektion fanden insgesamt 17 Unterrichtsbeobachtungen statt (in der Regel 20 bis 25-minütige Einsichtnahmen), es wurden alle erreichbaren Lehrkräfte im Unterricht besucht.

An den jeweiligen Gesprächen waren beteiligt:

- 2 Mitglieder der Schulleitung
- 8 Lehrkräfte
- 9 Schülerinnen und Schüler
- 8 Eltern/Erziehungsberechtigte
- 2 Mitarbeiterinnen und Mitarbeiter

Am Schulrundgang waren der Schulleiter Herr Schrape, der Personalvertreter Herr Wittig sowie als Vertreter des Schulträgers Herr Gottwald beteiligt.

Im folgenden Abschnitt 2 wird auf der Basis der genannten Informationsquellen zunächst die Ausgangssituation der Schule skizziert, anschließend (Abschnitt 3) werden Aussagen zum Schulgebäude und -gelände, zur Raumsituation und Ausstattung getroffen. Nach einleitenden Hinweisen (Abschnitt 4) zur Beurteilung der Qualitäts- und Teilkriterien werden im Abschnitt 5 „Qualitätsprofil der Schule – kurz“ die einvernehmlich im Inspektionsteam abgestimmten Qualitätsurteile zu den 16 Kriterien in einer tabellarischen Übersicht aufgeführt. Eine ausführliche Auflistung der ca. 100 Teilkriterien ist als Anlage 1 beigelegt. Der Abschnitt 6 „Bewertung“ beschreibt die wesentlichen Stärken und Verbesserungsbereiche der Schule. Die wichtigsten Ergebnisse werden in Abschnitt 7 zusammengefasst.

Für die teilnehmende Schule war der Inspektionsbesuch eine besondere Herausforderung, die mit einem zusätzlichen organisatorischen Aufwand verbunden war.

Das Inspektionsteam hat in den Tagen des Schulbesuches eine offene und freundliche Atmosphäre vorgefunden. Dafür danken wir allen Beteiligten an dieser Stelle ausdrücklich.

2 Ausgangssituation der Schule

Die Angaben zur Ausgangssituation der Schule basieren auf Informationen aus dem Erhebungsbogen der Schule, den eingereichten Unterlagen der Schule und dem Schulrundgang während der Inspektion.

Die Schule am Voßbarg in Rastede ist eine Förderschule mit dem Schwerpunkt Lernen; die Gemeinde Rastede ist als Schulträger zuständig. Das Einzugsgebiet umfasst die Gemeinden Rastede und Wiefelstede mit acht Grundschulen, weiterführenden Schulen in zwei Schulzentren sowie 14 Kindertagesstätten. Für die Schule am Voßbarg besteht keine echte Konkurrenzsituation; es gibt im Landkreis Ammerland zwei weitere Förderschulen mit den Schwerpunkten Lernen und Geistige Entwicklung sowie drei Förderschulen in privater Trägerschaft.

Die Schule am Voßbarg wird seit 2008 als Ganztagschule als mit teilweise verpflichtenden Nachmittagsangeboten an vier Tagen geführt.

Als Förderzentrum ist die Schule am Voßbarg für acht Grundschulen sowie zwei Hauptschulzweige und zwei Realschulzweige in den jeweiligen Schulzentren der beiden Gemeinden zuständig. Seit 1994 nehmen Förderschullehrkräfte Aufgaben in unterschiedlichen sonderpädagogischen Organisationsformen wahr (Kooperation FöS – GS/HS, Mobiler Dienst Schwerpunkt emotionale und soziale Entwicklung, Integrationsklassen, Sprachförderklassen). Seit 2003 besteht für die Gemeinden Rastede und Wiefelstede ein Regionales Integrationskonzept (RIK); hier sichert die Schule am Voßbarg an vier der acht Grundschulen die sonderpädagogische Grundversorgung.

Für Schülerinnen und Schüler der Schule am Voßbarg besteht die Möglichkeit, durch den Besuch der 10. Klasse den Hauptschulabschluss zu erwerben. Laut Erhebungsbogen gibt es pro Schuljahr ein bis zwei Rückschulungen in die Hauptschule.

Zum Stichtag 01.08.2010 werden an der Schule am Voßbarg 93 Schülerinnen und Schüler (davon 23 weiblich) in den Jahrgängen 1 bis 10 unterrichtet; es wurden neun Klassen mit einer durchschnittlichen Klassengröße von zehn Schülerinnen und Schülern gebildet. Im Aufbau der Grundversorgung zurückgehende Schülerzahlen führen zu Bildung von Kombiklassen (1-3, 3+4, 4+5) in der Primarstufe; bis auf den zweizügigen Jahrgang 6 werden alle anderen Jahrgänge einzügig geführt.

Im Schuljahr 2009/2010 lebten 41 % der Schülerinnen und Schüler in Familien, die von staatlichen Transferleistungen abhängig sind (Bezug: Freistellung bei der Schulbuchausleihe). Die Zahl der Schülerinnen und Schüler mit nicht deutscher Herkunftssprache liegt bei 18 %. Es besteht ein hoher Anteil von Fahrschülern (82 %).

Der Schulleiter Herr Schrape übt seit 1995 sein Amt aus, die Konrektorin Frau Bojert seit 2000.

Das Kollegium der Schule am Voßbarg besteht aus 13 Lehrerinnen und neun Lehrern, von denen 16 an anderen Schulen fördern und/oder beraten, fünf mit allen Stundenanteilen. Im Umfang von 24 % sind Lehrkräfte teilzeitbeschäftigt. Die Schule bildet eine Anwärtlerin aus. Das Durchschnittsalter der Lehrkräfte liegt bei ca. 48 Jahren. Die Unterrichtsversorgung zum Schuljahresbeginn 2010/11 beträgt laut Angabe der Schule 98,2 %.

In der Verwaltung arbeitet eine Mitarbeiterin mit einer wöchentlichen Arbeitszeit von 14 Stunden. Der Hausmeister ist in Vollzeit beschäftigt und neben der Schule am Voßbarg für den im selben Gebäudekomplex liegenden Kindergarten zuständig.

Die Schule ist von 7.30 Uhr bis 16.00 Uhr geöffnet, die Unterrichtszeit erstreckt sich montags bis donnerstags von 7.50 Uhr bis 15.50 Uhr, am Freitag endet sie um 12.30 Uhr.

3 Gebäude, Raumsituation und Ausstattung der Schule

Gebäude- und Raumsituation:

Die Schule liegt am Rand des Hauptortes Rastede in direkter Nachbarschaft zu einem „benachteiligten“ Wohngebiet, in dem auch viele der Schülerinnen und Schüler wohnen.

Das Schulgebäude wurde den 60er Jahren als Funktionsbau für eine Berufsfachschule errichtet. Im Jahre 1970 zog die damalige Sonderschule in das Gebäude ein, das im Schuljahr 2001/02 um- und ausgebaut wurde (Anbauten mit Aula und Lehrküche, drei allgemeine Unterrichtsräumen, ein Gruppenraum).

Durch den Erweiterungsbau und Umbaumaßnahmen im Altbau im Jahre 2002 hat sich die räumliche Situation deutlich verbessert, allerdings müssen einige Räume in Mehrfachfunktionen belegt werden (z.B. Aula/ Mensa/ Musikraum, Beratungszimmer/Lehrerbücherei/Gruppenraum).

Im Erd- und Obergeschoss stehen neun allgemeine Unterrichtsräume sowie je ein Fachraum für Werken/Maschinenraum und Kunst/Keramikarbeiten, Naturwissenschaften, Textiles Gestalten, Hauswirtschaft und Computer zur Verfügung. Des Weiteren gibt es einen Schülerraum, in dem Schülerinnen und Schüler sich während der Pausen oder auch zu bestimmten Veranstaltungen (SV-Sitzungen; Freiarbeit, Hausaufgabenerledigung etc.) aufhalten können, sowie eine Schülerbücherei. Zwei kleine Lehrmittelräume sind vorhanden. Die neu errichtete Aula ist mit einer kleinen Bühne ausgestattet und wird für Versammlungen und für das Mittagessen genutzt. Im Verwaltungstrakt sind das Lehrerzimmer, das Sekretariat, ein Kopierraum und die Büros für Schulleiter und Konrektorin untergebracht. Dieser Trakt wurde im Zuge der Umbaumaßnahmen 2002 ebenfalls neu strukturiert. Im Keller sind zwei Räume für die Arbeitsgemeinschaften Imkerei und Fahrradwerkstatt vorhanden.

Sportunterricht bzw. Sportförderunterricht findet in den Sporthallen der nahe gelegenen KGS und der Grundschule Feldbreite statt.

Die Gebäudeunterhaltung durch den Schulträger entspricht (auf Grund von vorgegebenen Sparmaßnahmen) nicht immer den Wünschen der Schule (Streicharbeiten in den Klassen, Erneuerung von Gardinen, Sanierung der Schüler- und Lehrertoiletten). Derzeit ist geplant, die Klassenräume kontinuierlich zu sanieren (bisher zwei Räume). Die Sanitäranlagen sollen im laufenden Kalenderjahr vollständig saniert werden.

Schulhof/Schulgelände:

Das Schulgrundstück umfasst zwei Bereiche:

Hinter dem Gebäude bilden eine gepflasterte Fläche, ein Basketballplatz, ein Rasensportplatz sowie ein großer Sandspielplatz mit Kletter- und Spielgeräten den Pausenbereich, der zusätzlich durch eine Sandbirkenreihe und Pflanzbeete gegliedert wird. Es sind ausreichend Sitzmöglichkeiten vorhanden.

Der Teil des Schulgeländes neben dem gepflasterten Eingangsbereich (mit Fahrradstand) wurde mit einem Schulteich sowie einem „Entspannungsgarten“ mit den Anlagen „Insektenhotel“, Bachlauf und Kräutergarten naturnah umgestaltet.

Seit 2007 hat die Schule in ihrer unmittelbaren Nähe einen Acker zum Anbau von Obst und Gemüse für die Schulküche gepachtet. Dort und im Schulgarten sind schuleigene Bienenstöcke aufgestellt, für deren Betreuung der Hausmeister, eine Lehrkraft und der Schulleiter eine Zusatzausbildung absolviert haben. Der Hausmeister und die Lehrkraft leiten die Jugendlichen in der Imker-AG an.

Ausstattung der Klassen- und Fachräume:

Nach Angaben der Schule ist die Ausstattung der Klassen- und Fachräume durch den Schulträger zufriedenstellend und entspricht weitgehend den Notwendigkeiten. Hervorzuheben sind die Ausstattung der Lehrküche (Geräte und Einbauten in Edelstahl) sowie die Multifunktionalität der Aula (Bühne und Musikbereich). Außerhalb des regulären Budgets konnte die Schule über Spenden und Preisgelder im Verlauf der letzten anderthalb Jahre etliche Anschaffungen (Lernmitteln, Spiele bis hin zum Gewächshaus) tätigen.

Arbeitsplätze der Lehrkräfte u. a.:

Lehrerzimmer, Beratungszimmer und Verwaltungsräume sind vorhanden und adäquat ausgestattet. Zum Schuljahresbeginn 2010/2011 hat die Umnutzung eines Klassenraumes im 2. OG (der auch von der Musikschule Ammerland genutzt wird) zu einem Raum mit mehreren Lehrerarbeitsplätzen (Schreibtisch, PC, Regalkammer) begonnen.

Ausstattung mit Lehr- und Lernmaterialien:

Die Lehrkräfte können bei ihrer Unterrichtsplanung und –durchführung auf ein ausreichend breit gefächertes Angebot an Lehr- und Lernmaterial zurückgreifen; diese werden übersichtlich und leicht zugänglich gelagert. Zur Wiedergabe von auditiven bzw. visuellen Medien stehen die entsprechenden Geräte zur Verfügung.

Ausstattung mit IuK-Technik für den Unterricht:

Die Ausstattung wird von Seiten der Schule als gut eingeschätzt; in jedem Klassenraum steht ein internetfähiger PC. Mit Beginn des Schuljahres 2010/2011 besteht im Schülerzimmer die Möglichkeit einen PC auch außerhalb des Unterrichts nutzen zu können.

In einem gesonderten Computerraum stehen insgesamt neun Arbeitsplätze zur Verfügung, die innerhalb eines Netzwerkes verbunden sind. Alle PC verfügen über Internetanschluss sowie Lernprogramme; weitere spezielle Periphergeräte sind vorhanden. Seit diesem Schuljahr sind zwei Klassenräumen mit einem interaktiven Whiteboard ausgestattet.

Ausstattung mit IuK-Technik für die Schulverwaltung:

In der Verwaltung stehen drei untereinander vernetzte PC mit Internetzugang und separaten Druckern zur Verfügung.

Sonstiges:

Im Lehrerwerkraum steht als Absaugvorrichtung ein mobiler Staubsauger zur Verfügung, der an einige Geräte angeschlossen werden kann; für die fest installierten Großgeräte ist aufgrund des Alters der Geräte keine Absauganlage vorhanden.

4 Hinweise zur Beurteilung der Qualitäts- und Teilkriterien

1. Das Qualitätsprofil der Niedersächsischen Schulinspektion enthält Bewertungen zu 16 **Qualitätskriterien**, die, je nach Schulform, aus insgesamt 96 – 99 **Teilkriterien** bestehen.
2. Die Bewertung der **Qualitätskriterien** erfolgt nach vier Beurteilungskategorien:

4	stark	Die Schule weist bei diesem Qualitätskriterium in den Teilkriterien nur Stärken auf.
3	eher stark als schwach	Die Schule weist bei diesem Qualitätskriterium in den Teilkriterien mehr Stärken als Schwächen auf.
2	eher schwach als stark	Die Schule weist bei diesem Qualitätskriterium in den Teilkriterien mehr Schwächen als Stärken auf.
1	schwach	Die Schule weist bei diesem Qualitätskriterium in den Teilkriterien nur Schwächen auf.

3. Die Bewertung der **Teilkriterien** erfolgt nach den folgenden Beurteilungskategorien:

++	trifft in besonderem Maße zu
+	trifft zu
–	trifft nicht zu
0	keine Bewertung möglich

4. Bei der Bewertung der **Qualitätskriterien** gelten grundsätzlich folgende Normierungen:

Norm für 4	Alle bewerteten Teilkriterien sind mit „+“ bewertet, mindestens 25% mit „++“.
Norm für 3	Mehr als 50% der bewerteten Teilkriterien sind mit „+“ / „++“ bewertet.
Norm für 2	50% oder weniger als 50% der bewerteten Teilkriterien sind mit „+“ / „++“ bewertet.
Norm für 1	Kein bewertetes Teilkriterium ist mit „+“ / „++“ bewertet.

- Es werden nur die Teilkriterien berücksichtigt, bei denen eine Bewertung möglich ist.
 - Können 50% oder mehr der Teilkriterien nicht bewertet werden, bleibt das Qualitätskriterium ohne Wertung.
5. Bei der Bewertung der **Qualitätskriterien 3 – 6** des Teilbereiches „Lehrerhandeln im Unterricht“ gelten zusätzlich folgende Normierungen:

Zusatznorm für 4	Mindestens 85% der Unterrichtseinsichtnahmen sind mit „3“ oder „4“, mindestens 25% mit „4“ bewertet.
Zusatznorm für 3	Mindestens 75% der Unterrichtseinsichtnahmen sind mit „3“ oder „4“ bewertet.
Zusatznorm für 2	Mindestens 50% der Unterrichtseinsichtnahmen sind mit „3“ oder „4“ bewertet.
	Ist die Zusatznorm für „2“ nicht erfüllt, wird das Qualitätskriterium mit „1“ bewertet.

6. Einige Qualitätskriterien beinhalten Teilkriterien von wesentlicher Bedeutung („**Ausschlusskriterien**“), die mindestens mit „+“ bewertet sein müssen, um die Bewertung „3“ oder „4“ erreichen zu können. Diese Teilkriterien sind im Qualitätsprofil (Langfassung) grau unterlegt.

5 Qualitätsprofil der Schule – kurz (s. Hinweise Abschnitt 4)

Schule am Voßbarg (95485) in Rastede

Qualitätskriterien		Bewertungen			
Bereich Ergebnisse					
1	Ergebnisse und Erfolge der Schule: Die Schülerinnen und Schüler erreichen im Landesvergleich durchschnittliche oder gute Ergebnisse.	nicht bewertet			
Bereich Lernen und Lehren					
Teilbereich: Lehr- und Lerninhalte					
2	Schuleigenes Curriculum: Die Schule verfügt über ein differenziertes schuleigenes Curriculum mit abgestimmten Zielen und Inhalten.	4	3	2	1
Teilbereich: Lehrerhandeln im Unterricht					
3	Zielorientierung und Strukturierung: Die Lehr- und Lernprozesse sind auf sinnvolle Ziele hin orientiert und klar strukturiert.	4	3	2	1
4	Stimmigkeit und Differenzierung: Der Unterricht ist didaktisch und methodisch stimmig und zeigt eine klare innere Differenzierung.	4	3	2	1
5	Unterstützung eines aktiven Lernprozesses: Die Lehrkräfte unterstützen im Unterricht einen aktiven Lernprozess der Schülerinnen und Schüler.	4	3	2	1
6	Pädagogisches Klima: Im Unterricht herrscht eine unterstützende Arbeitsatmosphäre.	4	3	2	1
Teilbereich: Leistungsbewertung					
7	Leistungsanforderungen und Leistungskontrollen: Die Schule arbeitet mit einem Konzept für Leistungsanforderungen und Leistungskontrollen.	4	3	2	1
Teilbereich: Schülerunterstützung					
8	Unterstützung der Schülerinnen und Schüler im Lernprozess: Die Schule unterstützt und fördert die Schülerinnen und Schüler im Lernprozess.	4	3	2	1
9	Schülerberatung und -betreuung: Die Schule hat ein Konzept zur (außerunterrichtlichen) Beratung und Betreuung der Schülerinnen und Schüler.	4	3	2	1
Bereich Schulkultur					
10	Schulklima und Schulleben: Die Schule sorgt für ein sicheres Schulklima und ein anregungsreiches Schulleben.	4	3	2	1
11	Eltern- und Schülerbeteiligung: Die Schule sorgt dafür, dass sich Schülerinnen und Schüler sowie Erziehungsberechtigte aktiv am Schulleben und an der Schulentwicklung beteiligen.	4	3	2	1
12	Kooperation mit Kindertageseinrichtungen, anderen Schulen und externen Partnern: Die Schule kooperiert zielgerichtet mit anderen Schulen und externen Partnern. (GS, FöS: ... mit vorschulischen Einrichtungen)	4	3	2	1
Bereich Schulmanagement					
13	Führungsverantwortung der Schulleitung: Die Schulleitung stärkt die Schulgemeinschaft und sichert die Qualitätsentwicklung der Schule.	4	3	2	1
14	Verwaltungs- und Ressourcenmanagement: Die Schule setzt das Personal und die materiellen Mittel zweckmäßig ein.	4	3	2	1
Bereich Lehrerprofessionalität					
15	Personalentwicklung und Förderung der Lehrerprofessionalität: Die Schule stärkt die Professionalität der Lehrkräfte und fördert die Teamentwicklung im Kollegium.	4	3	2	1
Bereich Schulentwicklung					
16	Ziele und Strategien der Qualitätssicherung und -entwicklung: Die Schule hat ein System, um die Qualitätsentwicklung zu steuern.	4	3	2	1

6 Bewertung

1. Ergebnisse und Erfolge

Beim Qualitätskriterium „Ergebnisse und Erfolge“ lassen sich die vorgesehenen Schlüsse nicht im notwendigen Umfang ziehen, da derzeit noch der landesweite Referenzrahmen fehlt, der für Vergleiche unerlässlich ist.

Besondere Berücksichtigung findet hier: Die Schule am Voßbarg ist im Jahre 2008 mit dem „Deutschen Schulpreis“ (2. Platz) der Robert-Bosch-Stiftung ausgezeichnet worden. Des Weiteren hat sie die Zertifizierungen Comenius-Projektschule (2004-2007), Umweltschule in Europa (2007-2009) und „Nachhaltige Schülerfirmen“ (2009-2010) erhalten.

Gesamtbewertung: „nicht bewertet“

2. Schuleigenes Curriculum

Die Schule am Voßbarg hat sich frühzeitig mit der geforderten Kompetenzorientierung und dem damit verbundenen Paradigmenwechsel auseinandergesetzt und ausgehend vom Kompetenzbegriff der Kerncurricula der Grundschule und der Hauptschule sowie der „Handreichungen für einen kompetenzorientierten Unterricht im Förderschwerpunkt Lernen“ die Inhalte ihrer schuleigenen Arbeitspläne entwickelt.

Es liegen Arbeitspläne zu 15 Fächern der sechs Fachbereiche sowie Sport vor; die Arbeitspläne für Religion und Textiles Gestalten werden noch bearbeitet.

Die vorliegenden Pläne sind überwiegend in Fachkonferenzen, zum Teil auch in Einzelarbeit erarbeitet worden und unterscheiden sich in Qualität und Form. Insgesamt erfüllen die Arbeitspläne die Anforderungen der Niedersächsischen Schulinspektion an die Qualität. Wichtige Strukturelemente wie schulspezifische Besonderheiten, Bezüge zum eingeführten Lehrwerk, Hinweise zu fachspezifischen Methoden, Medien, Materialien und fächerübergreifenden Aspekte werden in ausreichendem Maße berücksichtigt. Derzeit diskutieren die Fachkonferenzen über eine einheitliche Struktur der Arbeitspläne mit dem Ziel, diese weiter zu entwickeln und zunehmend Fächer verbindende Aspekte zu koordinieren.

Die Schule hat kein Konzept, das verbindlich den Erwerb fachübergreifender Lern- und Arbeitstechniken für alle Schülerinnen und Schüler sichert. Zum Teil finden sich aus Fachsicht erste Ansätze zur Formulierung von Basiskompetenzen für Lern- und Arbeitstechniken sowie zum Sozial- und Arbeitsverhalten (z.B. Arbeitspläne Sachunterricht, Physik/Chemie). Umsetzungen sind im Projektunterricht und in den Förderplänen erkennbar oder gehören zum Repertoire einzelner Lehrkräfte. Es sind jedoch noch keine curricularen Strukturen erkennbar, wie z. B. Kompetenzen zum selbstständigen Lernen oder Arbeiten in unterschiedlichen Sozialformen systematisch erworben werden und welche Anteile hierbei die jeweiligen Fachbereiche haben. Überprüfbare Kompetenzstufen (wie z.B. im Medienkonzept), die in die Förderplanung einbezogen werden könnten, sind nicht entwickelt.

Fachübergreifendes Lernen und Projektunterricht werden als besondere pädagogische Angebote im Rahmen des Ganztagskonzeptes umgesetzt (z.B. Schülerfirma, Schulacker, Imkerei, Schulband, „Lesegeister“, Schulfrühstück, vgl. TK 2.5). In den schuleigenen Arbeitsplänen sind in Ansätzen Themenschwerpunkte für fächerübergreifenden und projektorientierten Unterricht benannt (vgl. TK 2.1). Im Sinne einer Pilotphase findet eine jahrgangsübergreifende Zusammenarbeit der Klassen 6a, 6b und 7 in den Fächern Geschichte, Erdkunde, Physik/Chemie und Biologie statt.

Ein Konzept zur Umsetzung von Sprachfördermaßnahmen für Schülerinnen und Schüler mit nicht ausreichenden Deutschkenntnissen liegt vor. Sprachfördermaßnahmen sind organisatorisch als zusätzliche Deutsch-Förderstunden fest im Stundenplan ausgewiesen. Sprachförderung findet außerdem Eingang in den regulären Unterricht und wird im Rahmen der Förderplanerstellung kommuniziert.

Besondere Konzepte zum Bildungsauftrag des niedersächsischen Schulgesetzes werden in vorbildlicher Weise in festgelegten und miteinander verknüpften Bereichen (Gesundheitserziehung, Umweltbildung, Soziales Lernen) berücksichtigt. Die verschiedenen Projekte berücksichtigen die unmittelbare Lebenswirklichkeit der Schülerschaft und bieten vielfältige Handlungsfelder und Verantwortungsbereiche, in denen Schlüsselqualifikationen vermittelt werden können. Darüber hinaus bewirken sie eine Öffnung der Schule und ermöglichen es den Schülerinnen und Schülern, sich selbstbewusst mit ihrer Schule zu identifizieren. Für ein umfassendes Verständnis von Lernen und Leistung ist die Schule am Voßbarg im Jahre 2008 mit dem Deutschen Schulpreis der Robert-Bosch-Stiftung ausgezeichnet worden; dem Inspektionsteam haben die umfänglichen Bewertungsdokumente vorgelegen.

Die Schule hat ein Konzept erarbeitet, das die Grundlage für eine kompetenzorientierte Medienerziehung darstellt. Es umfasst grundlegende Ziele sowie sieben Kompetenzbereiche mit zugeordneten Inhalten als Grundlage für die Arbeit im Primar- und Sekundarbereich (als stufenbezogene Kompetenzliste als Anhang), Hinweise auf Fortbildungsplanung und Angaben zur Ausstattung. Die Vermittlung erfolgt bezogen auf den individuellen Lern- und Leistungsstand der Schülerinnen und Schüler in projekt- und handlungsorientierten Zusammenhängen. In der Sekundarstufe sind alle Schülerinnen und Schüler an mindestens einer Medienproduktion beteiligt; als weitere Absicherung ist ab Schuljahr 10/11 die Bescheinigung für ein „Internetseepferdchen“ in Kl. 5/6 geplant. Die Einarbeitung in die schuleigenen Arbeitspläne (siehe TK 2.1) ist unterschiedlich weit in den Fachbereichen vorangeschritten.

Die Schule am Voßbarg setzt in Kooperation mit außerschulischen Partnern (ausgewählte Betriebe, Berufsbildende Schulen Ammerland und Oldenburg, Werbegemeinschaft „Handel und Handwerk Wiefelstede“, Agentur für Arbeit Oldenburg) wirkungsvoll ein Konzept zur Stärkung der beruflichen Orientierung um, das den Schülerinnen und Schülern über Betriebsbesichtigungen, Schülerpraktika mit nachfolgenden Praxistagen, Praktikums- und Fachpraxistagen in der BBS, Bewerbungstrainings sowie Berufsberatung eine Vorbereitung auf die Anforderungen der Arbeitswelt bietet. Alle Schülerinnen und Schüler führen ab der 8. Klasse einen Kompetenzpass, der zusammen mit der Berufsschule entwickelt wurde und dort auch weiter geführt wird. Das Konzept der Schülerfirma „Iss was“ ist fest in der Sekundarstufe verankert und gewährleistet durch realitätsbezogenes Lernen den Erwerb von Schlüsselqualifikationen wie Teamfähigkeit und Eigeninitiative; eine Erweiterung erfährt das Konzept durch den Aufbau der Abteilungen „Ackerbau“, „Cafe am Teich“ und „Backhaus“. Durch die enge Vernetzung mit Handwerksbetrieben gelingt es der Schule in beachtlicher Weise, ihren Schülerinnen und Schülern den Zugang zu einer qualifizierten Ausbildung zu ermöglichen. In der Werbegemeinschaft „Handel- und Handwerk“ genießt die Schule einen guten Ruf, so dass es in Verbindung mit Praktika häufig zu Ausbildungsplatzangeboten kommt. Die Schule dokumentiert die nachschulischen Karriereverläufe lückenlos seit 2005 und nutzt die Daten für die kontinuierliche Verbesserung der Maßnahmen im Bereich der Berufsorientierung (vgl. TK 16.4).

Gesamtbewertung: 3 („eher stark als schwach“)

3. Zielorientierung und Strukturierung des Unterrichts

Die Lehrkräfte sorgen in ausreichendem Maße dafür, dass den Schülerinnen und Schülern über die Themenstellung hinaus auch die Ziele und Leistungserwartungen der Unterrichtssequenzen

deutlich werden oder vergewissern sich am Ende, ob die Ziele erreicht wurden. In einzelnen Sequenzen werden die Schülerinnen und Schüler in eine Bewertung der Ziele einbezogen.

In ausreichendem Maße werden der Lehrstoff und die Aufgaben verständlich erläutert. Den Schülerinnen und Schülern sind die Arbeitsaufträge und Arbeitsformen in der Regel klar; zudem vergewissern sich die Lehrkräfte, ob die Arbeitsanweisungen korrekt ausgeführt werden. Visualisierungstechniken können selten beobachtet werden.

Fast durchgängig ist der Lernprozess deutlich strukturiert und die Abfolge der Unterrichtsschritte verständlich und nachvollziehbar. Teilweise wird den Schülerinnen und Schülern der Ablauf auch visuell dargestellt (vgl. TK 3.1). Der „rote Faden“ der Unterrichtssequenzen ist erkennbar.

In besonderer Weise gelingt es den Lehrkräften, durch organisatorische Maßnahmen die Unterrichtszeit lernwirksam zu nutzen. Benötigte Materialien und Geräte sind einsatzbereit. Die räumlichen Gegebenheiten (Sitzordnung, Materialablage, Raumwechsel, etc) werden bei der Unterrichtsplanung erkennbar berücksichtigt.

Die Lehrkräfte sorgen insgesamt in ausreichendem Maße für einen geordneten Verlauf der Unterrichtsstunden, in denen auf die Einhaltung der Regeln geachtet und auf Verstöße rechtzeitig und konsequent reagiert wird. Gut einem Drittel der Lehrkräfte gelingt dies in besonderem Maße. Viele Schülerinnen und Schüler zeigen ein hohes Maß an Selbststeuerung und Teamfähigkeit.

Gesamtbewertung: 3 („eher stark als schwach“)

4. Stimmigkeit und Differenzierung des Unterrichts

Die Inhalte und das Anforderungsniveau der beobachteten Unterrichtssequenzen sind nahezu durchgängig angemessen, fachlich und pädagogisch sinnvoll gewählt und beziehen sich auf die gültigen Arbeitspläne. Es wurde ein fachlicher Mangel beobachtet.

Die gewählten Unterrichtsmethoden sind nicht hinreichend auf die Schülerinnen und Schüler abgestimmt. Zwar passen sie häufig zu den Zielen und Inhalten der Stunde, der Einsatz fachspezifischer Arbeitsverfahren, sinnvoller Methodenwechsel, die Berücksichtigung unterschiedlicher Lernvoraussetzungen in der Unterrichtsplanung sind jedoch nicht durchgängig erkennbar. In einzelnen Sequenzen sind die gewählten Methoden bezüglich der Lernzeit besonders effizient oder zielen deutlich auf selbstständige Lernprozesse.

Der Unterricht berücksichtigt in ausreichendem Maße unterschiedliche Anforderungsbereiche bis hin zum Problem lösenden Denken. Die Schülerinnen und Schüler erhalten neben reproduktiven Arbeitsverfahren seltener Aufgabenstellungen, die problembezogenes Denken, Reflektieren und Beurteilen erfordern. Entdeckendes Lernen, Bezüge zur Lebenswelt, das Herstellen von Zusammenhängen sowie die Vermittlung von allgemeinen Lernstrategien werden in einzelnen Sequenzen berücksichtigt.

Bei der Berücksichtigung der unterschiedlichen Leistungsfähigkeit und des unterschiedlichen Lern tempos in Planung und Durchführung des Unterrichts wird die Normierung unterschritten. In gut der Hälfte der Einsichtnahmen differenzieren die Lehrkräfte vorrangig nach Lerntempo, durch zusätzliche Aufgaben oder ergänzende Anleitungen. In einzelnen Sequenzen erhalten die Schülerinnen und Schüler unterschiedlich anspruchsvolle Aufgaben oder verschiedene Lernzugänge („Lernen mit allen Sinnen“). Vereinzelt werden durch geeignete Sozialformen („Experten“, Partnerarbeit) Differenzierungsmaßnahmen umgesetzt. Besonders in den Nachmittagsangeboten werden die Schülerinnen und Schüler dabei unterstützt, ihre individuellen Kenntnisse und Fähigkeiten zu erkennen und weiter zu entwickeln. Formen der Selbsteinschätzung sind im Rahmen des Unterrichtes kaum zu beobachten. Es wurden 15 von 17 Einsichtnahmen bewertet (Setzung auf 0).

Die eingesetzten Lehrmaterialien und Medien sind fast durchgängig auf die Lerngruppen sowie die Inhalte abgestimmt. Sie sind überwiegend motivierend, anschaulich und verständlich und unterstützen die Schülerinnen und Schüler in ihrem Lernprozess. In knapp einem Fünftel der Sequenzen gelingt dies in besonderem Maße. Dabei kommt es nicht zu einer Überfrachtung des Unterrichts mit Medien. Insgesamt werden Visualisierungstechniken zum besseren Verständnis des Stundeninhalts selten eingesetzt. Die Materialien sind auf aktuellem Stand, einzelne Arbeitsblätter weisen jedoch Rechtschreib- bzw. Grammatikfehler auf.

Gesamtbewertung: 3 („eher stark als schwach“)

5. Unterstützung eines aktiven Lernprozesses

Durch persönliche Ansprache und Zuwendung erreichen die Lehrkräfte fast durchgängig eine Teilnahme der Schülerinnen und Schüler am Unterricht. In circa einem Drittel der Einsichtnahmen gelingt dies in besonderem Maße. Die Lehrkräfte sorgen durch geeignetes methodisches Vorgehen sowie aktivierende Gesprächsformen dafür, dass die Schülerinnen und Schüler auch miteinander in Interaktion treten und erkennbar an Lerninhalten bzw. Unterrichtsergebnissen interessiert sind.

Bei der Förderung selbstständiger Lernprozesse wird die gesetzte Norm nicht erreicht. In knapp zwei Drittel der Einsichtnahmen kommt es zu Aufgabenstellungen, die Impulse zum Erkunden, Entdecken oder Ausprobieren geben. Arbeitsphasen, in denen die Schülerinnen und Schüler verschiedene Lösungswege suchen, Arbeitsergebnisse selbstständig kontrollieren und korrigieren sowie das selbstständige Präsentieren von Lernergebnissen sind kaum zu beobachten.

Es wird hinreichend deutlich, dass die Schülerinnen und Schüler in Partner- oder Gruppenarbeit geübt sind. In ausreichendem Maße erhalten sie Aufgaben, bei denen Zusammenarbeit, Meinungsaustausch oder gegenseitige Hilfe erforderlich ist. In einzelnen Sequenzen werden die Schülerinnen und Schüler auf Grundsätze der Partner- bzw. Gruppenarbeit hingewiesen und Ergebnisse gemeinsam präsentiert. Es wurden 14 von 17 Einsichtnahmen bewertet (Setzung auf 0).

Aufgabenstellungen, die den gezielten und sachkundigen Gebrauch von Medien fördern, sind in ausreichendem Maße in den Unterrichtsprozess integriert. Die Lehrkräfte fördern vorrangig, dass Medien bzw. Arbeitsmittel (Sachtexte, Atlanten, Bilder, Alltagsgegenstände) sachkundig zur Informationsbeschaffung bzw. zur Informationsverarbeitung eingesetzt werden. Die selbstständige Nutzung angemessener Medien für die Präsentation von Lernergebnissen wird nicht wahrgenommen. Der PC wurde in einer Einsichtnahme sinnvoll im Lernprozess genutzt; es wurden 11 von 17 Einsichtnahmen in die Bewertung einbezogen (Setzung auf 0).

Alle Lehrkräfte vergewissern sich während des gesamten Unterrichtsverlaufs, ob die Schülerinnen und Schüler die Aufgaben richtig ausführen, erkennen frühzeitig Lernschwierigkeiten und agieren daraufhin unterstützend. In einzelnen Sequenzen gelingt dies besonders wirksam, indem Fehler als Lernchance genutzt werden und Schülerinnen und Schüler Impulse bzw. gezielte Hinweise für selbsttätiges Handeln erhalten. Eine angeleitete Reflexion von Lernerfahrungen ist nicht zu beobachten.

Der Unterricht führt durchgängig zu erkennbaren Ergebnissen; die Schülerinnen und Schüler wenden Gelerntes an, bearbeiten Material entsprechend der Vorgabe oder kommen zu Ergebnissen im Sinne der Aufgabenstellung.

Gesamtbewertung: 3 („eher stark als schwach“)

6. Lehrerhandeln im Unterricht und Pädagogisches Klima

Prägende Stärke im Unterricht der Schule am Voßbarg ist das pädagogische Klima, das durch ein hohes Maß an persönlicher Zuwendung, Ermutigung und Verlässlichkeit zu einer tragfähigen Lehrer-Schüler-Beziehung führt.

Im Unterrichtsgeschehen ist überwiegend eine freundliche und konstruktive Arbeitsatmosphäre wahrzunehmen. Das Arbeitsklima ist angstfrei und von Vertrauen, Respekt und Wertschätzung geprägt. In einem Drittel der Einsichtnahmen ist dies in besonderem Maße wahrzunehmen. Die Lehrkräfte zeigen in hohem Maße Interesse an den Beiträgen der Schülerinnen und Schüler und fördern gegenseitiges Zuhören. Überraschende Beiträge belasten nicht das Arbeitsklima, sondern werden als Lernchance genutzt.

In vorbildlicher Weise unterstützen die Lehrkräfte die Schülerinnen und Schüler durch differenziertes Lob, Bestätigung und nachvollziehbare Bewertungen. Eine grundsätzlich positive Erwartung im Hinblick auf die Entwicklungsmöglichkeiten der Schülerinnen und Schüler wird auch im Interview mit Erziehungsberechtigten bestätigt.

Überwiegend tragen die Lehrkräfte durch ihr Auftreten zu einer lernwirksamen Arbeitsatmosphäre bei und präsentieren sich in ihrer Rolle eindeutig. Dieses Merkmal wird in circa einem Drittel der Sequenzen in besonderer Weise umgesetzt. Die Lehrkräfte können Stimme und Körpersprache wirkungsvoll einsetzen, agieren flexibel und nehmen ihre sprachliche Vorbildfunktion wahr.

Die Lernumgebung trägt zu einer positiven Arbeitsatmosphäre bei. In ausreichendem Maße übernehmen die Lehrkräfte die Verantwortung für gepflegte und dem Alter der Lerngruppe entsprechend sinnvoll gestaltete Klassenräume; eingeplante Lernmaterialien sind leicht zugänglich, die Sitzordnung ist dem Lernprozess förderlich angepasst und Klassen bezogene Informationen sind übersichtlich angeordnet.

Gesamtbewertung: 4 („stark“)

7. Leistungsanforderungen und Leistungskontrollen

Die Anstrengungs- und Leistungsbereitschaft der Schülerinnen und Schüler wird von der Schule am Voßbarg in vorbildlicher Weise gefördert und gefordert. Grundsätzlich werden pädagogische Prinzipien wie Stärkenorientierung, Praxisbezug und tragfähige Beziehungen als Voraussetzung für die Persönlichkeitsstärkung der Schülerinnen und Schüler angesehen.

Das vorrangige Erziehungsziel, sich erfolgreich zu erleben und stolz auf Leistungen zu sein, erreicht die Schule u.a. durch die Teilnahme der Schülerinnen und Schüler an verschiedenen Wettbewerben (z.B. Plattdeutscher Lesewettbewerb) und Sportturnieren sowie durch Auftrittsmöglichkeiten und die Veröffentlichung von Projektergebnissen in Schule und Gemeinde. Die Arbeit in der Schülerfirma „Iss was“ und die Wahlpflicht-Arbeitsgemeinschaften haben einen hohen Echtheitscharakter und sind mit Zufriedenheitsbefragungen der „Kunden“ verbunden. Die Beteiligten bestätigen eine leistungsfördernde Motivation z.B. durch standardisierte Anforderungen im Bereich der Medienerziehung und der Berufsorientierung (Kompetenzlisten, demnächst Internetseepferdchen, Kompetenzpässe).

Die Lehrkräfte informieren die Schülerinnen und Schüler über mittelfristige Ziele und Inhalte des Unterrichtes sowie über erwartete Leistungen, z.B. vor Projekten oder neuen Themen. Individuelle Ziele werden im Zusammenhang mit Förderplänen vereinbart und zum Teil in schriftlicher Form ausgehändigt. Schülerinnen und Schüler sowie Eltern erhalten z.B. über Wochenpläne im Voraus

einen orientierenden Einblick in die Unterrichtsplanung, eine Unterstützung wird dadurch ermöglicht. Derzeit wird von einer Klasse die Einführung eines Wochenplanheftes erprobt.

Für die jeweiligen Unterrichtsfächer liegen in unterschiedlicher Ausprägung Bewertungsgrundsätze vor; diese beziehen sich vorrangig auf Absprachen über fachspezifische Formen der Leistungsbewertung sowie zur Anzahl der Leistungsfeststellung. Die Fachkonferenzen haben begonnen, Kriterien der Leistungsbewertung in Verbindung zu den Arbeitsplänen zu thematisieren und Kompetenzstufen festzulegen. Das Vorgehen ist von Stärkenorientierung geprägt; Leistungsanforderungen bauen auf bisher erworbenen Kompetenzen auf.

In vorbildlicher Weise unterstützt die Schule am Voßbarg die Leistungsanforderungen an ihre Schülerinnen und Schüler durch eine qualifizierte Hausaufgabenbetreuung. Im Rahmen des Konzeptes Ganztagschule ist verlässlich organisiert, dass Schülerinnen und Schüler der SEK I ihre Hausaufgaben in der „Lernzeit“ nach der Mittagspause vollständig erledigen können (vgl. TK 8.5).

Über die Regelungen zur Versetzung und zur Schullaufbahn werden die Erziehungsberechtigten sowie die Schülerinnen und Schüler im Rahmen von Sprechtagen, Elternabenden sowie erlassgemäß im Zusammenhang mit dem Feststellungsverfahren zum sonderpädagogischen Förderbedarf informiert. Allgemeine Kriterien für Empfehlungen zum Besuch der 10. Klasse sind als Entscheidungshilfen festgelegt.

Gesamtbewertung: 4 („stark“)

8. Unterstützung der Schülerinnen und Schüler im Lernprozess

Die Schule ermittelt und dokumentiert die individuelle Lernentwicklung der Schülerinnen und Schüler umfassend mittels eines einheitlichen Verfahrens.

Auf der Grundlage einer differenzierten Eingangsdiagnostik im Rahmen des Überprüfungsverfahrens werden die Lernstände in den einzelnen Unterrichtsfächern sowie Aussagen zum Arbeits- und Sozialverhalten in einem Beobachtungsheft dokumentiert. Ausgehend von den curricularen Vorgaben und den schuleigenen Arbeitsplänen werden die anzustrebenden Kompetenzen an den individuellen Entwicklungsstand der Schülerinnen und Schüler angepasst. Für die Förderpläne nutzt die Schule ein einheitliches Raster mit den Kategorien Lernbereich, Ziele, Methoden/Materialien, individuelle Stärken sowie Vereinbarungen mit den Beteiligten. Erziehungsberechtigte sowie Schülerinnen und Schüler sind nachweislich in die Förderplanung einbezogen. Derzeit werden die Vor- und Nachteile der Dokumentation mittels Beobachtungsheft diskutiert.

Die Schülerinnen und Schüler sowie die Erziehungsberechtigten erhalten über Zeugnisse und Sprechtage hinaus die Möglichkeit, sich umfassend über die individuelle Lernentwicklung zu informieren. Durch Gespräche mit ihren Lehrkräften erhalten die Schülerinnen und Schüler regelmäßig ein Feedback über ihre Lernentwicklung. Die befragten Erziehungsberechtigten sehen sich in die Zielfestlegung und Förderplanung einbezogen. Persönliche Gespräche, Mitteilungshefte im Primarbereich, Telefonate, ggf. Hausbesuche sowie Hospitationsmöglichkeiten gewährleisten mit allen Lehrkräften einen regelmäßigen Austausch, der als besonders wirksam betrachtet wird und zu hoher Zufriedenheit führt.

Die Schule hat ein Förderkonzept erarbeitet, das die Grundlage für individuelle Förderung darstellt. Der organisatorische Rahmen zur Erhebung bzw. Auswertung der individuellen Datenlage und der daraus folgender Absprachen ist festgelegt und sinnvoll. Zweimal jährlich werden der Lernstand erhoben und Maßnahmen im Rahmen von Teambesprechungen und Eltern-/Schülergesprächen überprüft.

Die Förderung der Schülerinnen und Schüler ist strukturell umgesetzt durch Formen äußerer Differenzierung (u.a. Doppelbesetzungen, Sport-, Sprach-, Deutschförderunterricht) sowie durch besondere Angebote im Rahmen der Ganztagschule (Schülerfirma, Projekt „Lesegeister“, „Waldschule“ etc.). Die Schule gibt darüber hinaus Formen der inneren Differenzierung sowie unterschiedliche Organisationsformen (z.B. Differenzierung nach Lerntempo, angepasste Aufgaben, Wochenpläne, Helfersysteme, Gruppenarbeit) an. Der Anteil von Unterrichtseinsichtnahmen, die von der Anlage her die unterschiedliche Leistungsfähigkeit und das unterschiedliche Lerntempo von Schülerinnen und Schülern berücksichtigen, liegt mit rund 50 % unter der gesetzten Norm (vgl. TK 4.4).

Grundsätzlich ist die Förderung an vorhandenen Stärken ausgerichtet. Talente und Fähigkeiten können im Rahmen der Ganztagsangebote erkannt und entwickelt werden. Leistungsstärkere Schülerinnen und Schüler werden durch Schulpraktika und Lehrerbegleitung auf einen Wechsel an die Hauptschule vorbereitet oder erwerben den Hauptschulabschluss am Ende der 10. Klasse in der Schule am Voßbarg.

In vorbildlicher Weise organisiert die Schule im Rahmen ihres Ganztagskonzeptes Angebote zur Förderung der Konzentration- und Lernfähigkeit. Dazu gehören u.a. die Rhythmisierung des Schultages (Ankommzeit, Unterricht, Lernzeit, Arbeit in Projekten), das tägliche Schulfrühstück sowie Mittagessen an vier Ganztagen. Die „Lernzeit“ (Hausaufgabenbetreuung) ist als verbindliche Zeit in ruhiger Atmosphäre mit verlässlicher Unterstützung eingeplant. Auf dem naturnah gestalteten Schulgelände stehen ausreichend altersangemessene Sitz- und Rückzugsmöglichkeiten zur Verfügung; für die höheren Jahrgänge wurde zusätzlich ein „Schülerzimmer“ eingerichtet.

Gesamtbewertung: 4 („stark“)

9. Schülerberatung und -betreuung

Die Schule am Voßbarg hat ein Konzept erarbeitet, das als Grundlage für Beratung gelten soll und u.a. Grundsätze, Beratungsanlässe sowie die Aufgabenbereiche der Beratungslehrerin darstellt. Auf die Zusammenarbeit mit externen Beratungseinrichtungen wird durch Auflistung hingewiesen, Schnittstellen und Zuständigkeiten werden nicht explizit benannt. Für Erziehungsberechtigte gibt es einen Flyer bzw. einen Aushang am „Schwarzen Brett“ mit wichtigen Informationen zur Arbeit bzw. Erreichbarkeit der Beratungslehrerin.

In der Praxis wird der Beratungsbedarf von Schülerinnen und Schülern, Erziehungsberechtigten und Lehrkräften wahrgenommen und durch vielfältige Maßnahmen umgesetzt. In den Interviewgruppen der Schülerinnen und Schüler und der Erziehungsberechtigten wird ausdrücklich bestätigt, dass die Schule bei Problemen auf einer Vertrauensbasis frühzeitig und wirkungsvoll Hilfe und Unterstützung anbietet.

Dabei arbeitet die Schule Fall bezogen u.a. mit dem Jugendamt, der Jugendgerichtshilfe, dem Kinderschutzbund, Pro Familia, der Polizei, dem Sozial-Pädiatrischen Zentrum Oldenburg, einer Tagesgruppe, dem Waisenstift Varel sowie Ärzten und Therapeuten zusammen (vgl. 9.1).

Die Schule am Voßbarg hat ein Absentismuskonzept erarbeitet, das die Grundlage für den Umgang mit Schulversäumnissen darstellt. Es umfasst Ziele und Hintergründe sowie daraus abgeleitete Verfahrensweisen und sichert mit einem abgestuften Maßnahmenkatalog auf drei Ebenen (Prävention, Intervention, Therapie) wirkungsvoll ein einheitliches und vernetztes Vorgehen. In den Interviewgruppen wird übereinstimmend bestätigt, dass Versäumnisse stets hinterfragt werden und Absentismus an der Schule kein Problem darstellt.

Die Schullaufbahn- und Berufsberatung wird von der Schule am Voßbarg im Rahmen des Feststellungsverfahrens, bei verändertem Förderbedarf sowie am Ende der Schulzeit durch die Berufsbe-

ratung der Agentur für Arbeit und „Schnupperpraktika“ an der BBS besonders umfassend und verlässlich organisiert. Die Konzepte der 10. Klassen (Hauptschulabschluss bzw. Praxisklasse) umfassen die intensive und frühzeitige Information über verschiedene Möglichkeiten für ein 10. Schuljahr. In den Gesprächsrunden wird deutlich, dass die zuverlässige und vertrauensvolle Zusammenarbeit mit den Lehrkräften von Erziehungsberechtigten sowie von Schülerinnen und Schülern sehr wertgeschätzt wird.

Gesamtbewertung: 4 („stark“)

10. Schulklima und Schulleben

An der Schule am Voßbarg herrscht ein sehr respektvoller und freundlicher Umgang zwischen allen Beteiligten. Dies wurde in den verschiedenen Interviews dargestellt und auch vom Inspektions-team so wahrgenommen.

Die befragten Schülerinnen und Schüler bestätigen, dass sie sich an der Schule sehr sicher und wohl fühlen. Dazu tragen in der Wahrnehmung der Schülerschaft der transparente und konsequente Umgang mit Regeln, eine umfassende Unterstützung sowie die vielfältigen Ganztagsangebote bei.

Die Lehrkräfte, die Mitarbeiterin und der Mitarbeiter fühlen sich an der Schule ebenfalls wohl, zum Teil sogar sehr wohl. Sie identifizieren sich in hohem Maße mit ihren Aufgaben und sehen sich als gut zusammen arbeitendes Team, das vielseitige Entwicklungsmöglichkeiten und eigenständige Verantwortungsbereiche aktiv nutzt. Damit verbundene Belastungsfaktoren (z. B. Einsatz im RIK, Projektentwicklung, Ganztagsangebote usw.) werden benannt.

Die Schule macht insgesamt einen gepflegten Eindruck und ist einladend und informativ gestaltet; Schäden oder Verunreinigungen werden rasch beseitigt. Die Sanierung der Toilettenanlagen ist dringend notwendig und erfolgt noch in diesem Jahr (vgl. Ausgangssituation).

Das Schulgelände mit Rasenflächen und versiegelten Bereichen ist als Aufenthaltsort für die unterschiedlichen Altersgruppen angemessen gestaltet und bietet in besonderem Maße pädagogisch sinnvolle Bewegungs-, Spiel- und Sportmöglichkeiten. Die naturnahe Gestaltung im „Entspannungsgarten“, der Schulgarten und der nahe gelegene Schulacker eröffnen den Schülerinnen und Schülern vielfältige Möglichkeiten, Natur zu erleben und verantwortlich zu nutzen (vgl. Ausgangssituation).

Die Schule am Voßbarg hat in besonderem Maße vielfältige Angebote für ein anregendes Schulleben entwickelt. Die „Feierkultur“ der Schule wird mit einer Übersicht über regelmäßige Veranstaltungen, Grundanliegen, Planung und Durchführung umfassend dargestellt. Zu den sogenannten „Alltagsunterbrechungen“ gehören u.a. Klassenfahrten, Einschulungs- und Abschlussfeiern, Sport- und Spielfeste, Theaterbesuche sowie Feste und Feiern im Jahreskreis. Insbesondere durch die Vielfalt der Projektangebote, die Hausaufgabenbetreuung („Lernzeit“) und den regelmäßigen Mittagstisch kommt die Schule ihren Verpflichtungen und ihrem Anspruch als Ganztags-Förderschule vorbildlich nach.

Das Regelwerk wurde gemeinsam von Schülerinnen und Schülern und Lehrkräften erarbeitet und im Februar 2007 von den Gremien der Schule beschlossen; eine Anpassung an den Ganztagsbetrieb ist im Sommer 2009 erfolgt. Die Schulordnung umfasst Grundsätze, Verhaltensregeln, Zeiten und Ordnungen sowie besondere Aspekte (Rauchfreie und Gewaltfreie Schule, Beratung, Schüler-rat, Schülerzimmer). Die Regeln sind im Sinne eines Schulvertrages von den Erziehungsberechtigten zu unterschreiben. Des Weiteren gibt es eine Pausen- und Spieleordnung sowie Klassenregeln.

Die Beteiligten in den Gesprächsgruppen bestätigen übereinstimmend einen einheitlichen Umgang mit Regelverstößen; Konflikte werden sofort und ggf. schulöffentlich geklärt; Fall bezogen werden entsprechende Maßnahmen konsequent und nachvollziehbar entschieden.

Im Bereich der Gewaltprävention wurde im Rahmen einer schulinternen Lehrerfortbildung im Februar 2004 unter dem Leitgedanken „Hinschauen und Grenzen setzen“ ein Handlungskonzept zum Umgang mit verschiedenen Formen von Gewalt erstellt. Es nimmt die grundsätzlichen pädagogischen Prinzipien nochmals auf und umfasst neben einer Darstellung des Prozesses und der Hintergründe einen Überblick über Interventionsmaßnahmen auf verschiedenen Ebenen (Schule, Klasse, individuell). Ergänzend kommen Projekte der Beratungslehrerin mit einzelnen Klassen hinzu.

Die Schule hat im Jahre 2006 ein Konzept erstellt, das die Grundlage für den präventiven Umgang mit Sucht- und Rauschmitteln darstellt. Es umfasst Ziele und Grundsätze, Umsetzungsformen für Unterricht, Pausen, Elterneinbindung, Kooperation mit anderen Schulen und Institutionen sowie abgestufte Sanktionsmaßnahmen bei Regelverstößen. Etliche Maßnahmen sind im Sinne von Möglichkeiten formuliert; grundsätzlich legt die Schule Wert auf die Reduktion von Risikofaktoren im Schulalltag, die Stärkung der personalen und sozialen Kompetenzen sowie eine Vorbildfunktion. Darüber hinaus werden konkrete Schülerprojekte nicht regelmäßig durchgeführt; die Thematik wird in den Unterrichtsfächern (vgl. Arbeitspläne Biologie, Chemie) bearbeitet.

Gesamtbewertung: 4 („stark“)

11. Eltern- und Schülerbeteiligung

Die Erziehungsberechtigten und die Schülerinnen und Schüler werden regelmäßig über schulische Belange informiert. Dies geschieht durch Rundschreiben der Schulleitung, durch Aushänge, Gespräche, auf Elternabenden sowie über die Beteiligung in den Gremien. Das jährlich aktualisierte Schulprofil „Unterrichten-Fördern-Beraten“ wird jeweils bei Neuaufnahme in die Schule verteilt.

Schülerinnen und Schüler werden Anlass bezogen im Rahmen von Schulversammlungen informiert. Die Arbeitsgemeinschaft „Schülerzeitung“ betreut seit Februar 2010 das Online-Portal (schuelerzeitungvossbarg.de/wb) und bereitet in verständlicher Form schulische und außerschulische Themen für die Schülerschaft auf.

Nach Einschätzung der Erziehungsberechtigten in der Interviewgruppe ergeben sich aus der engen Zusammenarbeit mit dem Kollegium der Schule vielseitige Möglichkeiten zur Beteiligung am Schulleben, die von einer kleinen Gruppe aktiv wahrgenommen werden. Neben der Mitarbeit in den Gremien unterstützen Eltern die Schule im Förderverein. Sie sehen sich in ihren Anliegen und Meinungen von der Schule ernst genommen und zur Mitarbeit an Themen der Schulentwicklung ermuntert.

Die Schule sorgt durch die Beteiligung an den Gremien Gesamtkonferenz und Schulvorstand dafür, dass Schülerinnen und Schüler ihre Anliegen einbringen können. Vorschläge der Schülervertretung finden im Schulleben und in der Schulentwicklung Berücksichtigung, z.B. bei der Überarbeitung der Schulregeln oder der Umgestaltung des Schulgeländes.

Die Schule fördert die demokratische Mitwirkung der Schülerinnen und Schüler durch die Schülervertretung, in die gewählte Klassensprecher ab Klasse 5 entsendet werden; die Einbeziehung der Primarstufe ist für dieses Schuljahr geplant. Aufgaben und Funktionen des Amtes sind den Schülerinnen und Schülern in der Interviewgruppe überwiegend deutlich. Der Schülerrat trifft sich einmal wöchentlich, um z.B. im Vorfeld zu wichtigen Entscheidungen mit Unterstützung der Beratungslehrerin aktuelle Themen des Schullebens zu beraten. Die Ergebnisse werden in einer Protokollmappe gesammelt und mit den Klassen ausgetauscht.

Die Schule bietet den Schülerinnen und Schülern vielfältige Möglichkeiten, eigenständige Gestaltungsaufgaben und Verantwortungsbereiche in der Schule zu übernehmen. Die Schülerinnen und Schüler wirken in der Schule neben den klassenüblichen Ämtern z. B. im Rahmen der Schülerfirma „Iss was“ (Mittagstisch an Langtagen), der Arbeitsgemeinschaften „Gartenbau“ (Bewirtschaftung des Schulackers), „Heiße Eisen“ (Wäschepflege), „Haus- und Hof“, „Fahrradwerkstatt“, „Schülerzeitung“, „Lesegeister“, Imker sowie dem täglich wechselnden Frühstücksdienst eigenverantwortlich mit. Des Weiteren verwalten und organisieren Schülerinnen und Schüler der 8. Klasse die Spieleausgabe.

Gesamtbewertung: 3 („eher stark als schwach“)

12. Kooperation mit Kindertageseinrichtungen, anderen Schulen und externen Partnern

Als Förderzentrum kooperiert die Schule am Voßbarg zielgerichtet und besonders umfassend mit vorschulischen Einrichtungen, anderen Schulen und externen Partnern.

Eine Zusammenarbeit mit Sonderkindergärten und integrativen Kindertagesstätten findet sowohl im Rahmen des Verfahrens zur Feststellung des sonderpädagogischen Förderbedarfs als auch über Aufgaben des Mobilen Dienstes Emotionale und Soziale Entwicklung statt und ermöglicht die frühzeitige Planung inklusiver Förderung. Über das Projekt „Lesegeister“ ist eine weitere Kontaktanbahnung gegeben.

Die langjährige Zusammenarbeit mit allen acht Grundschulen im Einzugsgebiet ist im Rahmen von Kooperationsvereinbarungen bzw. über ein Regionales Integrationskonzept gesichert. An den verschiedenen Standorten werden in unterschiedlichen sonderpädagogischen Organisationsformen (Grundversorgung, Integrationsklassen, Sprachförderklassen, Kooperation/Prävention, Mobiler Dienst) integrative Fördermaßnahmen umgesetzt.

Von den 22 Lehrkräften des Kollegiums sind derzeit 16 an anderen Schulen eingesetzt, davon fünf mit allen Stundenanteilen. Für die jeweiligen Schulen gibt es feste Ansprechpartner (Kontaktlehrer); die Schule am Voßbarg beteiligt sich regelmäßig am Rasteder/ Wiefelsteder Grundschultag.

Um eine optimale Fortsetzung des Bildungsganges für ihre Schülerinnen und Schüler zu gewährleisten, kooperiert die Schule am Voßbarg mit den Hauptschulzweigen der Schulzentren der beiden Gemeinden Rastede und Wiefelstede, der Berufsbildenden Schule in Rostrup, der Werbegemeinschaft „Handel und Handwerk Wiefelstede (HHV)“, dem Jugendamt im Landkreis Ammerland sowie anderen Fördereinrichtungen für alle Förderschwerpunkte. Der Mobile Dienst für den Schwerpunkt Emotionale und Soziale Entwicklung ist seit 15 Jahren für die Beratung in allen Kindertagesstätten und Schulen der beiden Gemeinden wirksam etabliert, mit den Mobilen Diensten anderer Förderzentren finden regelmäßige Arbeitstreffen statt.

Besonders umfänglich bezieht die Schule am Voßbarg Einrichtungen im Umfeld in ihre Arbeit ein, um Lernangebote zu erweitern. Mit dem Verein „Arbeit und Bildung“, dem Landfrauenverein dem Imkereiverein, Sportvereinen sowie landwirtschaftlichen und handwerklichen Betrieben realisiert die Schule über zahlreiche Honorarkräfte verschiedene Projekte im Nachmittagsbereich. Zu den weiteren Kooperationspartnern zählen u.a. die Kirchengemeinde, das Regionale Umweltzentrum Ammerland sowie die Gemeindejugendpflege Rastede.

Das Teilkriterium 12.4 wird seit Beginn des Schuljahres 2008/09 in Grund- und Förderschulen in der Regel nicht bewertet.

Gesamtbewertung: 4 („stark“)

13. Führungsverantwortung der Schulleitung

Das Leitungshandeln der Schulleitung ist nach Wahrnehmung aller Beteiligten von hohem Engagement im Schulentwicklungsbereich geprägt. Die Schulleitung gilt dabei in besonderem Maße als Vorbild, stärkt die Schulgemeinschaft und sorgt durch die Förderung der Leitbild- und Schulprogrammentwicklung für abgestimmtes Erziehungsverhalten. Aktuelle Fragen zu Grundsätzen der Erziehung werden regelmäßig in Pädagogischen Konferenzen erörtert. Mit diesem Vorgehen wird die Schulleitung den Herausforderungen, die sich aus der Profilierung zur Ganztagschule und der Förderzentrumsarbeit ergeben, besonders gerecht.

Die Befragten schätzen das hohe Maß an Offenheit, Verlässlichkeit und Unterstützung sowie die stete Präsenz und Gesprächsbereitschaft. Besonders hervorgehoben wird die Fähigkeit, Konflikte angemessen zu bearbeiten und Konsens herzustellen.

Gegenseitige Unterstützung und Solidarität unter den Lehrkräften sowie die Einbindung der Erziehungsberechtigten in die schulische Arbeit sind als Grundsätze in das Leitbild der Schule aufgenommen. Die Befragten bestätigen, dass die Schulleitung Formen der Zusammenarbeit aktiv fördert und für eine Zusammenführung der Ergebnisse sorgt z.B. durch eine Jahresterminplanung sowie eine wöchentliche Dienstbesprechung. Die Einführung fester Teamstrukturen steht nach zwei schulinternen Lehrerfortbildungen zu diesem Thema (1997 und 2000) weiter auf der Agenda. Mit der Bildung von Stufen- und Projektteams sowie der Einrichtung einer Gruppe „Kollegiale Beratung und Supervision“ (KoBeSu) ist die Umsetzung deutlich erkennbar.

Aufgaben und Verantwortlichkeiten sind an der Schule am Voßbarg in besonderer Weise auf die komplexe Schulstruktur ausgerichtet und durch Delegation auf viele Mitarbeiterinnen und Mitarbeiter übertragen worden. Die entsprechenden Festlegungen sind in einem aktuellen Organisationsplan übersichtlich dargestellt. Sie umfassen neben den Schwerpunkten der Förder- Ganztagschule (Schülerfirma, Imkerei, Schulfahrten, Wettbewerbe, Projekt „Lesegeister“ etc.), funktionalen Bereichen (Sicherheit, SV, Lehrmittel etc) und Verantwortlichkeiten für Fachräume auch die Arbeit im Förderzentrum (Kontaktlehrer, Mobiler Dienst ES). Die Schulprogrammarbeit wird von projektbezogenen Steuergruppen (z.B. Teamentwicklung, Umweltschule, jahrgangsübergreifende Projektarbeit) koordiniert.

Als Maßnahmen zur Verbesserung der Unterrichtsqualität führt die Schulleitung regelmäßig angesetzte Unterrichtsbesuche mit anschließendem Beratungsgespräch durch. In einer ersten Runde wurde dabei der Kriterienkatalog der Niedersächsischen Schulinspektion eingesetzt, in der laufenden Runde legen die Lehrkräfte Beobachtungsschwerpunkte fest. Kollegiale Hospitationen wurden z.T. begonnen. Die Unterrichtsbesuche werden noch nicht gezielt als Steuerungsinstrument zur Weiterentwicklung des Unterrichts genutzt (vgl. TK 16.3).

In enger Orientierung an das Leitbild fördert die Schulleitung kontinuierlich die Entwicklung der Schule am Voßbarg als Ganztagschule und Förderzentrum. Es gelingt der Schulleitung in besonderer Weise über die Teilnahme an Wettbewerben (Comenius, Umweltschule in Europa, Transfer 21- Nachhaltige Entwicklung, Deutscher Schulpreis) die Schulgemeinschaft über Projektgruppen verantwortlich in die Schulentwicklung einzubeziehen. Auf dieser Grundlage sind Bausteine für das Schulprogramm entstanden und Entwicklungsziele („Schulentwicklungspläne“) benannt worden. Die Konzepte spiegeln den vollzogenen Paradigmenwechsel zur eigenverantwortlichen Schule wider, auch wenn sie noch nicht durchgängig mit überprüfbaren Zielen verbunden sind. (vgl. TK 16.2).

Eine systematische Überprüfung der schriftlichen Aufgaben zur Leistungsfeststellung mit dem Ziel, die Ergebnisse über die Fachkonferenzen in die Unterrichtsarbeit einfließen zu lassen, findet nicht statt.

Die Schulleitung nutzt neben der offenen Gesprächskultur innerhalb des Kollegiums auch standardisierte Fragebögen nach Gesamtkonferenzen sowie Evaluationsverfahren (Lüneburger Fragebogen) für ein Feedback über das eigene Führungsverhalten. Über dieses Vorgehen sowie durch die

Teilnahme an Fachtagungen (u.a. Exzellenzforum der Robert-Bosch-Stiftung) und Schulleiterqualifizierungen stellt sie sicher, dass die Wirksamkeit ihres Führungsverhaltens überprüft und verbessert wird.

Die Schulleitung fördert die Zusammenarbeit der in integrativen Maßnahmen tätigen Lehrkräfte. Diese gründet sich derzeit auf ein Integrationskonzept bzw. Kooperationsvereinbarungen zu Zielen, Inhalten (Aufgaben der Förderschullehrkräfte) und Verfahren der Zusammenarbeit; die Ausgestaltung erfolgt vor Ort zwischen den beteiligten Lehrkräften in unterschiedlicher Ausprägung. Anliegen und Problemstellungen der in integrativen Maßnahmen tätigen Lehrkräfte werden zweimal jährlich auf pädagogischen Konferenzen für RIK-Lehrkräfte bzw. auf Schulleitungsebene thematisiert.

Zusätzlich gibt es einen Arbeitskreis der Förderschul- und Grundschullehrkräfte, der vorrangig dem Austausch dient. Die Erarbeitung von Standards in der Zusammenarbeit mit den beteiligten Schülern ist von Seiten des Förderzentrums als Optimierungsbedarf erkannt.

Gesamtbewertung: 3 („eher stark als schwach“)

14. Verwaltungs- und Ressourcenmanagement

Das Verwaltungs- und Ressourcenmanagement stellt eine Stärke der Schule am Voßbarg dar und berücksichtigt die Bedingungen der Ganztagschule in besonderem Maße.

Die Rahmenbedingungen für Unterricht, unterrichtsergänzende Angebote und Pausenaufsicht werden von der Schulleitung über entsprechende Pläne effektiv organisiert und transparent präsentiert. Die Planung umfasst den Personaleinsatz an mehreren Standorten innerhalb der Förderzentrumsarbeit, die Betreuungszeiten für die Primarstufe sowie die Organisation der Ganztags-Förderschule (Unterricht, Hausaufgabenbetreuung, Mittagstisch, Arbeitsgemeinschaften und Projekte) an vier Tagen.

Für Ausfälle von Lehrkräften hat die Schule ein besonders tragfähiges Vertretungskonzept erarbeitet, das Organisation und Grundsätze (z.B. personelle und räumliche Kontinuität) umfasst. Die inhaltliche Fortführung des Unterrichtes ist durch Materialmappen, Wochenpläne sowie feste Aufteilungspläne gesichert.

Beim Lehrereinsatz werden spezielle fachliche und persönliche Kompetenzen der Lehrkräfte berücksichtigt und Teambildung ermöglicht. Der Personaleinsatz in den angeschlossenen Schulen erfolgt in einem transparenten Verfahren, Einsatzwünsche der Lehrkräfte werden im Vorfeld ermittelt und in abgewogener Weise in die Planung einbezogen.

Die Schule verfügt über eine gute Ausstattung mit aktuellen Lehr-, Lern- und Arbeitsmitteln; die Medien sind in den Lehrmittlräumen übersichtlich sortiert und für alle Lehrkräfte gut zugänglich.

Die Schule am Voßbarg verfügt über eine gute Ausstattung mit Informations- und Kommunikationseinrichtungen (internetfähige PC in allen Klassenräumen, zwei Klassenräume mit Whiteboard, PC im Schülerzimmer, Computerraum). Die Funktionsfähigkeit ist personell und fachlich in besonderem Maße durch kompetente Lehrkräfte, unterstützt durch ein Budget des Schulträgers, sichergestellt.

Die Schule verteilt ihre Haushaltsmittel nach einem abgestimmten Verfahren, das auf Haushaltsplänen beruht und die Gremien Schulvorstand und Gesamtkonferenz sowie Fachkonferenzen einbezieht.

Die Schule erschließt sich im besonderen Umfang weitere finanzielle und personelle Ressourcen. Die Schule erhält Mittel z. B. vom Förderverein der Schule, weiteren Sponsoren und wird personell durch Honorarkräfte, Praktikanten und Helfer unterstützt. Es gelingt der Schulleitung erfolgreich, über Wettbewerbe und Projektanträge zusätzliche Fördermittel zu erhalten.

Die Schule trägt zur Umweltschonung bei und erzieht ihre Schülerinnen und Schüler in besonderer Weise mit nachhaltig vernetzten ökologischen Projekten (Gestaltung des Schulgeländes, Schulacker, Imkerei, Insektenhotel) zur Verantwortung für Natur und Umwelt (vgl. TK 2.5).

Die Schulleitung vertritt die Interessen der Schule gegenüber dem Schulträger beharrlich, um die Gestaltung, Ausstattung und Nutzung der Schule und des Schulgeländes zu optimieren. Die Tätigkeit in diesem Bereich ist durch enge, beständige Zusammenarbeit mit allen Beteiligten, vorausschauende Planung sowie gegenseitige Wertschätzung geprägt.

Die Schule hat ein Sicherheitskonzept (Notfallplanung) erarbeitet und in Zusammenarbeit mit dem Schulträger alle erforderlichen formalen Maßnahmen zur Arbeitssicherheit organisiert; ein Sicherheitsbeauftragter ist benannt. Nach Einführung in das Thema „Kollegiale Beratung und Supervision“ wird der Schwerpunkt „Lehrergesundheit“ durch die Bildung einer Supervisionsgruppe umgesetzt. Schrittweise erfolgen die Sanierung der Unterrichtsräume (Lärmschutz und moderne Leuchtmittel) sowie die Grundsanierung der Toilettenanlagen.

Gesamtbewertung: 4 („stark“)

15. Personalentwicklung und Förderung der Lehrerprofessionalität

Die Lehrkräfte erfahren in der Schule Wertschätzung von allen Gruppen und angemessene Entwicklungsmöglichkeiten. Als Form der Wertschätzung durch die Schulleitung wird von den Lehrkräften auch die Übertragung von Verantwortlichkeiten in der Ausformung der Ganztagsschule angesehen (vgl. TK 13.3).

Die Organisation der pädagogischen und fachlichen Zusammenarbeit der Lehrkräfte wird durch eine Jahresterminplanung unterstützt; diese umfasst u.a. wöchentliche Dienstbesprechungen, Fach- und Klassenkonferenzen, Elternsprechtage, Schulveranstaltungen sowie sechs pädagogische Konferenzen.

Für die Qualifizierungsplanung ihrer Lehrkräfte hat die Schule am Voßbarg noch kein schlüssiges Konzept erarbeitet. Die vorliegende Fassung umfasst lediglich allgemeine Grundsätze und organisatorische Regelungen und stellt noch kein praktikables Steuerungsinstrument für die Qualitätsentwicklung dar; es fehlt eine Konkretisierung, wie sich Fortbildungsschwerpunkte aus dem Schulprogramm bzw. aus Evaluationsergebnissen oder Personalentwicklungsmaßnahmen ableiten, verbindlich festgelegt und durchgeführt werden. Mit den Themen der schulinternen Fortbildungen und den abgestimmten Entwicklungszielen hat die Schule eine gute Grundlage gelegt, um ein Qualifizierungskonzept, unter Einbindung der Fachkonferenzen, zu realisieren.

Die Bereitschaft der Lehrkräfte, ihre Verantwortung für den Erhalt und die Entwicklung ihrer Professionalität wahrzunehmen, ist zu erkennen. Das Engagement der Lehrkräfte ist dabei unterschiedlich hoch und wird durch die Durchführung der für alle verpflichtend wahrzunehmenden schulinternen Fortbildungen (z. B. Gewaltprävention, Leitbild- und Schulprogrammentwicklung, Ganztagsschule) aufgefangen bzw. gesteuert. Eine Übersicht über Einzelfortbildungen liegt nicht vor.

Neue Lehrkräfte sowie Mitarbeiterinnen und Mitarbeiter werden sowohl durch die Schulleitung als auch durch Lehrkräfte eingearbeitet. Auf einen Ordner „Neue Kollegen“ mit einer aktuellen Zusammenstellung grundlegender Informationen kann zukünftig zurückgegriffen werden.

In Gesprächen zwischen der Schulleitung und den Lehrkräften werden Aspekte der Personalentwicklung erörtert, die daraus gewonnenen Erkenntnisse werden im Einsatz berücksichtigt. Nach Möglichkeit und Notwendigkeit erhalten die Lehrkräfte Gelegenheit, weitergehende Verantwortungsbereiche innerhalb des Förderzentrums sowie im Ganztagsbetrieb wahrzunehmen.

Spezifische Personalentwicklungsgespräche für alle Kolleginnen und Kollegen in einem fest verabredeten Rahmen nach zuvor offengelegten Kriterien, z. B. auf Grundlage abgesprochener Themenschwerpunkte, werden an der Schule am Voßbarg nicht regelmäßig durchgeführt.

Gesamtbewertung: 3 („eher stark als schwach“)

16. Ziele und Strategien der Qualitätssicherung und -entwicklung

Die Schule am Voßbarg hat 2007 im Rahmen einer schulinternen Lehrerfortbildung ein Leitbild in Form von Leitsätzen erstellt. Es berücksichtigt den schulspezifischen Bildungsauftrag, präsentiert zentrale Werte und leitende Ziele und nimmt Bezug auf die konkrete Situation der Schule. Aussagen zur Grundorientierung als Förderzentrum für Arbeit in den allgemeinen Schulen sind im Leitbild nicht enthalten. In den Interviewgruppen wurde deutlich, dass das Leitbild handlungsleitend für die Prozesse wirkt, in der Schulöffentlichkeit jedoch nicht durchgängig bekannt bzw. transparent ist. Die Erziehungsberechtigten sowie Schülerinnen und Schüler haben das Motto „Du kannst mehr als du denkst“ als Visualisierung des Leitbildes wahrgenommen und bedauern, dass der Schriftzug nicht mehr vorhanden ist.

Die Schule am Voßbarg hat ihre bisherigen Arbeitsschwerpunkte und Prozesse dokumentiert und in einem Schulprogramm zusammengestellt; die vorliegende Version (Stand April 2010) umfasst das Leitbild, die Rahmenbedingungen („Schulprofil im aktuellen Schuljahr“), Prinzipien der sonderpädagogischen Förderung, alle gültigen Konzepte und Beschlüsse sowie besondere pädagogische Angebote. Dabei werden Konzepte nicht durchgängig als umfassende Darstellung von Zielen, daraus abgeleiteten Verfahrensweisen und Strategien sowie Maßnahmen zur Umsetzung, Zeitplanung, Festlegung von Verantwortlichkeiten, Bewertung und Überprüfung verstanden. Die vorgelegten Konzepte sind zum Teil auf der Ebene von Beschreibungen der Bearbeitungsprozesse und Maßnahmenansammlungen formuliert; dies führt zu Redundanzen und Wiederholungen. Die Relevanz und Aktualität wird nicht nachweisbar in regelmäßigen Zeitabständen überprüft. Im Teil „Evaluation“ werden in den Schulentwicklungsplänen I und II für die Zeiträume 2008/09 und 2009 bis 2011 fünf identische Arbeitsschwerpunkte mit allgemeinen Zielen aufgeführt. Diese ergeben sich aus allgemeinen Vorgaben (Erarbeitung schuleigener Arbeitspläne, Selbstevaluation) sowie aus der Profilbildung der Schule (Ganztagsschule, Berufsorientierung). Damit sind erste Bausteine für ein Schulprogramm als Dokumentation von Rückblick und Vorschau vorhanden.

Konkrete Ziele zur Verbesserung der Unterrichtqualität sind auf schulischer Ebene noch nicht vereinbart und mit einer Maßnahmenplanung verbunden. Sie stehen daher als Ausgangspunkt z. B. für Mitarbeitergespräche, das Fortbildungskonzept oder die Unterrichtsbesuche des Schulleiters bei den Lehrkräften nicht zur Verfügung.

Die Schule bilanziert und dokumentiert regelmäßig ihre Leistungs- und Entwicklungsdaten und nutzt diese für einen kontinuierlichen Verbesserungsprozess. Nachschulische Karriereverläufe sind seit 2005 lückenlos dokumentiert. Die Auswertung wird in den Konzepten der 10. Klassen berücksichtigt und insgesamt als Bestätigung für bestehende Leistungsanforderungen interpretiert. Die Ergebnisse der Abschlussarbeiten haben zu einer veränderten Struktur der Arbeitspläne Mathematik geführt.

Die Schule am Voßbarg hat begonnen, regelmäßig die Zufriedenheit mit den von ihr erbrachten Leistungen zu ermitteln. Dazu ist im Sommer 2008 eine Elternbefragung durchgeführt worden, aus der sich aufgrund hoher Zustimmungswerte keine direkten Maßnahmen ergaben.

Eine detaillierte Auswertung der Befragung der Schülerinnen und Schüler und der Lehrkräfte mittels des „Lüneburger Fragebogens“ (Mai/Juni 2010) liegt noch nicht vor; auffällig ist die geringe Beteiligung der Lehrkräfte (12 von 21).

Gesamtbewertung: 3 („eher stark als schwach“)

7 Zusammenfassung

Die Schule am Voßbarg in Rastede wird mit dem Instrumentarium der Niedersächsischen Schulinspektion in sieben Qualitätskriterien mit „stark“ und in acht Qualitätskriterien mit „eher stark als schwach“ bewertet.

Ein hohes Maß an gegenseitiger Wertschätzung, kollegialer Zusammenarbeit und pädagogischem Konsens, eine unterstützende Schulleitung sowie vielfältige Kooperationen und Vernetzungen bilden das tragfähige Fundament für eine erfolgreiche Schulentwicklung.

Ihrem Leitbild folgend setzt die Schule am Voßbarg das Konzept „Ganztagsschule“ wirkungsvoll um und richtet ihr pädagogisches und konzeptionelles Handeln darauf aus, den Schülerinnen und Schülern in einem strukturierten Raum Entwicklungsmöglichkeiten und bestmögliche Voraussetzungen für eine angemessene Teilhabe am gesellschaftlichen Leben zu eröffnen.

Die Schülerinnen und Schüler fühlen sich an der Schule sehr sicher und wohl. Sie können in vielfältigen Projekten ihre Interessen und Fähigkeiten einbringen, einen verantwortlichen Umgang mit der Natur pflegen und das Schulleben positiv mitgestalten. Durch eine Kultur zur Präsentation von Leistungen gelingt es der Schule am Voßbarg, die Schülerinnen und Schüler zur Lernbereitschaft und sozialen Verantwortung zu motivieren.

Bei der Unterstützung der Schülerinnen und Schüler im Lernprozess wird eine Stärkenorientierung, die bei allen Lehrkräften als Grundprinzip gilt, effizient umgesetzt. Dabei bilden tragfähige Beziehungen, umfängliche Informationen und Mitwirkungsmöglichkeiten die Grundlage für eine gemeinsam getragene Verantwortung für die Förderplanung.

Für ihr umfassendes Verständnis von Lernen und Leistung ist die Schule am Voßbarg im Jahre 2008 mit dem Deutschen Schulpreis der Robert-Bosch-Stiftung ausgezeichnet worden.

Im schuleigenen Curriculum ist erkennbar, wie die Schule grundlegende Kultur- und Sozialkompetenzen aufbaut und mit erfolgreichen Schulabschlüssen auf die Eingliederung in die Arbeitswelt und qualifizierte Berufswege vorbereitet. Die Schule am Voßbarg genießt einen guten Ruf und nutzt die Vernetzung mit Partnern im regionalen Umfeld für berufsvorbereitende Maßnahmen. Eine Überprüfung anhand von Leistungsdaten und Ergebnissen der Schule ist bereits regelmäßiger Bestandteil der schulischen Qualitätsentwicklung.

Die Schule nutzt ihre Entscheidungsräume für die weitere Profilierung als Förderzentrum und sorgt zuverlässig für die Förderung und Beratung in den allgemeinen Schulen. Mit einem transparenten und konsequenten Erziehungsverhalten sowie intensiven Kontakten zu weiterführenden Schulen und unterschiedlichen Beratungseinrichtungen bietet die Schule den Schülerinnen und Schülern und deren Erziehungsberechtigten verlässliche und orientierende Begleitung.

Im Unterricht stellt das Qualitätskriterium „Pädagogisches Klima“ eine besondere Stärke dar. An der Schule wird verlässlich und den Schülerinnen und Schülern zugewandt unterrichtet. Grundsätzlich sind ein respektvoller Umgang und eine positive Erwartungshaltung in die Entwicklungsmöglichkeiten der Schülerinnen und Schüler wahrzunehmen.

Verbesserungspotentiale haben sich in den Einsichtnahmen in den Teilkriterien „Unterrichtsmethoden“, „Differenzierung“ sowie „Selbstständige Lernen“ ergeben. Ein Methodenkonzept liegt nicht vor. Im Zusammenhang mit der weiteren Bearbeitung der Arbeitspläne kann die Schule prüfen, wie der systematische Erwerb von Arbeits- und Lerntechniken erfolgen soll. Darüber hinaus sind konkrete Ziele zur Verbesserung der Unterrichtqualität auf schulischer Ebene noch nicht vereinbart und mit einer Maßnahmenplanung verbunden.

Die Schulleitung vertritt effektiv die Interessen der Schule gegenüber dem Schulträger. In enger Abstimmung werden Schule und Schulgelände durch Sanierung und Ausstattung aufgewertet. Darüber hinaus gelingt es der Schule über Wettbewerbe und Projektanträge in erheblichem Umfang weitere finanzielle Mittel erlangen. Zahlreiche Honorarkräfte sichern verlässlich die zusätzlichen Lernangebote im Ganztagsbetrieb.

Mit der Erarbeitung von Konzepten hat die Schule eine deutliche Profilbildung erreicht und den Prozess ihrer systematischen Schulentwicklung aufgenommen. Die erarbeiteten Konzepte und Arbeitsschwerpunkte stehen in engem Bezug zu den Werten und Visionen des Leitbildes und zur schulischen Wirklichkeit. Die Schule am Voßbarg verfügt über erste Bausteine eines Schulprogramms, das insbesondere unter dem Gesichtspunkt einer abgestimmten Entwicklungsplanung, zu der auch eine systematische Erhebung der Qualifizierungsbedarfe gehört, planerisch anzulegen ist.

Mit den deutlich überwiegenden Stärken bestehen gute Voraussetzungen, starke Bereiche langfristig zu sichern und Verbesserungspotentiale durch eine zielorientierte Planung zu entwickeln.

Das Inspektionsteam wünscht der Schulgemeinschaft der Schule am Voßbarg viel Erfolg für den weiteren Weg.

ANLAGE 1: Qualitätsprofil - lang

Qualitätsprofil der Schule – lang (siehe Hinweise Abschnitt 4)

Schule am Voßbarg (95485) in Rastede

Das Qualitätsprofil					
Qualitätskriterien und Teilkriterien		Bewertungen			
1	Ergebnisse und Erfolge der Schule	nicht bewertet			
1.1	Die Schülerinnen und Schüler erreichen gute Ergebnisse in der sprachlichen Grundsicherheit in Wort und Schrift sowie der Lesefähigkeit.	++	+	–	0
1.2	Die Schülerinnen und Schüler erreichen gute Ergebnisse im Fach Mathematik.	++	+	–	0
1.3	Die Schülerinnen und Schüler erreichen gute Ergebnisse in der ersten Fremdsprache.	++	+	–	0
1.4	Die Schule erreicht gute Ergebnisse in weiteren Fächern, Lernbereichen oder Aufgabenfeldern.	++	+	–	0
1.5	Die Schule erreicht gute Ergebnisse bei der Entwicklung des Arbeits- und Sozialverhaltens der Schülerinnen und Schüler.	++	+	–	0
1.6	Die Schule erreicht bei den Eltern eine hohe Akzeptanz der Schullaufbahneempfehlungen. (In Zukunft: Die Schülerinnen und Schüler erreichen in den weiterführenden Schulen gute Schulabschlüsse.)	++	+	–	0
1.7	Die Schule kann besondere Erfolge und Auszeichnungen vorweisen.	++	+	–	0

2	Lernen und Lehren: Schuleigenes Curriculum	4	3	2	1
2.1	Die Fachkonferenzen der Schule haben schuleigene Arbeitspläne erstellt, auf die sich der Unterricht bezieht.	++	+	–	0
2.2	Die Schule hat ein Konzept zur Stärkung der Grundfertigkeiten in den Kulturtechniken, der Lern- und Arbeitstechniken und des Arbeits- und Sozialverhaltens in die schulischen Arbeitspläne integriert. Ein Verfahren zur Umsetzung ist erkennbar.	++	+	–	0
2.3	Fachübergreifendes und projektbezogenes Lernen sind Bestandteil des Curriculums.	++	+	–	0
2.4	Es gibt Sprachfördermaßnahmen für Schülerinnen und Schüler mit nicht ausreichenden Deutschkenntnissen – auf der Basis eines Konzepts der Schule.	++	+	–	0
2.5	Die Schule hat besondere Konzepte zum Bildungsauftrag des Niedersächsischen Schulgesetzes entwickelt und umgesetzt (z.B. Gesundheitsförderung, Umweltbildung, interkulturelle Bildung).	++	+	–	0
2.6	Die Schule hat ein Konzept zur Medienerziehung erarbeitet, das insbesondere die Informations- und Kommunikationstechnologie berücksichtigt. Ein Verfahren zur Umsetzung ist erkennbar.	++	+	–	0
2.7	Die Schule hat ein Konzept zur Stärkung der beruflichen Orientierung, der Ausbildungs- und Berufsfähigkeit entwickelt. Erkundungen und Betriebspraktika sind in das Konzept integriert. Ein Verfahren zur Umsetzung ist erkennbar.	++	+	–	0

3	Lernen und Lehren: Lehrerhandeln im Unterricht – Zielorientierung und Strukturierung des Unterrichts	4	3	2	1
3.1	Die Lehrkräfte sorgen dafür, dass die Ziele des Unterrichts bzw. die Leistungserwartungen deutlich werden.	++	+	–	0
3.2	Der Lehrstoff und die Aufgaben werden verständlich erläutert.	++	+	–	0
3.3	Der Lernprozess ist deutlich strukturiert, die Lernschritte sind sinnvoll verknüpft.	++	+	–	0
3.4	Die Unterrichtszeit wird lernwirksam genutzt.	++	+	–	0
3.5	Die Lehrkräfte sorgen für einen geordneten Verlauf der Unterrichtsstunden/-sequenzen.	++	+	–	0

4	Lernen und Lehren: Lehrerhandeln im Unterricht - Stimmigkeit und Differenzierung des Unterrichts	4	3	2	1
4.1	Die Inhalte und das Anforderungsniveau der Unterrichtsstunden/-sequenzen sind angemessen.	++	+	–	0
4.2	Die Unterrichtsmethoden sind auf die Schülerinnen und Schüler sowie auf die Ziele und Inhalte abgestimmt.	++	+	–	0
4.3	Der Unterricht berücksichtigt Anforderungsbereiche bis hin zum Problem lösenden Denken.	++	+	–	0
4.4	Der Unterricht berücksichtigt die unterschiedliche Leistungsfähigkeit und das unterschiedliche Lerntempo der Schülerinnen und Schüler.	++	+	–	0
4.5	Die eingesetzten Lehrmaterialien und Medien sind auf die Schülerinnen und Schüler sowie die Inhalte abgestimmt.	++	+	–	0
<u>Zusatz:</u> Es werden gravierende fachliche Mängel beobachtet:		in 1 (Anzahl) von 17 Unterrichtsbesuchen		ca. 6 %	

5	Lernen und Lehren: Lehrerhandeln im Unterricht – Unterstützung eines aktiven Lernprozesses	4	3	2	1
5.1	Die Schülerinnen und Schüler beteiligen sich aktiv am Unterricht.	++	+	–	0
5.2	Die Lehrkräfte fördern selbstständiges Lernen.	++	+	–	0
5.3	Die Lehrkräfte fördern Partner- und Gruppenarbeit.	++	+	–	0
5.4	Die Lehrkräfte fördern die Nutzung angemessener Medien, insbesondere der IuK-Technologie, im Lernprozess.	++	+	–	0
5.5	Die Lehrkräfte nehmen den Lernfortschritt der Schülerinnen und Schüler im Unterricht wahr und melden ihn zurück.	++	+	–	0
5.6	Der Unterricht führt erkennbar zu einem Lernzuwachs bei den Schülerinnen und Schülern.	++	+	–	0
<u>Zusatz:</u> Der PC wurde von den Schülerinnen und Schülern im Lernprozess sinnvoll genutzt:		in 1 (Anzahl) von 17 Unterrichtsbesuchen		ca. 6 %	

6	Lernen und Lehren: Lehrerhandeln im Unterricht – Pädagogisches Klima	4	3	2	1
6.1	Im Unterricht herrscht eine freundliche, konstruktive Arbeitsatmosphäre.	++	+	–	0
6.2	Die Lehrkräfte unterstützen das Selbstvertrauen der Schülerinnen und Schüler, sie bestätigen und ermutigen sie.	++	+	–	0
6.3	Die Lehrkräfte tragen durch ihr Auftreten im Unterricht zu einer lernwirksamen Arbeitsatmosphäre bei.	++	+	–	0
6.4	Die Lernumgebung trägt zu einer positiven Arbeitsatmosphäre bei.	++	+	–	0
<i>Zusatz: Raumgröße, -ausstattung und -technik sind nicht angemessen bzw. lernförderlich:</i>		in 0 (Anzahl) von 17 Unterrichtsbesuchen		0 %	

7	Lernen und Lehren: Leistungsanforderungen und Leistungskontrollen	4	3	2	1
7.1	Die Anstrengungs- und Leistungsbereitschaft der Schülerinnen und Schüler wird von der Schule gefördert und gefordert.	++	+	–	0
7.2	Die Lehrkräfte informieren die Schülerinnen und Schüler über die Ziele und Inhalte des Unterrichts sowie die von ihnen erwarteten Leistungen.	++	+	–	0
7.3	Die Kriterien der Leistungsbewertung sind schulintern abgestimmt, offen gelegt und werden angewendet.	++	+	–	0
7.4	Die Schule hat Grundsätze für den Umgang mit Hausarbeiten erarbeitet und wendet diese an.	++	+	–	0
7.5	Die Erziehungsberechtigten sowie die Schülerinnen und Schüler sind über die Regelungen zur Versetzung und zur Schullaufbahneempfehlung informiert.	++	+	–	0

8	Lernen und Lehren: Unterstützung der Schülerinnen und Schüler im Lernprozess	4	3	2	1
8.1	Die Schule ermittelt und dokumentiert die individuelle Lernentwicklung der Schülerinnen und Schüler.	++	+	–	0
8.2	Die Schülerinnen und Schüler und die Erziehungsberechtigten erhalten über Zeugnisse und Elternsprechtage hinaus die Möglichkeit, sich über die individuelle Lernentwicklung der Schülerinnen und Schüler zu informieren.	++	+	–	0
8.3	Die Schule hat ein Förderkonzept / ein Konzept zur individuellen Förderung – ggf. inkl. Maßnahmen zur sonderpädagogischen Förderung – erarbeitet. Sie schreibt es fort und setzt es um.	++	+	–	0
8.4	Die Schule erkennt und fördert besondere Begabungen.	++	+	–	0
8.5	Die Schule organisiert Angebote zur Förderung der Konzentrations- und Lernfähigkeit (Bewegung – Spiel – Sport, gesunde Ernährung, Stressabbau usw.).	++	+	–	0

9	Lernen und Lehren: Schülerberatung und -betreuung	4	3	2	1
9.1	Die Schule hat ein Beratungskonzept eingeführt.	++	+	–	0
9.2	Die Schule bietet Schülerinnen und Schülern, die Hilfe brauchen, frühzeitig Unterstützung an.	++	+	–	0
9.3	Lehrkräfte und Fachleute der Jugendhilfe, schulpсихologischen Beratung, mobilen Dienste, der Kinder- und Jugendgesundheitsdienste und Erziehungsberatungsstellen u.a. wirken bei der Beratung und Betreuung von Schülerinnen oder Schülern zusammen.	++	+	–	0
9.4	Die Schule hat ein abgestimmtes Verfahren für den Umgang mit Schulversäumnissen der Schülerinnen und Schüler eingeführt.	++	+	–	0
9.5	Die Schule organisiert die Schullaufbahnberatung und das Verfahren zur Berufsberatung umfassend und differenziert.	++	+	–	0

10	Schulkultur: Schulklima und Schulleben	4	3	2	1
10.1	An der Schule herrscht ein respektvoller und freundlicher Umgang zwischen den Beteiligten.	++	+	–	0
10.2	Die Schülerinnen und Schüler fühlen sich an der Schule sicher und wohl.	++	+	–	0
10.3	Die Lehrkräfte und die Mitarbeiterinnen und Mitarbeiter fühlen sich an der Schule wohl.	++	+	–	0
10.4	Die Schule macht einen gepflegten Eindruck und wirkt einladend.	++	+	–	0
10.5	Das Schulgelände ist als Aufenthaltsort für die Schülerinnen und Schüler einladend gestaltet (Spiel-, Sport-, Bewegungs-, Naturerlebnismöglichkeiten usw.).	++	+	–	0
10.6	Die Schule bietet vielfältige Angebote für ein anregendes Schulleben.	++	+	–	0
10.7	Es gibt klar formulierte Regeln, auf deren Einhaltung geachtet wird.	++	+	–	0
10.8	Die Schule hat Maßnahmen zur Gewaltprävention ergriffen und wacht über die Sicherheit und das Eigentum der Schülerinnen und Schüler.	++	+	–	0
10.9	Die Schule hat ein Präventionskonzept zum Rauchen, Konsum alkoholischer Getränke und anderer Drogen entwickelt, das regelmäßig überprüft und fortgeschrieben wird.	++	+	–	0

11	Schulkultur: Eltern- und Schülerbeteiligung	4	3	2	1
11.1	Die Erziehungsberechtigten und die Schülerinnen und Schüler werden über die Schule und die Entwicklungen in der Schule informiert.	++	+	–	0
11.2	Die Erziehungsberechtigten beteiligen sich aktiv am Schulleben und an der Schulentwicklung.	++	+	–	0
11.3	Die Schule sorgt für eine aktive Beteiligung der Schülerinnen und Schüler am Schulleben und an der Schulentwicklung.	++	+	–	0
11.4	Die Schule fördert die demokratische Mitwirkung der Schülerinnen und Schüler in der Schule.	++	+	–	0
11.5	Die Schülerinnen und Schüler übernehmen eigenständige Gestaltungsaufgaben und Verantwortungsbereiche in der Schule.	++	+	–	0

12	Schulkultur: Kooperation mit Kindertageseinrichtungen, anderen Schulen und externen Partnern	4	3	2	1
12.1	Die Schule arbeitet mit vorschulischen Einrichtungen und Grundschulen zur Förderung eines problemlosen Übergangs der Schülerinnen und Schüler zusammen.	++	+	–	0
12.2	Die Schule kooperiert mit anderen Schulen des Sekundarbereichs I (Förderschulen, weiterführende Schulen) sowie Einrichtungen der Jugendhilfe, um eine optimale Fortsetzung des Bildungsgangs der Schülerinnen und Schüler zu gewährleisten.	++	+	–	0
12.3	Die Schule unterhält regelmäßige Kontakte zu Einrichtungen im Umfeld (Büchereien, Umweltzentren, Musikschulen, Vereine, Kirchen, Betriebe usw.), um die Lernangebote zu erweitern.	++	+	–	0
12.4	Die Schule unterhält Kontakte auf nationaler und internationaler Ebene mit anderen Schulen und außerschulischen Partnern.	++	+	–	0

13	Schulmanagement: Führungsverantwortung der Schulleitung	4	3	2	1
13.1	Die Schulleitung sorgt für einen Konsens in den Grundsätzen der Erziehung.	++	+	–	0
13.2	Die Schulleitung ist in ihrem Verhalten Vorbild für die Werte und pädagogischen Grundsätze der Schule (z.B. Teamfähigkeit, Konfliktfähigkeit und Konsensfähigkeit).	++	+	–	0
13.3	Die Schulleitung fördert die Zusammenarbeit in der Schule (z.B. Teambildung, Abbau von Kommunikationsproblemen, Einbeziehung der Elternvertretung, Koordination der Gremienarbeit).	++	+	–	0
13.4	Die Schulleitung delegiert Aufgaben und legt Verantwortlichkeiten fest.	++	+	–	0
13.5	Die Schulleitung fördert Maßnahmen zur Verbesserung des Unterrichts (z.B. durch Teamarbeit, Unterrichtsbesuche, Fortbildung).	++	+	–	0
13.6	Die Schulleitung fördert Maßnahmen zur Schulentwicklung (z.B. Leitbild-, Schulprogrammentwicklung, Einrichtung einer Steuergruppe oder von Gesprächsforen).	++	+	–	0
13.7	Die Schulleitung überprüft systematisch die schriftlichen Arbeiten zur Leistungsfeststellung (Klausuren, Prüfungsarbeiten).	++	+	–	0
13.8	Die Schulleitung überprüft und verbessert regelmäßig die Wirksamkeit des eigenen Führungsverhaltens.	++	+	–	0
13.9	Die Schulleitung fördert die Zusammenarbeit der in Mobilen Diensten und integrativen Maßnahmen tätigen Lehrkräfte.	++	+	–	0

14	Schulmanagement: Verwaltungs- und Ressourcenmanagement	4	3	2	1
14.1	Die Schulleitung stellt sicher, dass Unterricht, unterrichtsergänzende Angebote und Pausenaufsicht effektiv durchgeführt werden.	++	+	–	0
14.2	Die Schulleitung hat ein abgestimmtes, tragfähiges Vertretungskonzept für Personalengpässe und bei Ausfällen von Lehrkräften.	++	+	–	0
14.3	Die Klassenbildung und der Lehrereinsatz erfolgen nach pädagogischen sowie fachdidaktischen und fachmethodischen Kriterien.	++	+	–	0
14.4	Aktuelle Lehr-, Lern- und Arbeitsmittel stehen in ausreichendem Umfang zur Verfügung und sind zugänglich.	++	+	–	0
14.5	Die Schulleitung stellt sicher, dass die LuK- Einrichtung in der Schule funktional einsetzbar ist.	++	+	–	0
14.6	Die Schule hat ein abgestimmtes Konzept zur Verteilung der Haushaltsmittel.	++	+	–	0
14.7	Die Schule erschließt sich weitere finanzielle und personelle Ressourcen.	++	+	–	0
14.8	Die Schule schont natürliche Ressourcen und vermeidet Umweltbelastungen (durch Energie-, Wassereinsparung, Abfallvermeidung usw.).	++	+	–	0
14.9	Die Schulleitung vertritt aktiv die Interessen der Schule gegenüber dem Schulträger, um die Gestaltung, Ausstattung und Nutzung der Schule und des Schulgeländes zu optimieren.	++	+	–	0
14.10	Die Schule organisiert Maßnahmen zur Arbeitssicherheit sowie zum Abbau von Belastungen und Gesundheitsgefährdungen.	++	+	–	0

15	Personalentwicklung und Förderung der Lehrerprofessionalität	4	3	2	1
15.1	Die Lehrkräfte erfahren in der Schule Wertschätzung und angemessene Entwicklungsmöglichkeiten.	++	+	–	0
15.2	Die Schule unterstützt fachbezogene und pädagogische Zusammenarbeit bzw. Teamarbeit durch geeignete Organisationspläne.	++	+	–	0
15.3	Die Schule fördert die Professionalität der Lehrkräfte durch Fortbildung nach einem abgestimmten Konzept.	++	+	–	0
15.4	Die Lehrkräfte nehmen ihre Verantwortung für den Erhalt und die Entwicklung ihrer Professionalität wahr.	++	+	–	0
15.5	Die Schule hat ein Konzept zur Einführung neuer Lehrkräfte sowie neuer Mitarbeiterinnen und Mitarbeiter.	++	+	–	0
15.6	Beim Unterrichtseinsatz werden Aspekte der Personalentwicklung berücksichtigt.	++	+	–	0
15.7	Die Schule hat Maßnahmen zur Personalentwicklung eingeleitet bzw. durchgeführt (z. B. Personalentwicklungsgespräche mit den Lehrkräften sowie den Mitarbeiterinnen und Mitarbeitern).	++	+	–	0

16	Ziele und Strategien der Qualitätssicherung und -entwicklung	4	3	2	1
16.1	Die Schule hat ein Leitbild, das den schulformbezogenen Bildungsauftrag und die Stellung der Schule in ihrem sozialen Umfeld berücksichtigt und mit allen Beteiligten abgestimmt wurde.	++	+	–	0
16.2	Die Schule hat eine schulintern abgestimmte Entwicklungsplanung. (Schulprogramm)	++	+	–	0
16.3	Die Schule hat Ziele für die Verbesserung der Unterrichtsqualität formuliert und ergreift Maßnahmen, um Unterricht und Ergebnisse zu verbessern.	++	+	–	0
16.4	Die Schule bilanziert und dokumentiert regelmäßig ihre Leistungs- und Entwicklungsdaten (z.B. Ergebnisse von Vergleichsarbeiten, Wiederholerquoten) und nutzt diese für den kontinuierlichen Verbesserungsprozess.	++	+	–	0
16.5	Die Schule ermittelt regelmäßig die Zufriedenheit mit den von ihr erbrachten Leistungen und nutzt die Ergebnisse für die Verbesserung ihrer Arbeit.	++	+	–	0

ANLAGE 2: Liste der vorgelegten Schuldokumente

Liste der vorgelegten Schuldokumente

E: eingereicht auf Datenträger oder schriftlich

V: als Dokument in der Schule vorgelegt

	E	V	Kommentar
1. Erhebungsbogen (für Schulleitung)	<input checked="" type="checkbox"/>	<input type="checkbox"/>	
2. Schulprogramm/Leitbild	<input checked="" type="checkbox"/>	<input type="checkbox"/>	
• Leitbild (schriftliche Form) und/oder	<input checked="" type="checkbox"/>	<input type="checkbox"/>	
• Schulprogramm oder	<input checked="" type="checkbox"/>	<input type="checkbox"/>	
• schriftlich fixierte Entwicklungs- und Arbeitsschwerpunkte der letzten zwei und der kommenden zwei Jahre (Auflistung der wichtigsten Maßnahmen)	<input type="checkbox"/>	<input type="checkbox"/>	
3. Kurzbericht über Selbstevaluationsmaßnahmen und -ergebnisse (Maßnahmen, Ergebnisse, Folgerungen)			
• Bestandsaufnahmen oder Evaluationsvorhaben der letzten zwei Jahre	<input type="checkbox"/>	<input type="checkbox"/>	
• Schüler- und/oder Elternbefragungen u. a.	<input checked="" type="checkbox"/>	<input type="checkbox"/>	
•	<input type="checkbox"/>	<input type="checkbox"/>	
4. Besondere pädagogische Konzepte oder Beschlüsse/Regelungen: (nur die in den Konferenzen abgestimmten Konzepte oder Beschlüsse)			
• Förderkonzept	<input checked="" type="checkbox"/>	<input type="checkbox"/>	
• Ganztagskonzept	<input checked="" type="checkbox"/>	<input type="checkbox"/>	
• Integrationskonzept	<input checked="" type="checkbox"/>	<input type="checkbox"/>	und Regionales Integrationskonzept (RIK)
• Beratungskonzept	<input checked="" type="checkbox"/>	<input type="checkbox"/>	
• Fortbildungskonzept	<input checked="" type="checkbox"/>	<input type="checkbox"/>	
• Schulregeln, Schulcharta	<input checked="" type="checkbox"/>	<input type="checkbox"/>	und Klassenregeln
• Medienkonzept	<input checked="" type="checkbox"/>	<input type="checkbox"/>	
• Präventionskonzept (Rauchen, Alkoholkonsum)	<input checked="" type="checkbox"/>	<input type="checkbox"/>	
• Kooperationsvereinbarung mit vorschulischen Einrichtungen bzw. Grundschulen	<input checked="" type="checkbox"/>	<input type="checkbox"/>	
• Konzept zur Personalentwicklung (PE-Konzept)	<input type="checkbox"/>	<input type="checkbox"/>	

	<i>E</i>	<i>V</i>	<i>Kommentar</i>
• Beschwerderegulung	<input checked="" type="checkbox"/>	<input type="checkbox"/>	
• Vertretungsregelung	<input checked="" type="checkbox"/>	<input type="checkbox"/>	
• Umgang mit Absentismus	<input checked="" type="checkbox"/>	<input type="checkbox"/>	
• Konzepte zur Umweltbildung, interkulturellen Bildung, Gesundheitsförderung, beruflichen Orientierung, Gewaltprävention u. a.	<input checked="" type="checkbox"/>	<input type="checkbox"/>	
• schuleigene Lehrpläne	<input checked="" type="checkbox"/>	<input checked="" type="checkbox"/>	E: MA, PHY/CH
• Methodenkonzept, Konzept zu Schlüsselkompetenzen	<input type="checkbox"/>	<input type="checkbox"/>	
• Konzept zu Sprachfördermaßnahmen	<input checked="" type="checkbox"/>	<input type="checkbox"/>	
• Regelungen/Beschlüsse zur Leistungsbewertung	<input type="checkbox"/>	<input checked="" type="checkbox"/>	
• Grundsätze zum Umgang mit Hausaufgaben	<input checked="" type="checkbox"/>	<input type="checkbox"/>	
• Lernentwicklungsberichte o. Ä.	<input type="checkbox"/>	<input checked="" type="checkbox"/>	
• Kooperationsvereinbarung mit anderen Schulen, Jugendhilfe, externen Partnern	<input type="checkbox"/>	<input type="checkbox"/>	
• Konzept zur Verteilung der Haushaltsmittel	<input type="checkbox"/>	<input type="checkbox"/>	
• Konzept Arbeitssicherheit, Gesundheitsschutz	<input checked="" type="checkbox"/>	<input type="checkbox"/>	Notfallplan
• Statistik	<input type="checkbox"/>	<input checked="" type="checkbox"/>	
• Informationsmappe für neue Kollegen	<input type="checkbox"/>	<input checked="" type="checkbox"/>	
5. Gesamtkonferenzbeschlüsse der letzten 3 Jahre	<input type="checkbox"/>	<input checked="" type="checkbox"/>	
6. Schulinterne Informationsblätter o. ä.			
• schuleigene Homepage			
• Elternbriefe	<input type="checkbox"/>	<input checked="" type="checkbox"/>	
7. Pressespiegel: Zeitungsberichte über die Schule (letzte 2 - 3 Jahre)	<input type="checkbox"/>	<input checked="" type="checkbox"/>	Chronik
8. Dokumente zu besonderen Erfolgen der Schule			
• Bericht der Jury d. Deutschen Schulpreises 2008	<input checked="" type="checkbox"/>	<input checked="" type="checkbox"/>	mit Dokumentation
9. Sonstige Dokumente			
• Protokolle		X	Fachkonferenzen, Gesamtkonferenzen, Schulvorstand, Dienstbesprechungen

	<i>E</i>	<i>V</i>	<i>Kommentar</i>
• Klassenarbeiten		X	Kl. 10
• Hospitationsberichte		X	„Kritische Freunde“
• Heft „Wochenplanarbeit“		X	

Mitteilungsvorlage

Vorlage-Nr.: 2011/038

freigegeben am 03.03.2011

GB 2

Sachbearbeiter/in: Bernd Gottwald

Datum: 03.03.2011

Organisation der Ganztagsschule KGS Rastede

Beratungsfolge:

Status

Ö

Datum

29.03.2011

Gremium

Schulausschuss

Beschlussvorschlag:

Der Bericht wird zur Kenntnis genommen.

Sach- und Rechtslage:

Die Kooperative Gesamtschule Rastede ist eine offene Ganztagsschule, die mittlerweile ein reichhaltiges Angebot an Arbeitsgemeinschaften, Förderunterricht und Hausaufgabenbetreuung anbietet.

Ein Teil des Angebotes wurde von außerschulischen Fachkräften auf Honorarbasis geleistet. Zwischenzeitlich haben Sozialversicherungsträger bei der Prüfung vergleichbarer Verträge die Sozialversicherungspflicht festgestellt. Auf Weisung des Landes Niedersachsen musste die KGS die betreffenden Verträge kündigen. Den Fachkräften wurden neue, entsprechend den vom Land vorgegebenen Regelungen gestaltete Arbeitsverträge mit einem geringeren Entgelt angeboten, woraufhin sich die Personalsituation verschlechtert und die Angebotsvielfalt gelitten hat.

Bereits in der Verwaltungsausschusssitzung vom 01.03.2011 wurde auf die geänderte Situation an der KGS Rastede hingewiesen und ein Bericht der Schulleitung im Rahmen der nächsten Sitzung des Schulausschusses angekündigt.

Die Beschäftigung der pädagogischen Mitarbeiter der KGS Rastede wie Lehrer, Hilfslehrer oder entsprechender weiterer Mitarbeiter unterliegt der Zuständigkeit des Landes Niedersachsen. Obgleich die Gemeinde sachlich nicht für diesen Bereich zuständig ist, wird die Schulleitung im Rahmen der Sitzung über die Hintergründe der erfolgten Kündigungen der pädagogischen Kräfte zum 1.3. sowie über die beabsichtigte Kompensation und deren derzeitiger Entwicklung berichten.

Finanzielle Auswirkungen:

Keine.

Anlagen:

1. Elternbrief der KGS
2. Schreiben des Schulelternrates an den Kultusminister



Liebe Eltern,

seit 2005 ist die KGS Rastede eine offene Ganztagschule. In den letzten sechs Jahren haben wir das ganztagspezifische Angebot am Nachmittag kontinuierlich erweitert. Inzwischen können unsere Schülerinnen und Schüler nicht nur an sehr vielen Arbeitsgemeinschaften ihrer Wahl teilnehmen, sondern die Schule bietet in den Jahrgängen 5-7 in nahezu allen Kernfächern Förderunterricht und Hausaufgabenbetreuung an. Schließlich fördern wir auch den Spracherwerb von Kindern, die mit geringen oder keinen Deutschkenntnissen zu uns gekommen sind.

Viele der zuletzt genannten Maßnahmen werden von qualifizierten außerschulischen Fachkräften geleistet, die von Schule in der Vergangenheit mit Dienstleistungsverträgen auf der Grundlage von Musterverträgen des Landes ausgestattet wurden. Ermittlungen der Sozialversicherungsträger im Land Niedersachsen haben nun ergeben, dass es sich bei diesen freien Dienstleistungsverträgen um faktische Arbeitsverhältnisse handeln soll, die damit sozialversicherungspflichtig wären. Da das Land Niedersachsen Rückzahlungsforderungen für vorenthaltene Sozialabgaben durch die Rentenversicherungsträger befürchtet, sollen daher zukünftig fast nur noch befristete Arbeitsverträge mit außerschulischen Fachkräften geschlossen werden dürfen.

Wir als Schule begrüßen, dass es zukünftig klare arbeitsvertragliche und sozialversicherungsrechtliche Grundlagen für die Beschäftigung von außerschulischen Fachkräften gibt. Auch wir haben ein Interesse daran, dass es an Schulen keine Grauzone von Beschäftigung gibt. Die vom Land Niedersachsen vorgesehenen Regelungen sehen jedoch für den Einsatz im Förderunterricht und in der Hausaufgabenbetreuung eine Einstufung in eine so niedrige Entgeltgruppe (E5 –Brutto 10,72€) vor, dass wir befürchten, qualifizierte Kräfte im Förderbereich und in der Hausaufgabenbetreuung nicht mehr halten zu können. Selbst Schülerinnen und Schüler der Oberstufe verdienen bei privater Nachhilfe mehr, als Fachkräfte mit Hochschulabschluss zukünftig erhalten sollen.

Ich habe daher an alle im Förderunterricht- und in der Hausaufgabenbetreuung tätigen außerschulischen Fachkräften einen Aufhebungsvertrag schicken müssen, der zum 1.03. wirksam wird. Gemeinsam mit den betroffenen Personen haben wir im Februar die Situation beraten, der Schulelternrat der Schule ist schon aktiv geworden und hat sich in dieser Angelegenheit an den Kultusminister des Landes, Herrn Althusmann, gewandt.

Ich kann gut verstehen, dass fast alle bisher beschäftigten Fachkräfte aufgrund der neuen Vertragslage ihre Tätigkeit mit dem 1.03. einstellen werden. Das hat zur Folge, dass weite Teile des Förderunterrichts bis zum Schuljahresende ab März ausfallen werden.

Wir bedauern die jetzt eingetretene Situation und hoffen, dass im Interessen der Schülerinnen und Schüler und der Erziehungsberechtigten im politischen Bereich Lösungen gefunden werden, die zu keiner Einschränkung der Qualität einer offenen Ganztagschule führen.

Mit freundlichem Gruß

Gerd Kip
Schulleiter

Vorstand des Schulelternrates KGS Rastede
Wilhelmstraße 5, 26180 Rastede



An
Herrn
Dr. Bernd Althusmann
Niedersächsisches Kultusministerium
Schiffgraben 12
30159 Hannover

Internet: www.KGS-Rastede.de
MMail : schulelternrat@kgs-rastede.de

Telefon (0441) 62567
Telefax (0421) 66 00 330
Mobil 0171 / 2282230

Datum: 16. Februar 2011

Sehr geehrter Herr Dr. Althusmann,

nachdem Sozialversicherungsträger in Niedersachsen ermittelt haben, dass Schulen in Niedersachsen offenbar flächendeckend freie Dienstleistungsverträge, insbesondere mit Honorarlehrkräften, geschlossen haben, die faktisch sozialversicherungspflichtige Arbeitsverhältnisse darstellen, befürchtet das Land Niedersachsen Rückzahlungen für vorenthaltene Sozialversicherungsbeiträge.

Das ist ausgesprochen bedauerlich, aber kaum noch zu ändern!

Dass hier Korrekturen und Reformen vorgenommen werden müssen ist unstreitig – **es sollte nur weiter der eingeschlagene Weg der „Eigenverantwortlichen Schulen“ auch in diesem Bereich beibehalten werden und – dies ist von entscheidender Bedeutung - die anstehenden Veränderungen sollten nicht auf dem Rücken der betroffenen Schülerinnen und Schüler und deren Eltern vorgenommen werden!**

Die jetzt vorgesehenen Kündigungen der bestehenden Verträge werden an unserer Schule dazu führen, dass neben dem Angebot im Bereich des Förderunterrichtes, die gesamte QUALIFIZIERTE Hausaufgabenbetreuung eingestellt werden muss, da es aufgrund der neuen Vorgaben bei der Vergütung kaum denkbar ist, dass neue, **ausreichend qualifizierte Kräfte, für diese Aufgabe gewonnen werden können!**

Die neuen Vorgaben für Obergrenzen für die Honorare der außerschulischen Fachkräfte – im Ergebnis sollen künftig rd. 10 € / Stunde gezahlt werden - sind indiskutabel und zeugen nicht gerade davon, dass der Kultusbehörde an einer qualitativ hochwertigen Versorgung der Schülerinnen und Schüler an dieser Stelle gelegen ist. Warum eigentlich nicht ?

Warum wird hier – ohne Not – Bewährtes unterbunden?

Die KGS- Rastede würde damit vermutlich dem Status der „verlässlichen Ganztagschule“ nicht mehr gerecht werden, wovon große Teile der Elternschaft – vor allem Alleinerziehende Eltern - betroffen sein werden!

Unverständlich sind die neuen Vorgaben im Übrigen auch deswegen, da überhaupt keine zusätzlichen Kosten für den Niedersächsischen Haushalt zu erwarten sind, denn es soll nach wie vor das vorhandene Budget genutzt werden – aber bitte EIGENVERANTWORTLICH !

Warum soll es eigentlich den Schulen nicht gestattet sein, mit den infrage kommenden Honorarkräften „Geringfügig Beschäftigungsverhältnisse“ zu begründen?

Warum überlässt man den Schulen nicht die Gestaltung des außerschulischen Unterrichtes?

Sehr geehrter Herr Dr. Althusmann, wir bitten Sie hiermit nachdrücklich **im Interesse unserer Kinder**, die o.g. Vorschläge aufzugreifen und den Weg für pragmatische Übergangslösungen im laufenden Schuljahr und tragfähige bzw. befriedigende Regelungen in den kommenden Jahren frei zu machen:

- Schaffung einer Möglichkeit, eigenverantwortlich Beschäftigungsverhältnisse auf 400 € - Basis mit Honorar-Lehrkräften einzugehen mit der Möglichkeit, die bisherigen Vergütungen zu zahlen.
- Belassung der bisherigen Vereinbarungen mit den jetzt tätigen außerschulischen Fachkräften bis zum Ende des Schuljahres

Eine Kopie dieses Schreibens erhält der Landeselternrat Niedersachsen

Mit freundlichen Grüßen

(Rüdiger Winkelmann)

Vorstandsmitglieder:

Rüdiger Winkelmann (Vorsitzender), Petra Kickler (stellv. Vorsitzende), Sarah Ebken (Bereichselternrat Hauptschule), Claas Caspers (Bereichselternrat Realschule), Ingo Reese (Bereichselternrat Gymnasium), Dietmar Gerdes (Bereichselternrat Gymnasium Sek. II), Ilka Haase (Schriftführerin)

B e s c h l u s s v o r l a g e

Vorlage-Nr.: 2011/042

freigegeben am 14.03.2011

GB 2

Sachbearbeiter/in: Sundermann, Fritz

Datum: 14.03.2011

Kooperative Gesamtschule Rastede - Keine Umwandlung zur Oberschule

Beratungsfolge:

<u>Status</u>	<u>Datum</u>	<u>Gremium</u>
Ö	29.03.2011	Schulausschuss
N	12.04.2011	Verwaltungsausschuss

Beschlussvorschlag:

Eine Änderung der Kooperativen Gesamtschule Rastede in die neue Schulform Oberschule erfolgt nicht.

Sach- und Rechtslage:

A) Allgemein

Im Zuge der vom Land Niedersachsen beabsichtigten Änderung des Schulgesetzes soll als neue Schulform die Errichtung von Oberschulen ermöglicht werden. Die Verabschiedung des Gesetzes zur Änderung des Nds. Schulgesetzes soll in der 11. Kalenderwoche erfolgen.

Die Oberschule soll entweder als Oberschule ohne gymnasiales Angebot oder als Oberschule mit gymnasialem Angebot eingerichtet werden können. Grundsätzlich soll das gymnasiale Angebot der Oberschule nur den Sekundarbereich I umfassen. Im Falle der Umwandlung einer Gesamtschule mit gymnasialer Oberstufe (Sekundarbereich II) in eine Oberschule soll auch an dieser Oberschule der Sekundarbereich II fortgeführt werden können (§ 183a Abs. 2 Entwurf-NSchG).

Zuständig für den Antrag auf Errichtung einer Oberschule ist der Schulträger.

Der Landkreis Ammerland hat als Träger der Schulentwicklungsplanung die Aufgabe, die planerischen Grundlagen für ein ausgeglichenes Schulangebot im gesamten Landkreis zu schaffen. Daneben sind die örtlichen Entscheidungen zur Einrichtung von Oberschulen relevant für die Schülerbeförderung. Aus diesen Gründen und zur Vorbereitung der nächsten Kreisschulausschusssitzung am 7.4.2011 hat der Landkreis die Überlegungen der kreisangehörigen Gemeinden zur Errichtung von Oberschulen erfragt. Um die Anfrage zeitgerecht zu beantworten, hat die Verwaltung unter Hinweis auf die noch ausstehende Beratung in den Ratsgremien dem Landkreis mitgeteilt, dass sich die KGS Rastede in der jetzigen Form bewährt hat und kein Bedarf für die Umbildung in eine Oberschule gesehen wird.

B) Kooperative Gesamtschule Rastede (KGS Rastede)

Die Schulträgerschaft für die zum 01.08.1976 genehmigte Kooperative Gesamtschule Rastede (KGS Rastede) wurde der Gemeinde Rastede übertragen. Durch Verordnung wurde die Gemeinde Rastede als Schulträger der KGS Rastede von der Pflicht befreit, daneben Hauptschulen, Realschulen oder Gymnasien führen zu müssen.

In der KGS Rastede sind die Hauptschule, die Realschule und das Gymnasium als aufeinander bezogene Schulzweige in einer Schule verbunden (§ 12 NSchG). Der gymnasiale Zweig der KGS Rastede umfasst sowohl den Sekundarbereich I als auch den Sekundarbereich II und ist seit einigen Jahren auch Ausbildungsschule im gymnasialen Bereich. Gemäß § 183 b Abs. 2 Entwurf-NSchG sollen am 31. Juli 2011 bestehende Kooperative Gesamtschulen in der bisherigen Form der aufeinander bezogenen Schulzweige weitergeführt werden können.

In der Bevölkerung ist die Kooperative Gesamtschule Rastede akzeptiert und wird durchaus mit den Regelgymnasien gleichgesetzt, was sich auch in der hohen Schülerzahl, insbesondere im gymnasialen Zweig widerspiegelt. So haben z. B. im Jahr 2010 von 230 Rasteder Grundschülerinnen und -schülern der 4. Klassen 92,6 % den Weg in die KGS Rastede gewählt. Warum sollte aufgegeben werden, was bei freier Entscheidung sehr stark nachgefragt wird?

Die neue Schulform Oberschule hingegen ist – noch – umstritten und zielt von ihrer Zielsetzung her eher auf die Zusammenlegung von Haupt- und Realschulen ab. Deutlich wird dies insbesondere durch die Wahlmöglichkeit, ob ein gymnasialer Zweig eingerichtet werden soll und vor allem durch die Beschränkung bei Neugründungen auf den Sekundarbereich I.

Als Angebotsschule kann die KGS Rastede auch von Schülerinnen und Schülern aus den Nachbargemeinden besucht werden. Von dieser Möglichkeit wird insbesondere im gymnasialen Zweig in erheblichem Umfang Gebrauch gemacht. Von den zurzeit ca. 2.050 Schülerinnen und Schülern an der KGS Rastede kommen rund 29 %, also über 600, aus den Nachbargemeinden. Ebenfalls können Schülerinnen und Schüler aus Rastede vom dem Status Angebotsschule profitieren, da sie problemlos besondere Schulangebote in den Nachbargemeinden (z. B. in der Stadt Oldenburg) nutzen können.

C) Folgen einer Umwandlung der KGS Rastede zur Oberschule

Grundsätzlich wäre die Umwandlung der KGS Rastede in eine Oberschule bei voller Beibehaltung des bisherigen gymnasialen Angebotes möglich, sofern die Gemeinde Rastede als Schulträger dies beschließt. Die Umwandlung in eine Oberschule Rastede könnte frühestens zum 01.08.2011 erfolgen, sofern ein solcher Antrag bis spätestens zum 31.5.2011 gestellt würde.

Sollte die KGS Rastede in eine Oberschule umgewandelt werden, würde sie den Status einer Angebotsschule verlieren und es sich künftig um eine Regelschule handeln. Als Folge wäre es neuen Schülerinnen und Schülern aus den Nachbargemeinden grundsätzlich nicht mehr möglich, die Oberschule Rastede zu besuchen. Erst ab der Eingangsstufe des Sekundarbereiches II (10. Klasse) könnten neue Schülerinnen und Schüler aus den Nachbargemeinden die Oberschule Rastede dann noch besuchen.

Die zurzeit an der KGS Rastede beschulten Schülerinnen und Schüler aus den Nachbargemeinden könnten unabhängig davon bis zu ihrem Ausscheiden an der Oberschule Rastede verbleiben. Schülerinnen und Schüler aus Rastede könnten keine besonderen Schulangebote in der Stadt Oldenburg mehr nutzen.

Die Arbeit in der KGS Rastede wäre weitgehend mit der Arbeit in einer Oberschule vergleichbar, insbesondere bei der schulinternen Organisationsstruktur gibt es jedoch deutliche Unterschiede. So verfügt die KGS Rastede über eine mit insgesamt sieben Personen besetzte Fachleiterebene. In einer Oberschule werden diese Aufgaben von der Fachkonferenzleitung wahrgenommen. Bei der Gewinnung von Lehrkräften kann sich dies entscheidend auswirken, da sich durch die Fachleiterfunktion in der KGS Rastede schulinterne Aufstiegsmöglichkeiten bieten. Bei einer Oberschule sind solche Aufstiegsmöglichkeiten, mit Ausnahme der Schulleiterfunktion, nicht gegeben.

Die Einrichtung der KGS hat zum „Schulfrieden“ in Rastede beigetragen, über den im Land immer mehr gestritten wird. Die Einrichtung einer Oberschule würde Konflikte erzeugen, wo bisher keine waren.

Nach einer Umwandlung in eine Oberschule Rastede würde aufgrund der fehlenden Schülerinnen und Schüler aus den Nachbargemeinden aufsteigend ab dem 5. Schuljahr die Schülerzahlen vor allem im gymnasialen Zweig stark zurückgehen. Dadurch würde das sogenannte Schulleben stark eingeschränkt. Das Schülerpotenzial zur Gewinnung für Projekte (z. B. Schüleraustausch etc.) wäre so gering, dass davon auszugehen ist, dass das Angebot erheblich reduziert werden müsste. Hiervon wäre besonders der wahlfreie Bereich betroffen, da AG-Angebote eine Mindestzahl von Schülerinnen und Schülern voraussetzen (ca. 14).

Gegenwärtig bietet die KGS Rastede den Schülerinnen und Schülern vier Profile auf der Grundlage der Verordnung über die gymnasiale Oberstufe (VO-GO) an. Dies sind das naturwissenschaftliche Profil, das sprachliche Profil, das gesellschaftswissenschaftliche Profil und das musisch-künstlerische Profil. Aktuell hat die KGS Rastede die Einrichtung eines fünften Wahlpflichtbereiches Sport beantragt.

Stark zurückgehende Schülerzahlen hätten zur Folge, dass unter diesen Bedingungen nur noch das naturwissenschaftliche und sprachliche Profil angeboten werden kann, deren Angebot durch Verordnung ohnehin zwingend vorgeschrieben ist. Die übrigen Profile müssten entfallen. Eine Kooperationsmöglichkeit, wie sie für die Gymnasien in der Stadt Oldenburg untereinander gegeben ist, besteht weder für die KGS Rastede, noch würde sie für eine Oberschule Rastede bestehen. So würde z. B. die bisherige Wahlmöglichkeit unter drei zusätzlichen Fremdsprachen (Französisch, Latein und Spanisch) oder das Wahlpflichtangebot in den Jahrgängen 7-9 (Informatik/Wirtschaft; dritte Fremdsprache, darstellendes Spiel) nicht mehr aufrechterhalten werden können.

Eine durch die stark verringerte Schülerzahl bedingte deutliche Einschränkung der Angebotspalette dürfte somit unweigerlich auch zum Abwandern von Schülerinnen und Schülern aus Rastede selbst zu den Gymnasien in Bad Zwischenahn oder Jaderberg führen. Aufgrund des Statuswechsels weg von einer Angebotsschule (KGS Rastede) hin zu einer Regelschule (Oberschule Rastede) wäre der Zugang für Rasteder Schülerinnen und Schüler zu einem Gymnasium in Oldenburg verwehrt.

Ob sich auswärtige Schülerinnen und Schüler bei einem geringer differenzierten Angebot und – da nicht früher rechtlich möglich – zudem erst ab dem Sekundarbereich II für eine Oberschule Rastede entscheiden würden, ist sehr fraglich. Es ist zu erwarten, dass die betroffenen Schülerinnen und Schüler bereits ab dem 5. Schuljahrgang ein reguläres Gymnasium anwählen würden.

Bedingt durch die dann geringere Schülerzahl würde sich natürlich auch die Anzahl der Lehrkräfte deutlich reduzieren. Insbesondere in den sogenannten Mangelfächern ließe sich ein ggf. Ausfall voraussichtlich nur noch schwer kompensieren.

Durch eine Umwandlung der KGS Rastede in eine Oberschule Rastede würde der Schulträger ohne Not die Schülerzahl, insbesondere im gymnasialen Zweig, bewusst sehr erheblich reduzieren, das inhaltliche Angebot der Schule sehr stark einschränken und ggf. auch die Akzeptanz in der Bevölkerung gefährden.

Aus den vorstehenden Erläuterungen ist kein Vorteil, es sind jedoch mehrere Nachteile einer möglichen Umwandlung der KGS Rastede in einer Oberschule erkennbar. Der Bedarf für eine Umwandlung ist aus Sicht der Verwaltung nicht gegeben.

Die Schulleitung der KGS Rastede wird an der Sitzung teilnehmen.

Finanzielle Auswirkungen:

Keine.

Anlagen:

1. Handreichungen Nieders. Kultusministerium zur Errichtung von Oberschulen
2. Beschlussempfehlung zur Änderung des Nieders. Schulgesetzes



**Niedersächsisches
Kultusministerium**

Errichtung von Oberschulen im Land Niedersachsen

Hinweise für die kommunalen Schulträger

1. Sachlage

Der Niedersächsische Landtag ist zurzeit mit der Beratung eines Gesetzentwurfs zur Neuordnung der Schulstruktur in Niedersachsen (Drucksache 16/3155) befasst, durch den - nach Gesetzwerdung - die Oberschule als neue Schulform im Niedersächsischen Schulgesetz (NSchG) verankert werden soll. Nach § 183 a Abs. 3 E-NSchG soll den Schulträgern die Errichtung von Oberschulen bereits ab dem Schuljahr 2011/2012, somit bereits ab dem 01.08.2011, ermöglicht sein.

Um den kommunalen Schulträgern rechtzeitig Planungen, Vorarbeiten sowie Entscheidungen zu ermöglichen, werden im Folgenden - im Vorgriff auf die gesetzlichen Regelungen sowie auf die in der Folge zu erlassenden untergesetzlichen Bestimmungen - erste Hinweise und Empfehlungen gegeben.

Die Angaben stehen unter dem Vorbehalt, dass die schulrechtlichen Bestimmungen entsprechend in Kraft gesetzt werden. Voraussichtlich wird der Niedersächsische Landtag in seiner Sitzung vom 15.03. bis 18.03.2011 das Gesetz in der Fassung der Beschlussempfehlung des Kultusausschusses vom 04.03.2011 verabschieden.

2. Rechtliche Grundlagen

Die wesentlichen planungserheblichen schulorganisatorischen Bestimmungen des Gesetzentwurfs werden in der vom Kultusausschuss am 4.3.2011 beschlossenen Fassung auszugsweise wiedergegeben:

§ 10a E-NSchG Oberschule

(1) ¹In der Oberschule werden Schülerinnen und Schüler des 5. bis 10. Schuljahrgangs unterrichtet.

²Die Oberschule vermittelt ihren Schülerinnen und Schülern eine grundlegende, erweiterte oder vertiefte Allgemeinbildung und ermöglicht ihnen im Sekundarbereich I den Erwerb derselben Abschlüsse wie an den in den §§ 9, 10 und 11 genannten Schulformen. ³Sie stärkt Grundfertigkeiten, selbständiges Lernen, aber auch wissenschaftspropädeutisches Arbeiten und ermöglicht ihren Schülerinnen und Schülern entsprechend ihrer Leistungsfähigkeit und ihren Neigungen individuelle Schwerpunktbildungen. ⁴Die Schwerpunktbildung befähigt die Schülerinnen und Schüler, nach Maßgabe der Abschlüsse, ihren Bildungsweg berufs-, aber auch studienbezogen fortzusetzen. ⁵Der Umfang der Schwerpunktbildung richtet sich nach den organisatorischen, personellen und sächlichen Gegebenheiten der einzelnen Schule. ⁶Die Oberschule arbeitet eng mit berufsbildenden Schulen zusammen.

(2) ¹In der Oberschule werden die Hauptschule und die Realschule als aufeinander bezogene Schulzweige geführt oder sie ist nach Schuljahrgängen gegliedert. ²Die Schule entscheidet jeweils nach

Maßgabe der Sätze 3 und 4 sowie des Absatzes 3 Satz 3, in welchen Schuljahrgängen und Fächern der Unterricht jahrgangsbezogen oder schulzweig-spezifisch erteilt wird.

³In der Oberschule soll ab dem 9. Schuljahrgang der schulzweigspezifische Unterricht überwiegen. ⁴Ist die Oberschule in Schulzweige gegliedert, wird der Unterricht überwiegend in schulzweigspezifischen Klassenverbänden erteilt.

(3) ¹Die Oberschule kann um ein gymnasiales Angebot erweitert werden. ²§ 11 Abs. 1 gilt entsprechend. ³Für die Schülerinnen und Schüler des gymnasialen Angebots soll ab dem 7. Schuljahrgang und muss ab dem 9. Schuljahrgang der Unterricht überwiegend in schulzweigspezifischen Klassenverbänden erteilt werden. ⁴Der 10. Schuljahrgang des gymnasialen Schulzweigs ist zugleich die Einführungsphase der gymnasialen Oberstufe.

§ 106 E-NSchG

Errichtung, Aufhebung und Organisation von öffentlichen Schulen

(1) Die Schulträger sind verpflichtet, Schulen zu errichten, zu erweitern, einzuschränken, zusammenzulegen, zu teilen oder aufzuheben, wenn die Entwicklung der Schülerzahlen dies erfordert.

(2) Die Schulträger sind berechtigt, neben den Schulen nach den §§ 9 bis 11 Gesamtschulen zu führen, wenn die Entwicklung der Schülerzahlen dies rechtfertigt und im Gebiet des Landkreises oder der kreisfreien Stadt der Besuch

1. einer Hauptschule und einer Realschule oder
2. einer Oberschule

sowie eines Gymnasiums unter zumutbaren Bedingungen gewährleistet bleibt.“

(3) ¹Die Schulträger sind berechtigt, Oberschulen zu errichten, wenn die Entwicklung der Schülerzahlen dies rechtfertigt. ²Errichten die Schulträger Oberschulen, so sind sie von der Pflicht befreit, Hauptschulen und Realschulen zu führen. ³Die Erweiterung einer Oberschule um ein gymnasiales Angebot ist zulässig, wenn der Besuch eines Gymnasiums im Gebiet des Landkreises oder der kreisfreien Stadt unter zumutbaren Bedingungen gewährleistet bleibt und der Schulträger desjenigen Gymnasiums zustimmt, das die Schülerinnen und Schüler sonst im Gebiet des Landkreises oder der kreisfreien Stadt besuchen würden. ⁴Absatz 1 bleibt im Übrigen unberührt.

(4) Die Schulträger sind berechtigt, 10. Klassen an Hauptschulen und an Förderschulen zu führen, wenn die Entwicklung der Schülerzahlen dies rechtfertigt.

(5) ¹Schulträger haben bei schulorganisatorischen Entscheidungen nach den Absätzen 1 bis 3

1. die Vorgaben nach Absatz 9 Satz 1 Nr. 2 sowie die Vorgaben zur Festlegung von räumlichen Bereichen, auf die sich das Bildungsangebot am Schulstandort bezieht (Einzugsbereich), einzuhalten,
2. das vom Schulträger zu ermittelnde Interesse der Erziehungsberechtigten oder der volljährigen Schülerinnen und Schüler zu berücksichtigen,
3. die raumordnerischen Anforderungen an Schulstandorte und Einzugsbereiche zu erfüllen sowie
4. zu berücksichtigen, dass schulorganisatorische Maßnahmen der Entwicklung eines regional ausgeglichenen Bildungsangebots nicht entgegenstehen sollen.

²Haben berufsbildende Schulen einen schulträgerübergreifenden Einzugsbereich, so setzt sich der Schulträger vor schulorganisatorischen Entscheidungen nach Absatz 1 mit den anderen betroffenen Schulträgern ins Benehmen.

(6) ¹Die Schulträger können

1. Grundschulen mit Hauptschulen oder mit Oberschulen ohne gymnasiales Angebot,
2. Förderschulen mit allen allgemein bildenden Schulen mit Ausnahme des Kollegs und des Abendgymnasiums

organisatorisch in einer Schule zusammenfassen; die Schule wird dabei entsprechend den Schulformen in Schulzweige gegliedert. ²Die Schulzweige arbeiten organisatorisch und pädagogisch zusammen.

(7) Die Schulformen der berufsbildenden Schulen werden grundsätzlich organisatorisch und pädagogisch in einer Schule zusammengefasst; die Schule wird dabei entsprechend den Schulformen gegliedert.

(8) ¹Die Schulträger bedürfen für schulorganisatorische Entscheidungen nach den Absätzen 1 bis 4 und 6 sowie nach § 11 Abs. 2 Satz 2 und § 12 Abs. 2 Satz 6 der Genehmigung der Schulbehörde.

²Die Genehmigung zur Errichtung und Erweiterung von Schulen mit Ausnahme der Berufsschule kann auch dann versagt werden, wenn nach den personellen, sächlichen und fachspezifischen Gegebenheiten die Erfüllung des Bildungsauftrages der Schule nicht gesichert ist. ³§ 133 Abs. 1 Satz 2 der Niedersächsischen Gemeindeordnung und § 77 Abs. 1 Satz 2 der Niedersächsischen Landkreisordnung sowie § 176 Abs. 1 Satz 2 des Niedersächsischen Kommunalverfassungsgesetzes sind nicht

anzuwenden. ⁴Das Kultusministerium wird ermächtigt, durch Verordnung Schulträger auf Antrag von der Pflicht zu befreien, Hauptschulen, Realschulen oder Gymnasien zu führen, wenn diese Schulen auf Grund der Schülerzahlen neben einer Gesamtschule nicht in ausreichender Gliederung geführt werden können.

(9) ¹Das Kultusministerium wird ermächtigt, durch Verordnung zu bestimmen,

1. welche Anforderungen unter raumordnerischen Gesichtspunkten an Schulstandorte und Einzugsbereichen zu stellen sind,
2. welche Größe die Schulen oder Teile von Schulen unter Berücksichtigung der Erfordernisse eines differenzierenden Unterrichts aufweisen sollen,
3. unter welchen Voraussetzungen Schulen Außenstellen führen dürfen und
4. wie die Einzugsbereiche und Standorte der einzelnen Schulen aufeinander abgestimmt werden sollen.

²Vor Erlass der in Satz 1 Nrn. 1 bis 4 genannten Verordnungen ist der Landtag zu unterrichten.

„§ 183 a

Sonderregelungen für Oberschulen

(1) ¹An neu errichteten Oberschulen sind die Vorschriften für die Oberschule im ersten Schuljahr nach ihrer Errichtung nur auf den ersten Schuljahrgang anzuwenden. ²Für die übrigen Schuljahrgänge sind die Vorschriften weiter anzuwenden, die für die entsprechenden bisherigen Schulformen gelten.

(2) ¹An neu errichteten Oberschulen kann die Qualifikationsphase der gymnasialen Oberstufe geführt werden, wenn bei Errichtung der Oberschule gleichzeitig eine Gesamtschule aufgehoben wird, die die Qualifikationsphase der gymnasialen Oberstufe geführt hat. ²Abweichend von § 10 a Abs. 1 werden dann auch Schülerinnen und Schüler des 11. und 12. Schuljahrgangs unterrichtet und es können auch alle Abschlüsse wie am Gymnasium erworben werden. ³§ 11 Abs. 3 Satz 4 und Abs. 4 bis 9 gilt entsprechend.

(3) Genehmigungen zur Errichtung von Oberschulen mit Wirkung ab 1. August 2011 können bereits vor diesem Zeitpunkt erteilt werden.

3. Organisationsformen der Oberschule

Die Oberschule soll in zwei Organisationsformen errichtet werden können,

- als Oberschule ohne gymnasiales Angebot,
- als Oberschule mit gymnasialem Angebot.

4. Mindestgröße der Organisationsformen der Oberschule

Für die Änderung der Verordnung für die Schulorganisation (SchOrgVO) vom 17.02.2011 (Nds. GVBl. S. 62) sind für die Schulform Oberschule folgende Rahmenbedingungen vorgesehen:

Organisationsform der Oberschule	Anzahl der Züge als Anzahl der Klassenverbände oder Lerngruppen pro Jahrgang		Schülerzahl	Berechnung der Mindestzügigkeit
	mindestens	höchstens		
Oberschule ohne gymnasiales Angebot	2	6	mind. 48 je Schuljahrgang	2 x 24 Diese Schülerzahl darf bis zum

				31. Juli 2015 unterschritten werden, wenn bei Errichtung der Oberschule gleichzeitig eine organisatorisch zusammengefasste Haupt- und Realschule aufgehoben wird.
Oberschule mit gymnasialem Angebot	3, bei Schulzweigglie- derung davon 1 im gymnasia- len Schul- zweig	9	mind. 75 je Schuljahrgang, davon mind. 27 im gymnasialen Schulzweig	2 x 24+1 x 27
Oberschule im Sekundarbereich II ¹	3		mind. 54 je Schuljahrgang	3 x 18

5. Errichtungsvoraussetzungen im Einzelnen (§ 106 Abs. 3 E-NSchG)

5.1 Schulträger

Nach § 102 Abs. 2 NSchG sind die Landkreise und die kreisfreien Städte (sog. geborene) Schulträger der Schulform Oberschule.

Die NLSchB überträgt nach § 102 Abs. 3 NSchG kreisangehörigen Gemeinden und Samtgemeinden auf ihren Antrag die Schulträgerschaft für allgemein bildende Schulformen, wenn die Übertragung mit der Entwicklung eines regional ausgeglichenen Bildungsangebots zu vereinbaren ist; vor der Entscheidung über einen solchen Antrag ist der Landkreis von der NLSchB zu hören (§ 102 Abs. 4 NSchG).

Sofern kreisangehörige Gemeinden und Samtgemeinden Anträge nach § 106 Abs. 7 NSchG (bzw. nach § 106 Abs. 8 E-NSchG) auf Errichtung von Oberschulen stellen wollen, haben sie zugleich - gegebenenfalls auch vorab - einen Antrag auf Übertragung der Schulträgerschaft für die Schulform bei der NLSchB einzureichen.

¹ vgl. Nr. 6.4

5.2 Berechtigung zur Errichtung

Nach § 106 Abs. 3 E-NSchG sind die Schulträger berechtigt, Oberschulen zu errichten.

Die Errichtung der Oberschule ist demzufolge eine Option. Die Schulträger sind – anders als z.B. in den Fällen des § 106 Abs. 1 – nicht verpflichtet, diese Schulform einzuführen.

Für einmal errichtete Oberschulen kann anders als bei Gesamtschulen die Aufnahme von Schülerinnen und Schülern nicht beschränkt werden, so dass der Schulträger bei entsprechenden Anmeldungen ggf. zur Erweiterung bis zur Höchstzügigkeit und auch zur Teilung der Schule veranlasst sein kann. Das soll auch dann gelten, wenn Oberschulen als Ganztagschulen geführt werden (vgl. § 59a Abs. 3 E-NSchG). Die Möglichkeit der Regulierung der Schülerströme mit der Festlegung von Schulbezirken bleibt unberührt.

5.3 Stellung der Oberschule im Sekundarbereich I

Die Oberschule kann (ergänzend) neben Hauptschulen, Realschulen, Gymnasien und Gesamtschulen geführt werden. Die genannten Schulformen können folglich auch weiterhin selbstständig geführt werden, organisatorisch zusammengefasste Haupt- und Realschulen können fortgeführt werden.

Die Oberschule kann (ersetzend) anstelle von Hauptschulen, Realschulen und Gesamtschulen errichtet werden, jedenfalls muss aber der Besuch eines Gymnasiums im Gebiet des Landkreises oder der kreisfreien Stadt unter zumutbaren Bedingungen gewährleistet bleiben. Unter „zumutbare Bedingungen“ ist die Zumutbarkeit der Schulwegzeiten zu verstehen, die von den Trägern der Schülerbeförderung je nach den besonderen örtlichen Gegebenheiten flexibel festgesetzt worden sind.

Die Errichtung neuer Kooperativer Gesamtschulen ist ausgeschlossen, ebenso ist eine organisatorische Zusammenfassung von Hauptschulen und Realschulen künftig nicht mehr möglich. Bis zum 31.07.2011 genehmigte organisatorisch zusammengefasste Haupt- und Realschulen können weitergeführt werden (vgl. § 183 Abs. 3 Satz 1 E-NSchG).

5.4 Oberschule mit gymnasialem Angebot

Die Errichtung einer Oberschule mit einem gymnasialen Angebot sowie die (spätere) Erweiterung einer Oberschule um ein gymnasiales Angebot sind zulässig, wenn der Besuch eines Gymnasiums im Gebiet des Landkreises oder der kreisfreien Stadt unter zumutbaren Bedingungen gewährleistet bleibt und der Schulträger desjenigen Gymnasiums zustimmt, das die Schülerinnen und Schüler sonst im Gebiet des Landkreises oder der kreisfreien Stadt besuchen würden.

5.5 Rechtfertigung durch die Entwicklung der Schülerzahlen

Die Schulträger sind zur Errichtung einer Oberschule berechtigt, wenn die Entwicklung der Schülerzahlen dies rechtfertigt.

Der Schulträger ermittelt und legt dar, ob und wie die angegebenen Mindestgrößen nach der Entwicklung der Schülerzahlen und dem Interesse der Erziehungsberechtigten dauerhaft (Prognose der Schülerzahlen für mindestens 10 Jahre, vgl. Nr. 5.6) erreicht werden. Art und Weise der Ermittlung sowie der Darstellung ist dem Schulträger im Rahmen der kommunalen Selbstverwaltung überlassen. Er kann auf bekannte Fakten (z.B. Schülerzahlen, Geburtenzahlen, Schullaufbahneempfehlungen, Anwahlverhalten), aber auch auf neue Erkenntnisse (z.B. Befragung der Erziehungsberechtigten, Vereinbarung mit benachbartem Schulträger) zurückgreifen.

Im Folgenden werden **Fallbeispiele** angeführt, die eine Auswahl denkbarer Ausgangssituationen und Verfahren skizzieren.

Beispiel 1:

Der Schulträger führt am Standort der zu errichtenden Oberschule eine organisatorisch zusammengefasste Haupt- und Realschule (HRS), deren Hauptschulzweig schwach einzügig und deren Realschulzweig zweizügig ist. Die Entwicklung der Schülerzahlen und das Schulanwahlverhalten sind nach der Bevölkerungsentwicklung für den Einzugsbereich der neuen Schule stabil. Der Schulträger kann das Erreichen der Mindestzügigkeit der neuen (ersetzenden) Oberschule (ohne gymnasiales Angebot) auf der Grundlage der vorhandenen Erkenntnisse ermitteln und darstellen.

Beispiel 2:

Der Schulträger führt am Standort der zu errichtenden Oberschule eine HRS, deren Hauptschulzweig schwach einzügig und deren Realschulzweig zweizügig ist. Daneben besucht eine Vielzahl der Schülerinnen und Schüler aus dem Einzugsgebiet der HRS ein Gymnasium in einer mehrere Kilometer entfernten Gemeinde.

Die Entwicklung der Schülerzahlen und das Schulanwahlverhalten sind nach der Bevölkerungsentwicklung für den Einzugsbereich der zu errichtenden Oberschule stabil. Nimmt der Schulträger daher an, dass dauerhaft mindestens 27 Schülerinnen und Schüler den Besuch des gymnasialen Schulzweigs einer örtlichen Oberschule dem Besuch des zuständigen Gymnasiums vorziehen würden, führt er hierzu z.B. eine Trendabfrage bei den Erziehungsberechtigten durch. Der Schulträger kann das Erreichen der Mindestzügigkeit der neuen Oberschule (mit gymnasialem Angebot) auf der Grundlage dieser Erkenntnisse darstellen. Er muss allerdings, um auch das gymnasiale Angebot machen zu können, die Zustimmung des Schulträgers desjenigen Gymnasiums einholen, das die Schülerinnen und Schüler sonst im Gebiet des Landkreises oder der kreisfreien Stadt besuchen würden.

Beispiel 3:

Der Schulträger führt am Standort der zu errichtenden Oberschule eine einzügige Hauptschule sowie eine schwach zweizügige Realschule. Die Entwicklung der Schülerzahlen und das Schulanwahlverhalten sind nach der Bevölkerungsentwicklung für den Einzugsbereich der neuen Schule leicht rückläufig. Über zehn Jahre hinweg ist gleichwohl eine Mindestschülerzahl von 48 Schülerinnen und Schülern anzunehmen. Der Schulträger kann das Erreichen der Mindestzügigkeit der

neuen Oberschule (ohne gymnasiales Angebot) auf der Grundlage der vorhandenen Erkenntnisse darstellen.

Beispiel 4:

Beispiel 2 wird insoweit abgewandelt, als der Schulträger am Standort der zu errichtenden Oberschule eine organisatorisch zusammengefasste Grund-, Haupt- und Realschule (GHR) führt, deren Hauptschulzweig schwach einzügig und deren Realschulzweig zweizügig ist. Eine Vielzahl der Schülerinnen und Schüler aus dem Einzugsgebiet der GHR besuchen ein Gymnasium in einer mehrere Kilometer entfernten Gemeinde.

Die Entwicklung der Schülerzahlen und das Schulanwahlverhalten sind nach der Bevölkerungsentwicklung für den Einzugsbereich der zu errichtenden Oberschule stabil. Nimmt der Schulträger daher an, dass dauerhaft mindestens 27 Schülerinnen und Schüler den Besuch des gymnasialen Angebots einer örtlichen Oberschule dem Besuch des zuständigen Gymnasiums vorziehen würden, führt er hierzu z.B. eine Trendabfrage bei den Erziehungsberechtigten durch. Der Schulträger kann das Erreichen der Mindestzügigkeit der neuen Oberschule (mit gymnasialem Angebot) auf der Grundlage dieser Erkenntnisse darstellen. Er muss allerdings, um auch das gymnasiale Angebot machen zu können, die Zustimmung des Schulträgers desjenigen Gymnasiums einholen, das die Schülerinnen und Schüler sonst im Gebiet des Landkreises oder der kreisfreien Stadt besuchen würden. Sofern es zur Errichtung der Oberschule kommt, wäre der Grundschulzweig der bisherigen GHR als Grundschule zu verselbstständigen.

Beispiel 5:

Der Landkreis A führt in der Gemeinde B am Standort der zu errichtenden Oberschule eine schwach zweizügige Realschule, im Nachbarlandkreis C wird in der an den Landkreis A im angrenzenden Randbereich liegenden Gemeinde D vom Landkreis C eine schwach einzügige Hauptschule geführt. Die Entwicklung der Schülerzahlen und das Schulanwahlverhalten sind nach der Bevölkerungsentwicklung für den Einzugsbereich der neuen Schule (z.B. Gemeinden B und D) stabil. Die benachbarten Landkreise A und C vereinbaren nach § 104 Satz 3 NSchG eine gemeinsame Beschulung in einer Oberschule am Standort B (ggf. gegen ein – vereinbartes - Gastschulgeld des Landkreises C) und stellen die Schülerbeförderung zur neuen Oberschule sicher.

Der Schulträger kann das Erreichen der Mindestzügigkeit der neuen Oberschule (ohne gymnasiales Angebot) auf der Grundlage der vorhandenen Erkenntnisse darstellen.

Beispiel 6:

Der Schulträger führt am Standort der zu errichtenden Oberschule eine Kooperative Gesamtschule, in deren Hauptschulzweig bereits jahrgangsübergreifender Unterricht erteilt wird, deren Realschulzweig zweizügig und deren Gymnasialzweig schwach zweizügig geführt wird. Die Entwicklung der Schülerzahlen und das Schulanwahlverhalten sind nach der Bevölkerungsentwicklung für den Einzugsbereich der neuen Schule leicht rückläufig. Der Schulträger kann das Erreichen der Mindestzügigkeit für eine neue Oberschule mit gymnasialem Angebot auf der Grundlage der vorhandenen Erkenntnisse darstellen.

Beispiel 7:

Ein Schulträger beabsichtigt die Errichtung einer Oberschule an einem Standort, an dem bisher eine weiterführende Schule nicht geführt wird. Im Umkreis der neuen Schule sollen Hauptschulen und Realschulen jahrgangsweise auslaufend aufgehoben werden. Der Schulträger hat die Entwicklung der Schülerzahlen für den neuen Standort zu ermitteln und das erwartete Schulanwahlverhalten (z.B. durch eine Schulbezirksfestlegung, Befragung der Erziehungsberechtigten) darzulegen.

Beispiel 8:

Ein Schulträger beabsichtigt die Errichtung einer Oberschule an einem Standort, an dem bisher eine weiterführende Schule nicht geführt wird. Die Schülerinnen und Schüler aus dem geplanten Einzugsgebiet der neuen Schule besuchen bisher weiterführende Schulformen an anderen Orten. Der Schulträger hat die Entwicklung der Schülerzahlen für den neuen Standort zu ermitteln und das erwartete Schulanwahlverhalten (z.B. durch eine Schulbezirksfestlegung, Befragung der Erziehungsberechtigten) darzulegen.

5.6 Nachhaltigkeit - Prognose der Schülerzahlen

Der Schulträger hat für die schulorganisatorische Maßnahme unter Berücksichtigung der konkreten Bevölkerungsentwicklung eine Prognose der Schülerzahlen für mindestens 10 Jahre zugrunde zu legen (vgl. § 6 Abs. 1 SchOrgVO).

Sofern das Interesse der Erziehungsberechtigten durch eine Befragung festgestellt werden soll, wird empfohlen, die Befragung vorab mit der NLSchB abzustimmen. Dies gilt insbesondere für den Fragebogen und für ggf. beizufügende Elterninformationen.

Fragebogen und Elterninformationen sollten auf die jeweiligen regionalen Besonderheiten und Planungsabsichten abstellen. So kommt es z.B. darauf an, ob ein Schulträger das Interesse an einer bestimmten Form der Oberschule (mit gymnasialem Angebot oder ohne gymnasiales Angebot) an einem bestimmten Ort abfragen will, ob verschiedene Standorte ausgewählt werden können, ob insgesamt eine Realisierung mehrerer Standorte bei entsprechendem Bedarf geplant ist oder letztendlich nur einer der angebotenen Standorte in Betracht kommt, ob vorhandene Schulen (z.B. HRS, HS, RS) aufgehoben werden sollen usw.

5.7 Übergangsregelung

Bei der Errichtung von Oberschulen ohne gymnasiales Angebot darf die Schülerzahl (2 x 24) bis zum 31. Juli 2015 unterschritten werden, wenn bei Errichtung der Oberschule gleichzeitig eine organisatorisch zusammengefasste Haupt- und Realschule aufgehoben wird.

6. Weitere Hinweise und Rahmenbedingungen**6.1 Organisatorische Zusammenfassung**

Nach §106 Abs. 6 Satz 1 Nr. 1 können Grundschulen mit Hauptschulen oder mit Oberschulen ohne gymnasiales Angebot organisatorisch in einer Schule zusammengefasst werden.

Bestehende Grund-, Haupt und Realschulen können folglich in eine organisatorisch zusammengefasste Grund- und Oberschule umgewandelt werden. Die Erweiterung einer solchen Schule um ein gymnasiales Angebot ist nur nach Verselbstständigung des Grundschulzweiges oder nach dessen Aufhebung oder Angliederung an eine andere Grundschule möglich.

6.2 Neuerrichtung sowie „Umwandlung“

Oberschulen können neu errichtet werden, sie können aber auch durch „Umwandlung“ bestehender Hauptschulen, Realschulen, Haupt- und Realschulen sowie Gesamtschulen entstehen. Da das Schulgesetz die „Umwandlung“ einer Schule nicht als schulorganisatorische Maßnahme ausweist, ist von einem besonderen Fall der Errichtung einer Schule auszugehen, die nicht jahrgangsweise aufsteigend erfolgt, sondern alle Schuljahrgänge umfasst. Die „übernommenen“ Schuljahrgänge der Vorläuferschulform werden entsprechend der Vorgaben der Vorläuferschulform weitergeführt (vgl. § 183a Abs. 1 Satz 2 E-NSchG).

Die Ausstattung als offene oder teilweise offene (sog. „teilgebundene“) Ganztagsschule erfolgt - soweit nicht bereits entsprechend ausgestattet - ab Jahrgangsstufe 5 aufsteigend.

Ein gymnasiales Angebot kann ebenfalls nur aufsteigend beginnend mit dem 5. Jahrgang eingerichtet werden.

6.3 Außenstellen

Das Niedersächsische Schulgesetz geht von dem Grundsatz als Regelfall aus, dass Schulen als einheitliche Organisationseinheiten räumlich gebündelt an einem Schulstandort errichtet und fortgeführt werden. Außenstellen kommen daher grundsätzlich nur als befristete „Interimslösung“ in Betracht.

Die Errichtung einer Außenstelle zu einer Stammschule ist insbesondere dann zulässig, wenn ein vorhandener Gebäudebestand genutzt werden kann und sich an den jeweiligen Standorten die Mindestzügigkeit jahrgangsweise - auch in der Mindestschülerzahl - widerspiegelt. Es ist anzustreben, geeignete Doppeljahrgänge (z.B. Jahrgänge 5 und 6 in der Außenstelle und Jahrgänge 7 bis 10 in der Hauptstelle) an den jeweiligen Standorten zu führen. Weiterhin ist sicherzustellen, dass die Teilnahme an Ganztagsangeboten sachgerecht ermöglicht ist.

6.4 Ausnahme: Oberschulen mit gymnasialer Oberstufe

Grundsätzlich wird die Oberschule mit gymnasialem Angebot ohne die Qualifikationsphase der gymnasialen Oberstufe geführt. Für die Umwandlung von Gesamtschulen in Oberschulen ist eine Ausnahme vorgesehen. Wenn die Gesamtschule bereits eine Oberstufe geführt hat, ist dies auch in der Oberschule weiter möglich (vgl. § 183a Abs. 2 E-NSchG).

6.5 Halbtagschule, offene oder teilweise offene (sog. teilgebundene) Ganztagschule

Neue Oberschulen sind nicht automatisch offene oder teilweise offene (sog. teilgebundene) Ganztagschulen. Vielmehr muss eine derartige besondere Organisation der Schule gem. § 23 Abs. 4 NSchG bei der NLSchB beantragt werden. Das Antragsverfahren richtet sich nach den Hinweisen zur Errichtung von Oberschulen als Ganztagschulen, die auf den Internetseiten unter Pfad > Home > Schule > Unsere Schulen > Ganztagschulen zum Download zur Verfügung stehen.

Die Oberschule kann als teilweise offene (sog. teilgebundene) Ganztagschule oder auch als offene Ganztagschule geführt werden. Bei den teilgebundenen Ganztagschulen findet ein verpflichtendes Ganztagsangebot an zwei Tagen in der Woche statt. An den übrigen Tagen ist die Teilnahme freiwillig. Soweit ein Ganztagsangebot an mehr als drei Tagen stattfinden soll, verzichten der Schulträger und die Schule insoweit auf die Bereitstellung finanzieller und personeller Ressourcen. Es gilt insoweit Nr. 8.2 des Erlasses „Die Arbeit in der öffentlichen Ganztagschule“ vom 16.03.2004. Der Ganztagsunterricht wird beginnend mit dem 5. Schuljahrgang vom Errichtungszeitpunkt bzw. „Umwandlungszeitpunkt“ an aufsteigend eingeführt, soweit die Schule nicht bereits über eine entsprechende Ausstattung verfügt.

Der Erlass „Die Arbeit in der öffentlichen Ganztagschule“ vom 16.03.2004 findet Anwendung.

6.6 Schulzweigspezifischer oder jahrgangsbezogener Unterricht

Die Schulen entscheiden über die nach § 10a E-NSchG bestehenden Differenzierungsmöglichkeiten und -erfordernisse, in welchen Fächern schulzweigspezifischer oder jahrgangsbezogener Unterricht erteilt werden soll. Für diese Entscheidung ist der Schulvorstand zuständig.

7. Hinweise zur Umsetzung

7.1 Informationsveranstaltungen

Es bietet sich an, vor Einführung der Schulform an einem Standort Informationsveranstaltungen für die Erziehungsberechtigten durchzuführen, bei denen u.a. die Stellung der Oberschule in der Schulstruktur Niedersachsens, die innere Ausgestaltung der Oberschule, die dort zu erreichenden Abschlüsse sowie die wesentlichen Eckpunkte für die Errichtung dargestellt werden.

7.2 Beteiligung der zuständigen Gremien

Es ist darauf zu achten, dass in den zuständigen Gremien die entsprechenden Beschlüsse gefasst werden. Ebenso ist die Beteiligung des Kreis-/ Gemeinde-/ Stadtelternrates (§ 99 Abs. 1 NSchG) sowie der Schülerversammlung (§ 84 NSchG) rechtzeitig durchzuführen, damit das Ergebnis in die Entscheidung mit einfließen kann.

7.3 Zeitlicher Ablauf und Antragstermin

Der Zeitaufwand für die Antragsprüfung bei der NLSchB und die erforderlichen Beteiligungen können je nach Einzelfall beträchtlich sein. Nach Erteilung der Genehmigung müssen rechtzeitig umfangreiche Vorbereitungsarbeiten für die neue Schule erledigt werden, damit diese zum Schuljahresbeginn ordnungsgemäß ihren Unterrichtsbetrieb aufnehmen kann.

Schulträger sollten daher evtl. Anträge auf Genehmigung der Errichtung einer neuen Schule in der Regel **spätestens bis zum 31.10.** eines Jahres für das jeweils folgende Schuljahr bei der LSchB stellen, wobei es sich bei der Terminsetzung um keine Ausschlussfrist handelt.

Für die Erteilung einer Genehmigung zur Errichtung von Oberschulen zum Schuljahresbeginn 2011/2012 können Anträge auch vor Verabschiedung des Änderungsgesetzes - vorbehaltlich der entsprechenden Gesetzesänderung – gestellt werden (vgl. § 183a Abs. 3 E-NSchG). Bei Anträgen, die nach dem 31.05.2011 gestellt werden, ist eine Entscheidung und ggf. Umsetzung zum Schuljahresanfang 2011/2012 nicht gesichert.

7.4 Kontaktadressen und Ansprechpartner für Beratungen

Für die Beantwortung von weiteren Fragen im Zusammenhang mit der Änderung des NSchG sowie im Zusammenhang mit möglichen schulorganisatorischen Entscheidungen stehen folgende Ansprechpartner unter den aufgeführten Kontaktadressen zur Verfügung:

Niedersächsische Landesschulbehörde Regionalabteilung Lüneburg

Auf der Hude 2
21339 Lüneburg
Postfach: 21 20
21311 Lüneburg
Bernd Schulte
Telefon: 04131-15-2288
E-Mail: bernd.schulte@nlschb.niedersachsen.de

Regionalabteilung Hannover

Am Waterlooplatz 11
30169 Hannover
Postfach 3721
30037 Hannover
Sabine Winkler
Telefon: 0511-106-2198
E-Mail: sabine.winkler@nlschb.niedersachsen.de

Regionalabteilung Braunschweig

Wilhelmstr. 62-69
38100 Braunschweig
Postfach 30 51
38020 Braunschweig
Rudolf Nahser
Telefon: 0531-484-3302
E-Mail: rudolf.nahser@nlschb.niedersachsen.de

Regionalabteilung Osnabrück

Mühlenschweg 8

49090 Osnabrück

Postfach 35 69

49025 Osnabrück

Erwin Graschtat

Telefon: 0541-314-335

E-Mail: erwin.graschtat@nlschb.niedersachsen.de

Die Regionalabteilungen der NLSchB in Lüneburg, Hannover, Braunschweig und Osnabrück sind grundsätzlich für die jeweiligen Gebiete der bis zum 31.12.2004 bestehenden Regierungsbezirke zuständig (Landesschulbehördenbezirke).

Stand: 09.03.2011

Beschlussempfehlung

Kulturausschuss

Hannover, den 04.03.2011

a) Entwurf eines Gesetzes zur Neuordnung der Schulstruktur in Niedersachsen

Gesetzentwurf der Fraktionen der CDU und der FDP - Drs. 16/3155

b) Keine halben Sachen - Voraussetzungen für ein wohnortnahes, regional angepasstes und stabiles Bildungsangebot schaffen

Antrag der Fraktion der SPD - Drs. 16/2278

c) Schullandschaft neu gestalten - Vorfahrt für den Elternwillen

Antrag der Fraktion DIE LINKE - Drs. 16/2766

d) Chance auf tragfähigen Schulkonsens nutzen! Landesregierung muss nachbessern!

Antrag der Fraktion Bündnis 90/Die Grünen - Drs. 16/2978

Berichtersteller: Abg. Björn Försterling (FDP)
(Es ist ein schriftlicher Bericht vorgesehen.)

Der Kulturausschuss empfiehlt dem Landtag,

1. den Gesetzentwurf der Fraktionen der CDU und der FDP - Drs. 16/3155 - mit den aus der Anlage ersichtlichen Änderungen anzunehmen,
2. den Antrag der Fraktion der SPD - Drs. 16/2278 - abzulehnen,
3. den Antrag der Fraktion DIE LINKE - Drs. 16/2766 - abzulehnen,
4. den Antrag der Fraktion Bündnis 90/Die Grünen - Drs. 16/2978 - abzulehnen und
5. die in die Beratungen einbezogenen Eingaben 02100 und 02158 für erledigt zu erklären.

Claus Peter Poppe
Vorsitzender

Gesetzentwurf der Fraktionen der CDU und der FDP -
Drs. 16/3155

Empfehlungen des Kultusausschusses

Gesetz
zur Neuordnung der Schulstruktur in Niedersachsen

Artikel 1
Änderung des Niedersächsischen Schulgesetzes

Das Niedersächsische Schulgesetz in der Fassung vom 3. März 1998 (Nds. GVBl. S. 137), zuletzt geändert durch Gesetz vom 12. November 2010 (Nds. GVBl. S. 517), wird wie folgt geändert:

1. § 5 wird wie folgt geändert:
 - a) Absatz 2 Nr. 1 wird wie folgt geändert:
 - aa) Es wird der folgende neue Buchstabe d eingefügt:

„d) die Oberschule,“.
 - bb) Die bisherigen Buchstaben d bis h werden Buchstaben e bis i.
 - b) Absatz 3 Nr. 3 wird wie folgt geändert:
 - aa) Es wird der folgende neue Buchstabe c eingefügt:

„c) die 11. und 12. Schuljahrgänge der Oberschule,“.
 - bb) Die bisherigen Buchstaben c bis e werden Buchstaben d bis f.

2. Nach § 10 wird der folgende § 10 a eingefügt:

„§ 10 a
Oberschule

(1) ¹In der Oberschule werden Schülerinnen und Schüler des 5. bis 10. Schuljahrgangs unterrichtet. ²An der Oberschule können dieselben Abschlüsse im Sekundarbereich I wie an den in den §§ 9 bis 11 genannten Schulformen erworben werden.

Gesetz
zur Neuordnung der Schulstruktur in Niedersachsen

Artikel 1
Änderung des Niedersächsischen Schulgesetzes

Das Niedersächsische Schulgesetz in der Fassung vom 3. März 1998 (Nds. GVBl. S. 137), zuletzt geändert durch Gesetz vom 12. November 2010 (Nds. GVBl. S. 517), wird wie folgt geändert:

1. *unverändert*

2. Nach § 10 wird der folgende § 10 a eingefügt:

„§ 10 a
Oberschule

(1) ¹In der Oberschule werden Schülerinnen und Schüler des 5. bis 10. Schuljahrgangs unterrichtet. ²**Die Oberschule vermittelt ihren Schülerinnen und Schülern eine grundlegende, erweiterte oder vertiefte Allgemeinbildung und ermöglicht ihnen im Sekundarbereich I den Erwerb derselben Abschlüsse wie an den in den §§ 9, 10 und 11 genannten Schulformen.** ³**Sie stärkt Grundfertigkeiten, selbständiges Lernen, aber auch wissenschaftspropädeutisches Arbeiten und ermöglicht ihren Schülerinnen und Schülern entsprechend ihrer Leistungsfähigkeit und ihren Neigungen individuelle Schwerpunktbildungen.** ⁴**Die Schwerpunktbildung befähigt die Schülerinnen und Schüler, nach Maßgabe der**

Gesetzentwurf der Fraktionen der CDU und der FDP -
Drs. 16/3155

Empfehlungen des Kultusausschusses

(2) ¹Die Oberschule ist nach Schuljahrgängen gegliedert oder in ihr sind die Hauptschule und die Realschule als aufeinander bezogene Schulzweige verbunden. ²§ 9 Abs. 1 Sätze 4 bis 6 und § 10 Abs. 1 Sätze 3 bis 5 gelten entsprechend. ³In der nach Schuljahrgängen gegliederten Oberschule wird der Unterricht in schulzweigspezifischen und schulzweigübergreifenden Lerngruppen erteilt; dabei soll ab dem 9. Schuljahrgang der schulzweigspezifische Unterricht überwiegen. ⁴Ist die Oberschule in Schulzweige gegliedert, wird der Unterricht in überwiegend schulzweigspezifischen Klassenverbänden erteilt.

(3) ¹Die Oberschule kann um einen gymnasialen Schulzweig erweitert werden. ²§ 11 Abs. 1 gilt entsprechend. ³Für die Schülerinnen und Schüler des gymnasialen Schulzweigs soll ab dem 7. Schuljahrgang und muss ab dem 9. Schuljahrgang der Unterricht in überwiegend schulzweigspezifischen Klassenverbänden erteilt werden. ⁴Im 10. Schuljahrgang des gymnasialen Schulzweigs wird die Einführungsphase der gymnasialen Oberstufe geführt.

(4) ¹Soweit die Oberschule um einen gymnasialen Schulzweig erweitert ist, kann ergänzend die Qualifikationsphase der gymnasialen Oberstufe geführt werden. ²Abweichend von Absatz 1 werden dann Schülerinnen und Schüler des 5. bis 12. Schuljahrgangs unterrichtet und es können auch alle Abschlüsse wie am Gymnasium erworben werden. ³§ 11 Abs. 3 Satz 4 und Absätze 4 bis 9 gelten entsprechend.“

3. § 12 erhält folgende Fassung:

„§ 12
Gesamtschulen

(1) ¹Die Gesamtschule ist unabhängig von den in den §§ 9 bis 11 genannten Schulformen nach Schuljahrgängen gegliedert. ²Sie vermittelt ihren Schülerinnen und Schülern eine grundlegende,

Abschlüsse ihren Bildungsweg berufs-, aber auch studienbezogen fortzusetzen. ⁵Der Umfang der Schwerpunktbildung richtet sich nach den organisatorischen, personellen und sächlichen Gegebenheiten der einzelnen Schule. ⁶Die Oberschule arbeitet eng mit berufsbildenden Schulen zusammen.

(2) ¹**In der Oberschule werden** die Hauptschule und die Realschule als aufeinander bezogene Schulzweige **geführt oder sie** ist nach Schuljahrgängen gegliedert. ^{1/1}**Die Schule entscheidet jeweils nach Maßgabe der Sätze 3 und 4 sowie des Absatzes 3 Satz 3, in welchen Schuljahrgängen und Fächern der Unterricht jahrgangsbezogen oder schulzweigspezifisch erteilt wird.** ²_____ (jetzt in Absatz 1 Sätze 2 ff. enthalten) ³In der _____ Oberschule _____ soll ab dem 9. Schuljahrgang der schulzweigspezifische Unterricht überwiegen. ⁴Ist die Oberschule in Schulzweige gegliedert, so wird der Unterricht _____ überwiegend **in** schulzweigspezifischen Klassenverbänden erteilt.

(3) ¹Die Oberschule kann um **ein** gymnasiales **Angebot** erweitert werden. ²§ 11 Abs. 1 gilt entsprechend. ³Für die Schülerinnen und Schüler des gymnasialen **Angebots** soll ab dem 7. Schuljahrgang und muss ab dem 9. Schuljahrgang der Unterricht _____ überwiegend **in** schulzweigspezifischen Klassenverbänden erteilt werden. ⁴**Der** 10. Schuljahrgang des gymnasialen Schulzweigs **ist zugleich** die Einführungsphase der gymnasialen Oberstufe ____.

(4) **wird gestrichen**

3. § 12 erhält folgende Fassung:

„§ 12
Gesamtschule_

(1) ¹Die Gesamtschule ist unabhängig von den in den §§ 9, **10 und** 11 genannten Schulformen nach Schuljahrgängen gegliedert. ²Sie vermittelt ihren Schülerinnen und Schülern eine grundle-

Gesetzentwurf der Fraktionen der CDU und der FDP -
Drs. 16/3155

Empfehlungen des Kultusausschusses

erweiterte oder breite und vertiefte Allgemeinbildung und ermöglicht ihnen eine individuelle Schwerpunktbildung entsprechend ihrer Leistungsfähigkeit und ihren Neigungen. ³Sie stärkt Grundfertigkeiten, selbständiges Lernen und auch wissenschaftspropädeutisches Arbeiten und befähigt ihre Schülerinnen und Schüler, nach Maßgabe der Abschlüsse ihren Bildungsweg berufs- oder studienbezogen fortzusetzen.

(2) ¹In der Gesamtschule werden Schülerinnen und Schüler des 5. bis 12. Schuljahrgangs unterrichtet. ²An der Gesamtschule können dieselben Abschlüsse wie an den in den §§ 9 bis 11 genannten Schulformen erworben werden. ³Im 10. Schuljahrgang wird die Einführungsphase der gymnasialen Oberstufe geführt. ⁴Die Schuljahrgänge 11 und 12 werden als Qualifikationsphase der gymnasialen Oberstufe geführt. ⁵§ 11 Abs. 3 Satz 4 und Absätze 4 bis 9 gelten entsprechend. ⁶Eine Gesamtschule kann abweichend von Satz 1 auch ohne die Schuljahrgänge 11 und 12 geführt werden.“

4. § 23 Abs. 5 wird gestrichen.

gende, erweiterte oder breite und vertiefte Allgemeinbildung und ermöglicht ihnen eine individuelle Schwerpunktbildung entsprechend ihrer Leistungsfähigkeit und ihren Neigungen. ³Sie stärkt Grundfertigkeiten, selbständiges Lernen und auch wissenschaftspropädeutisches Arbeiten und befähigt ihre Schülerinnen und Schüler, nach Maßgabe der Abschlüsse ihren Bildungsweg berufs- oder studienbezogen fortzusetzen.

(2) ¹In der Gesamtschule werden Schülerinnen und Schüler des 5. bis 12. Schuljahrgangs unterrichtet. ²An der Gesamtschule können dieselben Abschlüsse wie an den in den §§ 9, **10 und** 11 genannten Schulformen erworben werden. ³Im 10. Schuljahrgang wird die Einführungsphase der gymnasialen Oberstufe geführt. ⁴Die Schuljahrgänge 11 und 12 werden als Qualifikationsphase der gymnasialen Oberstufe geführt. ⁵§ 11 Abs. 3 Satz 4 und **Abs. 4 bis 9 gilt** entsprechend. ⁶Eine Gesamtschule kann abweichend von Satz 1 auch ohne die Schuljahrgänge 11 und 12 geführt werden.“

4. *unverändert*

4/1. § 38 a Abs. 3 wird wie folgt geändert:

- a) **Es wird die folgende neue Nummer 9 eingefügt:**

„9. die Form, in der die Oberschule geführt wird (§ 10 a Abs. 2 Satz 1), und darüber, in welchen Fächern und Schuljahrgängen der Oberschule der Unterricht jahrgangsbezogen und in welchen er schulzweigspezifisch erteilt wird,“.

- b) **Die bisherigen Nummern 9 bis 14 werden Nummern 10 bis 15.**

4/2. § 38 b Abs. 6 wird wie folgt geändert:

- a) **In Satz 1 Nr. 3 Halbsatz 1 werden die Worte „für zwei Schuljahre“ gestrichen.**

- b) **Es wird der folgende neue Satz 3 eingefügt:**

„³Die Vertreterinnen und Vertreter nach Satz 1 werden für ein Schuljahr oder für zwei Schuljahre gewählt.“

Gesetzentwurf der Fraktionen der CDU und der FDP -
Drs. 16/3155

Empfehlungen des Kultusausschusses

5. § 39 wird wie folgt geändert:
- a) In Absatz 3 wird das Wort „können“ durch das Wort „kann“ ersetzt.
 - b) In Absatz 5 Satz 5 wird die Verweisung „Absatz 1 oder 2“ durch die Verweisung „Abs. 1“ ersetzt.
6. In § 50 Abs. 1 Satz 2 wird die Verweisung „§ 39 Abs. 1 und 2“ durch die Verweisung „§ 39 Abs. 1“ ersetzt.
7. In § 51 Abs. 1 Satz 1 werden nach dem Wort „Gesamtschulen“ die Worte „und Oberschulen“ eingefügt.
8. § 54 a wird wie folgt geändert:
- a) Absatz 1 wird einziger Absatz.
 - b) Absatz 2 wird gestrichen.
9. In § 59 a Abs. 2 wird der Klammerzusatz „§ 106 Abs. 7 Satz 4“ durch den Klammerzusatz „§ 106 Abs. 8 Satz 4“ ersetzt.
- c) **Der bisherige Satz 3 wird Satz 4; darin wird die Verweisung „Die §§ 75 und 91“ durch die Verweisung „§ 75 Abs. 2 bis 4 und § 91“ ersetzt.**
5. § 39 wird wie folgt geändert:
- a) *unverändert*
 - b) In Absatz 5 Satz 5 wird die **Angabe „oder 2“ gestrichen.**
- 5/1. § 41 wird wie folgt geändert:**
- a) **In Absatz 1 werden nach dem Wort "Konferenzen" ein Komma und die Worte "von Bildungsgangs- und Fachgruppen" eingefügt.**
 - b) **In Absatz 2 Satz 2 werden nach dem Wort "Konferenzen" ein Komma und die Worte "Bildungsgangs- und Fachgruppen" eingefügt.**
6. *unverändert*
7. *unverändert*
8. § 54 a wird wie folgt geändert:
- a) **Der bisherige Absatz 1 wird einziger Absatz.**
 - b) *unverändert*
9. ____ § 59 a **wird wie folgt geändert:**
- a) **In Absatz 2 wird der Klammerzusatz „(§ 106 Abs. 7 Satz 4)“ durch den Klammerzusatz „(§ 106 Abs. 8 Satz 4)“ ersetzt.**
 - b) **Es wird der folgende neue Absatz 3 eingefügt:**

„(3) Die Aufnahme in Oberschulen kann nicht nach Absatz 1 beschränkt werden.“

Gesetzentwurf der Fraktionen der CDU und der FDP -
Drs. 16/3155

Empfehlungen des Kultusausschusses

10. § 61 wird wie folgt geändert:

a) Absatz 3 erhält folgende Fassung:

„(3) Ordnungsmaßnahmen sind:

1. Ausschluss vom Unterricht in einem oder in mehreren Fächern oder ganz oder teilweise von dem Unterricht ergänzenden Förder- oder Freizeitangebot bis zu einem Monat,
2. Überweisung in eine Parallelklasse,
3. Überweisung an eine andere Schule derselben Schulform oder eine Schule, an der die Schülerin oder der Schüler entsprechend ihrer oder seiner Leistungsfähigkeit beschult werden kann,
4. Ausschluss vom Unterricht sowie von dem Unterricht ergänzenden Förder- und Freizeitangebot bis zu drei Monaten,

5. Verweisung von der Schule,

6. Verweisung von allen Schulen.“

b) Es wird der folgende neue Absatz 4 eingefügt:

„(4) Einer Ordnungsmaßnahme nach Absatz 3 Nrn. 3 bis 6 soll eine Androhung vorausgehen.“

c) Die bisherigen Absätze 4 bis 7 werden Absätze 5 bis 8.

c) Die bisherigen Absätze 3 und 4 werden Absätze 4 und 5.

10. § 61 wird wie folgt geändert:

a) Absatz 3 erhält folgende Fassung:

„(3) Ordnungsmaßnahmen sind:

1. Ausschluss vom Unterricht in einem oder in mehreren Fächern oder ganz oder teilweise von dem **den** Unterricht ergänzenden Förder- oder Freizeitangebot bis zu einem Monat,

2. *unverändert*

3. **wird (hier) gestrichen** (jetzt Nummer 4/1)

4. Ausschluss vom Unterricht sowie von dem **den** Unterricht ergänzenden Förder- und Freizeitangebot bis zu drei Monaten,

4/1. Überweisung an eine andere Schule derselben Schulform oder, wenn eine solche Schule nicht unter zumutbaren Bedingungen zu erreichen ist, an eine Schule mit einem der bisherigen Beschulung der Schülerin oder des Schülers entsprechenden Angebot,

5. *unverändert*

6. *unverändert*

b) **wird gestrichen**

c) **wird gestrichen**

Gesetzentwurf der Fraktionen der CDU und der FDP -
Drs. 16/3155

Empfehlungen des Kultusausschusses

- d) Der neue Absatz 5 erhält folgende Fassung:

„(5) ¹Eine Maßnahme nach Absatz 3 Nrn. 3 bis 6 setzt voraus, dass die Schülerin oder der Schüler durch den Schulbesuch die Sicherheit von Menschen ernstlich gefährdet oder den Schulbetrieb nachhaltig und schwer beeinträchtigt hat. ²Die Verweisung von einer oder allen Schulen darf nur im Sekundarbereich II, jedoch nicht bei berufsschulpflichtigen Schülerinnen und Schülern, angeordnet werden. ³Für die Dauer eines Ausschlusses vom Unterricht darf die Schülerin oder der Schüler das Schulgelände nicht betreten, während dort Unterricht oder eine andere schulische Veranstaltung stattfindet. ⁴Eine Maßnahme nach Absatz 3 Nr. 6 kann auch nach Verlassen der Schule von der bislang besuchten Schule angeordnet werden.“

- e) Im neuen Absatz 6 Satz 2 werden nach den Worten „Die Gesamtkonferenz kann sich“ ein Komma und die Worte „einer Bildungsgangs- oder Fachgruppe“ eingefügt.

- f) In Absatz 8 werden die Worte „derselben Schulform“ durch die Worte „, der Ausschluss von der Schule“ ersetzt.

11. § 63 Abs. 4 wird wie folgt geändert:

- a) In Nummer 3 werden nach den Worten „einer Realschule“ ein Komma und die Worte „einer Oberschule“ eingefügt und am Ende das Wort „oder“ durch ein Komma ersetzt.

- b) Es wird die folgende neue Nummer 4 eingefügt:

„4. einer Oberschule mit gymnasialem Schulzweig haben und diesen besuchen müssten oder“

- c) Die bisherige Nummer 4 wird Nummer 5.

- d) Im dritten Spiegelstrich wird das Wort „und“ durch ein Komma ersetzt.

- d) _____ Absatz 4 erhält folgende Fassung:

„(4) ¹Eine Maßnahme nach Absatz 3 Nrn. 3 bis 6 setzt voraus, dass die Schülerin oder der Schüler durch den Schulbesuch die Sicherheit von Menschen ernstlich gefährdet oder den Schulbetrieb nachhaltig und schwer beeinträchtigt hat. ²Die Verweisung von einer oder allen Schulen darf nur im Sekundarbereich II, jedoch nicht bei berufsschulpflichtigen Schülerinnen und Schülern, angeordnet werden. ³Für die Dauer **einer Maßnahme nach Absatz 3 Nr. 4 und nach Anordnung einer Maßnahme nach Absatz 3 Nr. 4/1, 5 oder 6** darf die Schülerin oder der Schüler das Schulgelände nicht betreten, während dort Unterricht oder eine andere schulische Veranstaltung stattfindet; **Widerspruch und Anfechtungsklage haben keine aufschiebende Wirkung.** ⁴Eine Maßnahme nach Absatz 3 Nr. 6 kann auch nach Verlassen der Schule von der bislang besuchten Schule angeordnet werden.“

- e) In _____ Absatz 5 Satz 2 werden nach den Worten „Die Gesamtkonferenz kann sich“ ein Komma und die Worte „einer Bildungsgangs- oder Fachgruppe“ eingefügt.

- f) In Absatz 7 werden die Worte „derselben Schulform“ durch **ein Komma und** die Worte „_ **die Verweisung** von der Schule“ ersetzt.

11. § 63 Abs. 4 wird wie folgt geändert:

- a) In Nummer 3 **wird** _____ am Ende das Wort „oder“ durch ein Komma ersetzt.

- b) Es wird die folgende neue Nummer 4 eingefügt:

„4. einer Oberschule _____ haben _____ oder“.

- c) *unverändert*

- d) **Der dritte Spiegelstrich erhält folgende Fassung:**

Gesetzentwurf der Fraktionen der CDU und der FDP -
Drs. 16/3155

Empfehlungen des Kultusausschusses

- e) Es wird der folgende neue vierte Spiegelstrich eingefügt:

„– im Fall der Nummer 4 ein Gymnasium und“

- f) Im letzten Spiegelstrich werden die Zahl „4“ durch die Zahl „5“ ersetzt sowie nach dem Wort „Realschule“ ein Komma und das Wort „Oberschule“ eingefügt.

12. Dem § 64 wird der folgende Absatz 3 angefügt:

„(3) ¹Kinder, deren Deutschkenntnisse nicht ausreichen, um erfolgreich am Unterricht teilzunehmen, sind verpflichtet, im Jahr vor der Einschulung nach näherer Bestimmung durch das Kultusministerium an besonderen schulischen Sprachfördermaßnahmen teilzunehmen. ²Die Schule stellt bei den gemäß Absatz 1 Satz 1 künftig schulpflichtigen Kindern fest, ob die Voraussetzungen des Satzes 1 vorliegen.“

13. In § 71 Abs. 1 Satz 1 werden nach den Worten „Veranstaltungen der Schule“ die Worte „einschließlich der besonderen schulischen Sprachfördermaßnahmen nach § 64 Abs. 3“ eingefügt.
14. In § 80 Abs. 3 werden nach den Worten „zuständigen Konferenz“ die Worte „oder der Bildungsgangs- und Fachgruppen“ eingefügt.

15. In § 96 Abs. 3 werden nach den Worten „zuständigen Konferenz“ die Worte „oder der Bildungsgangs- und Fachgruppen“ eingefügt.

16. In § 97 Abs. 3 Satz 1 werden nach dem Wort „Realschulen“ und dem folgenden Komma das Wort „Oberschulen“ und ein Komma eingefügt.

„– im Fall der Nummer 3 eine Gesamtschule oder eine Oberschule,“.

- e) Es wird der folgende neue vierte Spiegelstrich eingefügt:

„– im Fall der Nummer 4 **eine Hauptschule, eine Realschule, eine Gesamtschule oder** ein Gymnasium und“.

- f) Im letzten Spiegelstrich werden die Zahl „4“ durch die Zahl „5“ ersetzt sowie nach dem Wort „Realschule“ ein Komma und **die Worte „eine Oberschule“** eingefügt.

12. *unverändert*

13. In § 71 Abs. 1 Satz 1 **Halbsatz 1** werden nach **dem Wort** „_____ Schule“ die Worte „einschließlich der besonderen schulischen Sprachfördermaßnahmen nach § 64 Abs. 3“ eingefügt.
14. In § 80 Abs. 3 **Satz 1** werden nach **dem Wort „Schulvorstand“ das Wort „oder“ durch ein Komma ersetzt und nach dem Wort „_____ Konferenz“** die Worte „oder **den** Bildungsgangs- und Fachgruppen“ eingefügt.

14/1. In § 94 Satz 2 Nr. 3 werden die Worte „im Schulvorstand“ und das folgende Komma gestrichen.

15. In § 96 Abs. 3 **Satz 1** werden nach _____ **dem Wort „Schulvorstand“ das Wort „oder“ durch ein Komma ersetzt und nach dem Wort „_____ Konferenz“** die Worte „oder **den** Bildungsgangs- und Fachgruppen“ eingefügt.

16. In § 97 Abs. 3 Satz 1 werden nach dem Wort „Realschulen“ _____ **ein Komma und** das Wort „Oberschulen“ _____ eingefügt.

Gesetzentwurf der Fraktionen der CDU und der FDP -
Drs. 16/3155

Empfehlungen des Kultusausschusses

17. § 105 Abs. 1 wird wie folgt geändert:

- a) In Nummer 2 wird die Verweisung „§ 63 Abs. 4 Nrn. 1 und 4“ durch die Verweisung „§ 63 Abs. 4 Nrn. 1, 4 und 5“ ersetzt.
- b) In Nummer 3 wird die Verweisung „§ 61 Abs. 3 Nr. 2“ durch die Verweisung „§ 61 Abs. 3 Nr. 3“ ersetzt.

18. § 106 wird wie folgt geändert:

- a) Absatz 2 erhält folgende Fassung:

„(2) Die Schulträger sind berechtigt, neben Hauptschulen, Realschulen, Oberschulen und Gymnasien Gesamtschulen zu führen, wenn die Entwicklung der Schülerzahlen dies rechtfertigt und wenn der Besuch einer Hauptschule und einer Realschule oder einer Oberschule sowie eines Gymnasiums im Gebiet des Landkreises oder der kreisfreien Stadt unter zumutbaren Bedingungen gewährleistet bleibt.“

- b) Es wird der folgende neue Absatz 3 eingefügt:

„(3) ¹Die Schulträger sind berechtigt, neben oder anstelle von Hauptschulen, Realschulen und Gesamtschulen Oberschulen zu errichten, wenn die Entwicklung der Schülerzahlen dies rechtfertigt und wenn der Besuch eines Gymnasiums im Gebiet des Landkreises oder der kreisfreien Stadt unter zumutbaren Bedingungen gewährleistet bleibt. ²Die Erweiterung einer Oberschule um einen gymnasialen Schulzweig ist nur im Einvernehmen mit dem Schulträger des ansonsten von den Schülerinnen und Schülern zu besuchenden Gymnasiums zulässig. ³Absatz 1 bleibt im Übrigen unberührt.“

17. § 105 ____ wird wie folgt geändert:

- a) **Absatz 1 wird wie folgt geändert:**

- aa) In Nummer 2 wird die Verweisung „§ 63 Abs. 4 Nrn. 1 und 4“ durch die Verweisung „§ 63 Abs. 4 Nrn. 1, 4 und 5“ ersetzt.
- bb) In Nummer 3 wird die Verweisung „§ 61 Abs. 3 Nr. 2“ durch die Verweisung „§ 61 Abs. 3 Nr. 4/1“ ersetzt.

- b) **In Absatz 2 Satz 1 Halbsatz 2 wird die Angabe „§ 59 a Abs. 3 Satz 2“ durch die Angabe „§ 59 a Abs. 4 Satz 2“ ersetzt.**

18. § 106 wird wie folgt geändert:

- a) Absatz 2 erhält folgende Fassung:

„(2) Die Schulträger sind berechtigt, neben **den Schulen nach den §§ 9 bis 11** Gesamtschulen zu führen, wenn die Entwicklung der Schülerzahlen dies rechtfertigt und ____ im Gebiet des Landkreises oder der kreisfreien Stadt der Besuch

1. einer Hauptschule und einer Realschule oder

2. einer Oberschule

sowie eines Gymnasiums unter zumutbaren Bedingungen gewährleistet bleibt.“

- b) Es wird der folgende neue Absatz 3 eingefügt:

„(3) ¹Die Schulträger sind berechtigt, ____ Oberschulen zu errichten, wenn die Entwicklung der Schülerzahlen dies rechtfertigt ____ (Nachsatz jetzt in Satz 2).
^{1/1}**Errichten die Schulträger Oberschulen, so sind sie von der Pflicht befreit, Hauptschulen und Realschulen zu führen.** ²Die Erweiterung einer Oberschule um ein gymnasiales **Angebot** ist ____ zulässig, wenn der Besuch eines Gymnasiums im Gebiet des Landkreises oder der kreisfreien Stadt unter zumutbaren Bedingungen gewährleistet bleibt **und** ____ der Schulträger **desjenigen** Gymnasiums **zustimmt, das die** Schülerinnen und Schüler **sonst im Gebiet des Land-**

Gesetzentwurf der Fraktionen der CDU und der FDP -
Drs. 16/3155

Empfehlungen des Kultusausschusses

- kreises oder der kreisfreien Stadt besuchen würden.** ³Absatz 1 bleibt im Übrigen unberührt.“
- c) Die bisherigen Absätze 3 bis 8 werden Absätze 4 bis 9.
- d) Der neue Absatz 6 wird wie folgt geändert:
- aa) Nummer 1 erhält folgende Fassung:
- „1. Grundschulen mit Hauptschulen oder mit Oberschulen ohne gymnasialen Schulzweig,“
- bb) Nummer 2 wird gestrichen.
- cc) Die bisherige Nummer 3 wird Nummer 2.
- e) Der neue Absatz 8 wird wie folgt geändert:
- aa) In Satz 1 wird die Verweisung „nach den Absätzen 1 bis 3 und 5“ durch die Verweisung „nach den Absätzen 1 bis 4 und 6“ ersetzt.
- bb) Am Ende des Satzes 4 werden die Worte „und wenn der Besuch einer Hauptschule, Realschule oder Oberschule sowie eines Gymnasiums im Gebiet des Landkreises oder der kreisfreien Stadt unter zumutbaren Bedingungen gewährleistet bleibt“ eingefügt.
19. § 114 wird wie folgt geändert:
- a) In Absatz 1 Satz 2 wird die Verweisung „§ 54 a Abs. 2“ durch die Verweisung „§ 64 Abs. 3“ ersetzt.
- b) In Absatz 3 Satz 3 wird die Verweisung „§ 61 Abs. 3 Nr. 2“ durch die Verweisung „§ 61 Abs. 3 Nr. 3“ ersetzt.
- c) *unverändert*
- d) Der neue Absatz 6 wird wie folgt geändert:
- aa) Nummer 1 erhält folgende Fassung:
- „1. Grundschulen mit Hauptschulen oder mit Oberschulen ohne gymnasiales **Angebot sowie**.“
- bb) *unverändert*
- cc) *unverändert*
- e) Der neue Absatz 8 wird wie folgt geändert:
- aa) In Satz 1 **werden** die Verweisung „nach den Absätzen 1 bis 3 und 5“ durch die Verweisung „nach den Absätzen 1 bis 4 und 6“ **und die Verweisung „§ 12 Abs. 4 Satz 5“ durch die Verweisung „§ 12 Abs. 2 Satz 6“** ersetzt.
- aa/1) In Satz 3 wird nach dem Wort „Landkreisordnung“ die Angabe „sowie § 176 Abs. 1 Satz 2 des Niedersächsischen Kommunalverfassungsgesetzes“ eingefügt.
- bb) **wird gestrichen**
19. § 114 wird wie folgt geändert:
- a) *unverändert*
- b) In Absatz 3 Satz 3 wird die Verweisung „§ 61 Abs. 3 Nr. 2“ durch die Verweisung „§ 61 Abs. 3 **Nr. 4/1**“ ersetzt.

Gesetzentwurf der Fraktionen der CDU und der FDP -
Drs. 16/3155

Empfehlungen des Kultusausschusses

19/1. § 129 Abs. 3 erhält folgende Fassung:

„(3) ¹Schülerinnen und Schüler, die diesem Bekenntnis nicht angehören, können aufgenommen werden, soweit dadurch der Anteil der bekenntnisfremden Schülerinnen und Schüler an der Gesamtschülerzahl den in § 157 Abs. 1 Satz 1 genannten Vorphundertatz nicht überschreitet. ²Das Kultusministerium kann auf Antrag des Schulträgers, der nur im Einvernehmen mit der Schule gestellt werden kann, eine Ausnahme zulassen; über die Erteilung des Einvernehmens der Schule entscheidet der Schulvorstand. ³Das Kultusministerium wird ermächtigt, das Nähere, insbesondere die Voraussetzungen für eine Ausnahme nach den Sätzen 2 und 3/1 sowie die Auswahl und das Aufnahmeverfahren, durch Verordnung zu regeln. ^{3/1}Durch die Verordnung können vorübergehende oder auf örtlichen Besonderheiten beruhende Ausnahmen nach Satz 2 zugelassen werden. ⁴§ 52 Abs. 5 findet entsprechende Anwendung.“

19/2. § 135 Abs. 5 erhält folgende Fassung:

„(5) ¹Eine Schule nach § 129 soll in eine Schule für Schülerinnen und Schüler aller Bekenntnisse umgewandelt werden, wenn bei einer Abstimmung die Mehrheit der Erziehungsberechtigten der Umwandlung zustimmt. ²Über die Umwandlung entscheidet der Schulträger; die Entscheidung bedarf der Genehmigung der Schulbehörde. ³Abstimmungen über eine Umwandlung finden statt, wenn

1. die Erziehungsberechtigten von mindestens 10 vom Hundert der Schülerinnen und Schüler dies schriftlich beantragen,
2. der Schulträger dies beschließt oder
3. der Anteil der bekenntnisfremden Schülerinnen und Schüler an der Gesamtschülerzahl den in § 157 Abs. 1 Satz 1 genannten Vorphundertatz in vier aufeinander folgenden Schuljahren überschreitet.

⁴§134 ist entsprechend anzuwenden.“

19/3. § 138 Abs. 2 erhält folgende Fassung:

Gesetzentwurf der Fraktionen der CDU und der FDP -
Drs. 16/3155

Empfehlungen des Kultusausschusses

„(2) Abweichend von § 129 Abs. 3 können auf Antrag der Erziehungsberechtigten auch Schülerinnen und Schüler aufgenommen werden, die diesem Bekenntnis nicht angehören, wenn ihnen der Weg zu anderen Schulen nicht zugemutet werden kann.“

20. § 150 Abs. 3 Satz 2 Nr. 1 wird wie folgt geändert:
- a) Es wird der folgende neue Buchstabe d eingefügt:

„d) Oberschulen 1 968 Euro,“.
 - b) Die bisherigen Buchstaben d und e werden Buchstaben e und f.

20. *unverändert*

21. § 169 Abs. 1 Nr. 1 wird wie folgt geändert:
- a) Es wird der folgende neue Buchstabe d eingefügt:

„d) Oberschulen,“.
 - b) Die bisherigen Buchstaben d bis f werden Buchstaben e bis g.

21. *unverändert*

22. § 170 Abs. 1 Nr. 1 wird wie folgt geändert:
- a) Es wird der folgende neue Buchstabe c eingefügt:

„c) Oberschulen,“.
 - b) Die bisherigen Buchstaben c bis e werden Buchstaben d bis f.

22. *unverändert*

23. In § 176 Abs. 1 Nr. 2 werden nach den Worten „und an den sonstigen Veranstaltungen der Schule“ die Worte „einschließlich der besonderen schulischen Sprachfördermaßnahmen nach § 64 Abs. 3“ eingefügt.

23. In § 176 Abs. 1 Nr. 2 werden nach **dem Wort** „_____ Schule“ die Worte „einschließlich der besonderen schulischen Sprachfördermaßnahmen nach § 64 Abs. 3“ eingefügt.

24. § 183 wird wie folgt geändert:
- a) Die Überschrift erhält folgende Fassung:

„Sonderregelungen für Hauptschulen und Realschulen“.

24. § 183 wird wie folgt geändert:

- a) *unverändert*
- b) Absatz 3 erhält folgende Fassung:

„(3) ¹Bis zum 31. Juli 2011 genehmigte organisatorisch zusammengefasste Haupt-

- b) *unverändert*

Gesetzentwurf der Fraktionen der CDU und der FDP -
Drs. 16/3155

Empfehlungen des Kultusausschusses

und Realschulen können weitergeführt werden. ²Eine bestehende organisatorische Zusammenfassung mit einer Grundschule oder einer Förderschule bleibt unberührt. ³§ 106 Abs. 1 bleibt im Übrigen unberührt.“

25. Nach § 183 werden die folgenden §§ 183 a und 183 b eingefügt:

„§ 183 a
Sonderregelungen für Oberschulen

¹Wenn eine Oberschule gleichzeitig für mehrere Schuljahrgänge errichtet wird, sind die Vorschriften für die Oberschule beginnend mit dem ersten Schuljahrgang nach der Errichtung anzuwenden. ²Für die übrigen Schuljahrgänge sind die Vorschriften für die Haupt- und Realschulen weiter anzuwenden.

§ 183 b
Sonderregelungen für Gesamtschulen

(1) Auf die bis zum 31. Juli 2008 genehmigten Gesamtschulen und auf die bis zum 31. Juli 2008 erteilten Genehmigungen nach § 106 Abs. 8 Satz 4 ist anstelle von § 106 Abs. 1 und 2 weiterhin § 106 Abs. 1 in der bis zum 31. Juli 2008 geltenden Fassung anzuwenden.

(2) ¹Am 31. Juli 2011 bestehende Kooperative Gesamtschulen können weitergeführt werden. ²§ 106 Abs. 1 bleibt unberührt. ³Auf sie ist § 12 Abs. 2 und § 183 Abs. 3 in der bis zum 31. Juli

c) Die Absätze 4 und 5 werden gestrichen.

25. Nach § 183 werden die folgenden §§ 183 a und 183 b eingefügt:

„§ 183 a
Sonderregelungen für Oberschulen

(1) ¹An neu errichteten Oberschulen sind die Vorschriften für die Oberschule **im ersten Schuljahr nach ihrer Errichtung nur auf den** ersten Schuljahrgang _____ anzuwenden. ²Für die übrigen Schuljahrgänge sind die Vorschriften weiter **anzuwenden, die für die entsprechenden bisherigen Schulformen gelten.**

(2) ¹An neu errichteten Oberschulen kann die Qualifikationsphase der gymnasialen Oberstufe geführt werden, wenn bei Errichtung der Oberschule gleichzeitig eine Gesamtschule aufgehoben wird, die die Qualifikationsphase der gymnasialen Oberstufe geführt hat. ²Abweichend von § 10 a Abs. 1 werden dann auch Schülerinnen und Schüler des 11. und 12. Schuljahrgangs unterrichtet und es können auch alle Abschlüsse wie am Gymnasium erworben werden. ³§ 11 Abs. 3 Satz 4 und Abs. 4 bis 9 gilt entsprechend.

(3) Genehmigungen zur Errichtung von Oberschulen mit Wirkung ab 1. August 2011 können bereits vor diesem Zeitpunkt erteilt werden.

§ 183 b
Sonderregelungen für Gesamtschulen

(1) *unverändert*

(2) ¹Am 31. Juli 2011 bestehende Kooperative Gesamtschulen können weitergeführt werden. ²§ 106 Abs. 1 bleibt unberührt. ³Auf sie ist § 12 Abs. 2 und § 183 Abs. 3 in der bis zum 31. Juli

Gesetzentwurf der Fraktionen der CDU und der FDP -
Drs. 16/3155

Empfehlungen des Kultusausschusses

2011 geltenden Fassung anzuwenden. ⁴§ 61 Abs. 3 Nr. 3 findet entsprechende Anwendung.

(3) ¹Bestehende Kooperative Gesamtschulen, denen abweichend von § 12 Abs. 2 Satz 1 eine Gliederung nach Schuljahrgängen genehmigt wurde, können diese Gliederung beibehalten. ²Der Unterricht ist dann in schulzweigspezifischen und schulzweigübergreifenden Lerngruppen zu erteilen, wobei der schulzweigspezifische Unterricht überwiegen muss.

(4) ¹Soweit die Vorschriften des § 5 Abs. 3 Nr. 3 Buchst. b und des § 12 Abs. 4 bestimmen, dass auch die Integrierte Gesamtschule und die nach Schuljahrgängen gegliederte Kooperative Gesamtschule mit dem 12. Schuljahrgang enden, sind sie erstmals auf den Schuljahrgang anzuwenden, der sich im Schuljahr 2010/2011 im 5. Schuljahrgang befindet. ²Im Übrigen sind stattdessen die bis zum 31. Juli 2010 geltenden Vorschriften weiter anzuwenden.“

26. Nach § 184 wird der folgende § 184 a eingefügt:

„§ 184 a
Übergangsregelung für die Wahlen
zum Landeseltern- und Landesschülerrat

Die nach § 169 Abs. 2 und nach § 170 Abs. 2 in Verbindung mit § 169 Abs. 2 erforderlichen Wahlen getrennt nach den jeweils in Absatz 1 genannten Gruppen erfolgen erstmals für die auf das Inkrafttreten des Gesetzes folgende Amtszeit nach § 172.“

Artikel 2
Änderung des Niedersächsischen
Personalvertretungsgesetzes

Das Niedersächsische Personalvertretungsgesetz in der Fassung vom 22. Januar 2007 (Nds. GVBl. S. 11), zuletzt geändert durch Artikel 2 des Gesetzes vom 21. Januar 2010 (Nds. GVBl. S. 16), wird wie folgt geändert:

1. § 93 Abs. 2 wird wie folgt geändert:

a) Es wird die folgende neue Nummer 5 eingefügt:

„5. Oberschule,“.

2011 geltenden Fassung anzuwenden.
⁴

(3) ¹Bestehende Kooperative Gesamtschulen, denen abweichend von § 12 Abs. 2 Satz 1 **in der bis zum 31. Juli 2011 geltenden Fassung** eine Gliederung nach Schuljahrgängen genehmigt wurde, können diese Gliederung beibehalten. ²Der Unterricht ist dann in schulzweigspezifischen und schulzweigübergreifenden Lerngruppen zu erteilen, wobei der schulzweigspezifische Unterricht überwiegen muss.

(4) ¹Soweit die Vorschriften des § 5 Abs. 3 Nr. 3 Buchst. b und des § 12 Abs. **2 Satz 1** bestimmen, dass auch die Integrierte Gesamtschule und die nach Schuljahrgängen gegliederte Kooperative Gesamtschule mit dem 12. Schuljahrgang enden, sind sie erstmals auf den Schuljahrgang anzuwenden, der sich im Schuljahr 2010/2011 im 5. Schuljahrgang befindet. ²Im Übrigen sind stattdessen die bis zum 31. Juli 2010 geltenden Vorschriften weiter anzuwenden.“

26. Nach § 184 wird der folgende § 184 a eingefügt:

„§ 184 a
Übergangsregelung für die Wahlen
zum Landeseltern- und Landesschülerrat

Die nach § 169 Abs. 2 und _____ § 170 Abs. 2 _____ erforderlichen Wahlen getrennt nach den **dort** jeweils in Absatz 1 genannten Gruppen erfolgen erstmals für die auf **den 1. August 2011** folgende Amtszeit nach § 172.“

Artikel 2
Änderung des Niedersächsischen
Personalvertretungsgesetzes

Das Niedersächsische Personalvertretungsgesetz in der Fassung vom 22. Januar 2007 (Nds. GVBl. S. 11), zuletzt geändert durch Artikel 2 des Gesetzes vom 21. Januar 2010 (Nds. GVBl. S. 16), wird wie folgt geändert:

1. *unverändert*

Gesetzentwurf der Fraktionen der CDU und der FDP -
Drs. 16/3155

Empfehlungen des Kultusausschusses

- b) Die bisherigen Nummern 5 bis 7 werden
Nummern 6 bis 8.

1/1. In § 101 Abs. 3 Nr. 2 wird die Verweisung „§ 106 Abs. 6 NSchG“ durch die Verweisung „§ 106 Abs. 8 NSchG“ ersetzt.

2. Dem § 121 wird der folgende Absatz 3 angefügt:

2. *unverändert*

„(3) ¹Nach Einführung der Fachgruppe Oberschule bestehen die gewählten Schulstufenvertretungen bis zum Ende der regelmäßigen Amtszeit fort. ²Die Vorschriften über die vorzeitige Neuwahl der Stufenvertretungen (§ 48 Abs. 1 Satz 1 i. V. m. § 23) bleiben unberührt.“

Artikel 3

Änderung des Niedersächsischen Besoldungsgesetzes

§ 1

Änderung des Niedersächsischen Besoldungsgesetzes

Die Anlage 1 (zu § 2) des Niedersächsischen Besoldungsgesetzes in der Fassung vom 7. November 2008 (Nds. GVBl. S. 334), zuletzt geändert durch Artikel X des Gesetzes vom XX. Dezember 2010 (Nds. GVBl. S. XXX), wird wie folgt geändert:

1. Die Niedersächsische Besoldungsordnung A wird wie folgt geändert:
- a) In der Besoldungsgruppe 14 werden folgende Ämter eingefügt:

- aa) „Oberschulkonrektorin, Oberschulkonrektor“ mit den Funktionszusätzen „- als die ständige Vertreterin oder der ständige Vertreter der Leiterin oder des Leiters einer Oberschule ohne Oberstufe mit einer Schülerzahl bis 360“ und „- als die ständige Vertreterin oder der ständige Vertreter der Leiterin oder des Leiters

Artikel 3

Änderung des Niedersächsischen Besoldungsgesetzes

§ 1

Änderung des Niedersächsischen Besoldungsgesetzes

Die Anlage 1 (zu § 2) des Niedersächsischen Besoldungsgesetzes in der Fassung vom 7. November 2008 (Nds. GVBl. S. 334), zuletzt geändert durch Artikel 1 des Gesetzes vom 17. Dezember 2010 (Nds. GVBl. S. 631), wird wie folgt geändert:

1. Die Niedersächsische Besoldungsordnung A wird wie folgt geändert:
- a) In der Besoldungsgruppe 14 werden **die** folgenden Ämter eingefügt:

**„Zweite Oberschulkonrektorin, Zweiter Oberschulkonrektor
- einer Oberschule mit einer Schülerzahl von mehr als 540**

**Zweite Oberschulkonrektorin, Zweiter Oberschulkonrektor
- einer Oberschule mit einer Schülerzahl von mehr als 1 000 ³⁾**

- ____ Oberschulkonrektorin, Oberschulkonrektor____
- als die ständige Vertreterin oder der ständige Vertreter der Leiterin oder des Leiters einer Oberschule ohne Oberstufe mit einer Schülerzahl **von 181 bis 360** ____
- als die ständige Vertreterin oder der

Gesetzentwurf der Fraktionen der CDU und der FDP -
Drs. 16/3155

Empfehlungen des Kultusausschusses

einer Oberschule ohne Oberstufe mit einer Schülerzahl von 361 bis 540³⁾“,

- bb) „Oberschulrektorin, Oberschulrektor“ mit den Funktionszusätzen „- als die Didaktische Leiterin oder der Didaktische Leiter einer Oberschule mit einer Schülerzahl bis 540“, „- als Leiterin oder Leiter des Sekundarbereichs I einer Oberschule mit einer Schülerzahl von mehr als 540“, „- als Leiterin oder Leiter einer Oberschule ohne Oberstufe mit einer Schülerzahl bis 360³⁾“, „- als Leiterin oder Leiter des Sekundarbereichs II einer Oberschule³⁾“ und „- als die Didaktische Leiterin oder der Didaktische Leiter einer Oberschule mit einer Schülerzahl von 541 bis 1 000³⁾“.

- b) In der Besoldungsgruppe 15 werden

- aa) beim Amt „Direktorstellvertreterin, Direktorstellvertreter“ die Funktionszusätze „- als die ständige Vertreterin oder der ständige Vertreter der Leiterin oder des Leiters einer Oberschule ohne Oberstufe mit einer Schülerzahl von 541 bis 1 000“ und „- als die ständige Vertreterin oder der ständige Vertreter der Leiterin oder des Leiters einer Oberschule mit Oberstufe³⁾“, einer Oberschule ohne Oberstufe mit einer Schülerzahl von mehr als 1 000³⁾“ angefügt,
- bb) die Ämter „Oberschuldirektorin, Oberschuldirektor - als Leiterin oder Leiter einer Oberschule ohne Oberstufe mit einer Schülerzahl von 541 bis 1 000³⁾“, „Oberschulrektorin, Oberschulrektor“ mit den Funktionszusätzen „- als Leiterin oder Leiter einer Oberschule ohne Oberstufe mit einer Schülerzahl von 361 bis 540“ und „- als die Didaktische Leiterin oder der Didaktische Leiter einer Oberschule mit einer Schülerzahl von mehr als 1 000“ eingefügt.

ständige Vertreter der Leiterin oder des Leiters einer Oberschule ohne Oberstufe mit einer Schülerzahl von 361 bis 540³⁾ _

- ____ Oberschulrektorin, Oberschulrektor

- als die Didaktische Leiterin oder der Didaktische Leiter einer Oberschule mit einer Schülerzahl **von 288** bis 540 _____
- **als Leiterin oder Leiter einer Oberschule mit einer Schülerzahl bis 180**
- als Leiterin oder Leiter einer Oberschule ohne Oberstufe mit einer Schülerzahl **von 181** bis 360³⁾ _
- als Leiterin oder Leiter des Sekundarbereichs II einer Oberschule³⁾ ____
- als die Didaktische Leiterin oder der Didaktische Leiter einer Oberschule mit einer Schülerzahl von 541 bis 1 000³⁾“.

- b) In der Besoldungsgruppe 15 werden

- aa) beim Amt „Direktorstellvertreterin, Direktorstellvertreter“ **beim Funktionszusatz** „_ als die ständige Vertreterin oder der ständige Vertreter der Leiterin oder des Leiters“ **die Bezeichnungen** „einer Oberschule ohne Oberstufe mit einer Schülerzahl von 541 bis 1 000“ und _____ „einer Oberschule mit Oberstufe³⁾“ **oder** _____ einer Schülerzahl von mehr als 1 000³⁾“ **eingefügt**,

- bb) die **folgenden Ämter eingefügt**:

„Oberschuldirektorin, Oberschuldirektor
- als Leiterin oder Leiter einer Oberschule ohne Oberstufe mit einer Schülerzahl von 541 bis 1 000³⁾ _

Oberschulrektorin, Oberschulrektor

- als Leiterin oder Leiter einer Oberschule ohne Oberstufe mit einer Schülerzahl von 361 bis 540 _____
- als die Didaktische Leiterin oder der Didaktische Leiter einer Oberschule mit einer Schülerzahl von mehr als 1 000 “ ____.

Gesetzentwurf der Fraktionen der CDU und der FDP -
Drs. 16/3155

Empfehlungen des Kultusausschusses

- c) In der Besoldungsgruppe 16 wird das Amt „Oberschuldirektorin, Oberschuldirektor - als Leiterin oder Leiter einer Oberschule mit Oberstufe, einer Oberschule ohne Oberstufe mit einer Schülerzahl von mehr als 1 000“ eingefügt.
2. In der Niedersächsischen Besoldungsordnung B wird in der Besoldungsgruppe 2 das Amt „Präsidentin oder Präsident der Niedersächsischen Schulinspektion“ gestrichen.

§ 2 Überleitungen

Am Tag vor und am Tag des Inkrafttretens dieses Gesetzes vorhandene Beamtinnen und Beamte in Ämtern, deren Amtsbezeichnung sich ändert, werden nach Maßgabe der Überleitungsübersicht (Anlage) übergeleitet; sie führen die neue Amtsbezeichnung.

- c) In der Besoldungsgruppe 16 wird das Amt „Oberschuldirektorin, Oberschuldirektor - als Leiterin oder Leiter einer Oberschule mit Oberstufe **oder** _____ mit einer Schülerzahl von mehr als 1 000“ eingefügt.

2. *unverändert*

§ 2 Überleitungen

_____ Beamtinnen und Beamte in Ämtern, deren Amtsbezeichnung sich **am Tag des Inkrafttretens dieses Gesetzes** ändert, werden nach Maßgabe der Überleitungsübersicht (Anlage) übergeleitet; sie führen die neue Amtsbezeichnung.

Artikel 3/1 Änderung der Schulorganisationsverordnung

Die Verordnung für die Schulorganisation vom 17. Februar 2011 (Nds. GVBl. S. 62) wird wie folgt geändert:

1. § 4 wird wie folgt geändert:

- a) In Absatz 1 wird die Tabelle wie folgt geändert:
- aa) In Nummer 2 Spalte 4 Satz 1 Halbsatz 1 wird die Verweisung „§ 106 Abs. 5“ durch die Verweisung „§ 106 Abs. 6“ ersetzt.
- bb) Es wird die folgende neue Nummer 4 eingefügt:

„4	Oberschule im Sekundarbereich I			
4.1	Oberschule ohne gymnasiales Angebot	2	6	
4.2	Oberschule mit gymnasialem Angebot	3, bei Schulzweigglie- derung davon mindestens 1	9“.	

Gesetzentwurf der Fraktionen der CDU und der FDP -
Drs. 16/3155

Empfehlungen des Kultusausschusses

		im gymnasia- len Schulzweig		
--	--	--------------------------------	--	--

cc) (jetzt in Doppelbuchstabe bb)

dd) (jetzt in Doppelbuchstabe bb)

ee) Die bisherigen Nummern 4 bis 8 werden Nummern 5 bis 9.

ff) In der neuen Nummer 7 erhält die Spalte 1 folgende Bezeichnung:

„Oberschule, Gymnasium und Gesamtschule im Sekundarbereich II“.

gg) In der neuen Nummer 9 Spalte 4 wird die Verweisung „§ 106 Abs. 5 Satz 1 Nr. 3“ durch die Verweisung „§ 106 Abs. 6 Satz 1 Nr. 2“ ersetzt.

b) In Absatz 3 wird die Tabelle wie folgt geändert:

aa) Nach der Zeile

„Realschule	27“
-------------	-----

werden die folgenden Zeilen eingefügt:

„Oberschule ohne gymnasiales Angebot	24 Diese Schülerzahl darf bis zum 31. Juli 2015 unterschritten werden, wenn bei Errichtung der Oberschule gleichzeitig eine organisatorisch zusammengefasste Haupt- und Realschule aufgehoben wird.
Oberschule im Sekundarbereich I mit gymnasialem Angebot	
im gymnasialen Angebot	27
im Übrigen	24“.

Gesetzentwurf der Fraktionen der CDU und der FDP -
Drs. 16/3155

Empfehlungen des Kultusausschusses

- bb) In der Zeile „Integrierte Gesamtschule im Sekundarbereich I“ wird in der Spalte „Schülerzahl je Zug oder Lerngruppe“ die Zahl „26“ durch die Zahl „24“ ersetzt.
 - cc) In der Zeile „Gymnasium und Gesamtschule im Sekundarbereich II“ werden vor dem Wort „Gymnasium“ das Wort „Oberschule“ und ein Komma eingefügt.
- 2. In § 5 Abs. 1 wird der Klammerzusatz „(§ 106 Abs. 4 Satz 1 Nr. 1 NSchG)“ durch den Klammerzusatz „(§ 106 Abs. 5 Satz 1 Nr. 1 NSchG)“ ersetzt.
 - 3. In § 6 Abs. 1 wird die Verweisung „§ 106 Abs. 1 und 2“ durch die Verweisung „§ 106 Abs. 1 bis 3“ ersetzt.

Artikel 3/2

Änderung der Stellenzulagenverordnung

§ 1 der Verordnung über Stellenzulagen für Lehrkräfte mit besonderen Funktionen vom 23. Juni 2010 (Nds. GVBl. S. 254) wird wie folgt geändert:

Am Ende des Absatzes 1 werden der Punkt durch ein Komma ersetzt und die folgende Nummer 5 angefügt:

- „5. Fachkonferenzleiterinnen und Fachkonferenzleiter an Oberschulen mit einer Schülerzahl von mehr als 287 eine Stellenzulage von 150 Euro monatlich; die Sätze 1 und 2 der Vorbemerkung Nummer 5 zu den Niedersächsischen Besoldungsordnungen A, B, C und W gelten entsprechend.“

Artikel 4
Inkrafttreten

Dieses Gesetz tritt am 1. August 2011 in Kraft.

Artikel 4
Inkrafttreten

unverändert

Gesetzentwurf der Fraktionen der CDU und der FDP -
Drs. 16/3155

Empfehlungen des Kultusausschusses

Anlage

(zu Artikel 3 § 2)

Überleitungsübersicht

Bisherige Besoldungsgruppe, Amtsbezeichnung, Funktion	Neue Besoldungsgruppe	Neue Amtsbezeichnung, Funktion
<u>Besoldungsgruppe A 13</u>		
Konrektorin, Konrektor als Dezernentin oder Dezernent beim Landesamt für Lehrerbildung und Schulentwicklung	–	Konrektorin, Konrektor als Dezernentin oder Dezernent beim Niedersächsischen Landesin- stitut für schulische Qualitätsentwick- lung
<u>Besoldungsgruppe A 14</u>		
Förderschulkonrektorin, För- derschulkonrektor als Dezernentin oder Dezernent beim Landesamt für Lehrerbildung und Schulentwicklung	–	Förderschulkonrektorin, Förder- schulkonrektor als Dezernentin oder Dezernent beim Niedersächsischen Landesin- stitut für schulische Qualitätsentwick- lung
Oberstudienrätin, Oberstudien- rat als Dezernentin oder Dezernent beim Landesamt für Lehrerbildung und Schulentwicklung	–	Oberstudienrätin, Oberstudienrat als Dezernentin oder Dezernent beim Niedersächsischen Landesin- stitut für schulische Qualitätsentwick- lung
Realschulkonrektorin, Real- schulkonrektor als Dezernentin oder Dezernent beim Landesamt für Lehrerbildung und Schulentwicklung	–	Realschulkonrektorin, Realschul- konrektor als Dezernentin oder Dezernent beim Niedersächsischen Landesin- stitut für schulische Qualitätsentwick- lung
<u>Besoldungsgruppe A 15</u>		
Direktorin oder Direktor beim Landesamt für Lehrerbildung und Schulentwicklung	–	Direktorin oder Direktor beim Niedersächsischen Landesin- stitut für schulische Qualitätsentwick- lung
<u>Besoldungsgruppe A 16</u>		
Leitende Direktorin oder Lei- tender Direktor beim Landesamt für Lehrerbildung und Schulentwicklung	–	Leitende Direktorin oder Leitender Direktor beim Niedersächsischen Landesin- stitut für schulische Qualitätsentwick- lung
<u>Besoldungsgruppe B 2</u>		
Präsidentin oder Präsident des Landesamtes für Lehrerbil- dung und Schulentwicklung	–	Präsidentin oder Präsident des Niedersächsischen Landesinsti- tuts für schulische Qualitätsentwick- lung

B e s c h l u s s v o r l a g e**Vorlage-Nr.: 2011/001**

freigegeben am 05.01.2011

GB 1

Sachbearbeiter/in: Stefan Unnewehr

Datum: 05.01.2011**Schulhofskonzept für die Schulen der Gemeinde Rastede****Beratungsfolge:**

<u>Status</u>	<u>Datum</u>	<u>Gremium</u>
Ö	29.03.2011	Schulausschuss
N	12.04.2011	Verwaltungsausschuss

Beschlussvorschlag:

Die Vorgehensweise betreffend des Sanierungs- beziehungsweise Modernisierungsprogramms der Schulhöfe der Gemeinde Rastede wird beschlossen.

Sach- und Rechtslage:

Bereits seit längerer Zeit zeichnet sich ab, dass die Schulhöfe der gemeindlichen Schulen Sanierungs- und Modernisierungsbedarf haben. In den vergangenen Jahren hatten allerdings die Gebäudeunterhaltung und energetische Sanierungen Priorität. Zwischenzeitlich hat sich der Zustand einiger Schulhöfe weiter verschlechtert, sodass Handlungsbedarf besteht.

Die Prioritäten stellen sich wie folgt dar:

Kooperative Gesamtschule Wilhelmstraße

Kein aktueller Handlungsbedarf.

Die Außenanlagen und Schulhofsflächen befinden sich in einem durchweg befriedigenden Zustand. Spiel- und Sportgeräte werden teilweise 2011 durch eingeworbene Sponsorengelder und mit Unterstützung der Gemeinde Rastede ergänzt.

Bild 1 – Anlage 2 (Blick auf den neuen „Menschenkicker“ - 2010 durch die KGS beschafft)

Förderschule am Voßbarg

Kein aktueller Handlungsbedarf.

Die Außenanlagen und Freiflächen der Förderschule befinden sich in einem insgesamt guten Zustand. Mittelfristig sind keine größeren Sanierungsarbeiten erforderlich.

Grundschule Loy

Kein aktueller Handlungsbedarf.

In den vergangenen Jahren wurden die Spielgeräte ergänzt und eine Gerätehütte aufgestellt. Mittelfristig sind auch hier keine größeren Sanierungsarbeiten erforderlich.

Grundschule Leuchtenburg

Kein aktueller Handlungsbedarf.

Grundschule Feldbreite

Im Rahmen der Gestaltung der neuen Schulsportanlage werden die Wege auf dem Schulhofsgelände erneuert. Dadurch soll unter anderem der derzeit erhebliche Sandeintrag in das Schulgebäude verringert und eine behindertengerechte Nutzung der Freiflächen ermöglicht werden. Weiterhin ist in Planung, die Schulhofsfäche in Richtung Regenrückhaltebecken durch einfaches ergänzen der Zaunanlagen zu erweitern. Die Maßnahmen wurden bereits mit der Schulleitung abgestimmt und werden in diesem Jahr realisiert. Das Kunststofffeld, das in die Nutzung des Schulhofes der Grundschule integriert ist, wurde im Jahr 2010 überholt.

Bild 2 – Anlage 2 (Blick auf das Schulhofsgelände der GS Feldbreite aus Richtung Regenrückhaltebecken)

Bild 3 – Anlage 2 (Blick in Richtung Regenrückhaltebecken/VfL-Halle)

Grundschule Hahn-Lehmden

In Hahn-Lehmden ist für 2011 neben dem 3. Bauabschnitt der energetischen Sanierung die Aufstellung eines großen Spielkombigerätes im Haushalt eingeplant. Sanierungsbedürftig sind daneben Teile der geteerten Schulhofsfäche. Die Erneuerung dieser Teilflächen hat allerdings nicht die höchste Priorität, da ausreichend Ausweichflächen zur Verfügung stehen, die eine angemessene zeitliche Rückstellung zulassen.

Bild 4 – Anlage 2 (Teerfläche mit Ausbesserungen)

Grundschule Wahnbek

Der geteerte Schulhof ist zwischenzeitlich wiederholt ausgebessert worden und bedarf mittlerweile einer gründlichen Erneuerung. Aus Sicht der Verwaltung genießt diese Maßnahme eine hohe Priorität, da weitere Ausbesserungen des Platzes keinen länger anhaltenden Erfolg versprechen. Eine Sanierung sollte eine angemessene Neugestaltung beinhalten.

Bild 5 – Anlage 2 (Schulhof der GS Wahnbek mit starken Beschädigungen der Teerfläche)

Bild 6 – Anlage 2 (Teerfläche im Bereich der Fahrradschuppen)

Bild 7 – Anlage 2 (Schulhofsgelände mit Zugang zur Sporthalle)

Kooperative Gesamtschule, Gebäudekomplex Feldbreite

Das Schulhofsgelände des Gebäudekomplexes Feldbreite befindet sich mittlerweile in einem stark verbesserungswürdigen Zustand. Die letzten Winter haben den Teerflächen so stark zugesetzt, dass eine Erneuerung des gesamten Platzes dringend geboten ist. Lose Teerbrocken werden mittlerweile als Wurfgeschosse von den Schülerinnen und Schülern genutzt und haben bereits zu Beschädigungen der Glasfront der neuen Pausenhalle geführt.

Die Freiflächen und Spielgeräte sind stark abgenutzt und bedürfen ebenfalls einer dringenden Überarbeitung. Hier ist eine Neukonzeption notwendig, um einen attraktiven und unfallfreien Pausenraum für die Schülerinnen und Schüler zu schaffen. Hinzu kommt, dass durch den Neubau der Turnhalle Feldbreite Teile des ehemaligen Schulhofes entfallen sind und die Turnhalle in das Schulhofsgelände einzubinden ist. Das war letztlich der Ausschlag gebende Grund für einen Aufschub der weiteren Planungen.

Bild 8 – Anlage 2 (Einfahrt zum Schulhof)

Bilder 9 und 10 – Anlage 2 (Schäden am Teerbelag)

Bild 11 – Anlage 2 (Schulhofssituation während einer Pause)

Seitens der Verwaltung wird deshalb vorgeschlagen, die Sanierung der Schulhöfe in folgender Reihenfolge durchzuführen:

- 2012 – Kooperative Gesamtschule, Gebäudekomplex Feldbreite (ggf. aufgeteilt auf mehrere Bauabschnitte)
- 2013 – Grundschule Wahnbek
- 2014 – Grundschule Hahn-Lehmden

Im Jahr 2014 sollten die verbliebenen Schulhöfe einer erneuten Prüfung unterzogen werden, damit gegebenenfalls das Programm ab 2015 fortgesetzt werden kann.

Um eine realistische Einschätzung zu den benötigten Finanzmitteln geben zu können, wurde für die Schulhofsfläche der KGS Feldbreite eine Entwurfsplanung bei der Landschaftsplanung Gardeler-Hemmrich in Oldenburg abgefragt. Aufgrund der Flächengrößen werden die Aufwendungen nicht unerheblich sein; Details können jedoch erst ermittelt werden, wenn die Planungen entsprechend konkretisiert sind. Dem als Anlage beigefügten Übersichtsplan ist zu entnehmen, wie eine mögliche Gestaltung aussehen könnte.

Die Entwurfsplanung wird im Rahmen der Sitzung näher vorgestellt.

Soweit das Schulhofskonzept die grundsätzliche Zustimmung der politischen Gremien findet, erfolgt die Vorstellung der Detailplanungen rechtzeitig vor den Haushaltsberatungen für das Haushaltsjahr 2012.

Die Kosten der Gesamtmaßnahme können ermittelt und in den politischen Gremien zur Diskussion gestellt werden, sobald konkrete Detailplanungen vorliegen. Gegebenenfalls kann die Realisierung in mehreren Bauabschnitten erfolgen, um auf der einen Seite die jährlichen Belastungen für den Haushalt überschaubar zu halten und auf der anderen Seite, um die Arbeiten in den Ferienzeiten vorzunehmen, damit der laufende Schulbetrieb so wenig wie möglich beeinträchtigt wird.

Finanzielle Auswirkungen:

Die finanziellen Auswirkungen sind abhängig von den konkreten Detailplanungen. Die benötigten Haushaltsmittel werden im Rahmen der Haushaltsberatungen 2012 vorgestellt.

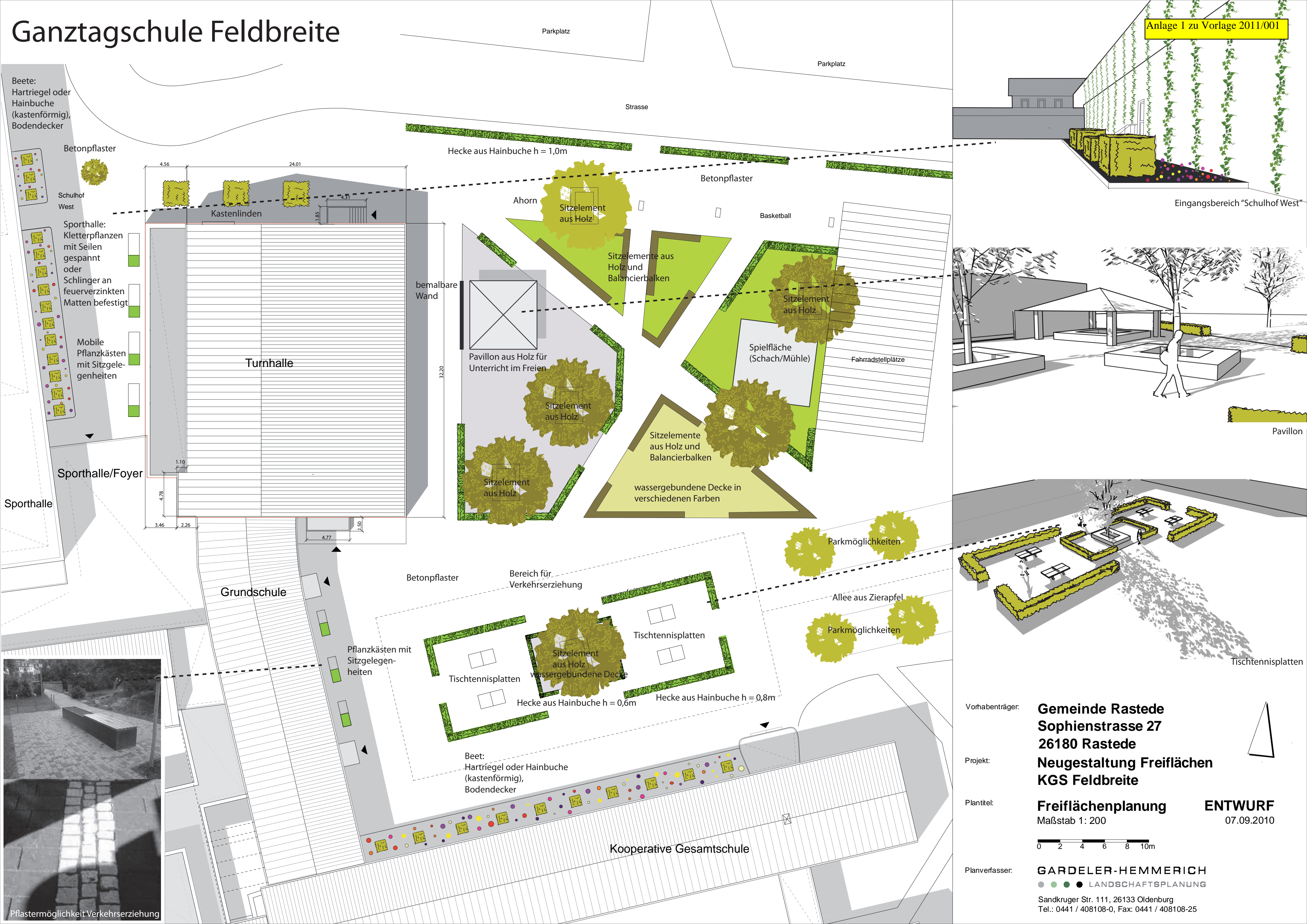
Die Detailplanungen und Kosten für die vorgesehenen Umsetzungen des Schulhofskonzeptes der Folgejahre werden jeweils im Rahmen der Vor- und Haushaltsberatungen dargestellt.

Anlagen:

Anlage 1 – Entwurfsplanung

Anlage 2 – Bilder Schulhöfe

Ganztagschule Feldbreite



Anlage 1 zu Vorlage 2011/001

Eingangsbereich "Schulhof West"

Pavillon

Tischtennisplatten

Vorhabenträger: **Gemeinde Rastede**
Sophienstrasse 27
26180 Rastede

Projekt: **Neugestaltung Freiflächen**
KGS Feldbreite

Plantitel: **Freiflächenplanung**
Maßstab 1: 200

Planverfasser: **GARDELER-HEMMERICH**
● ● ● ● LANDSCHAFTSPLANUNG

Sandkruger Str. 111, 26133 Oldenburg
Tel.: 0441 / 408108-0, Fax: 0441 / 408108-25

ENTWURF
07.09.2010

0 2 4 6 8 10m

**Bilder von den Schulhöfen der Schulen
der
Gemeinde Rastede**



Bild 1 – KGS Wilhelmstraße



Blick auf den neuen „Menschenkicker“ (2010 durch die KGS beschafft)

Bild 2 – GS Feldbreite



Blick auf das Schulhofgelände der GS Feldbreite aus Richtung
Regenrückhaltebecken

Bild 3 – GS Feldbreite



Blick in Richtung Regenrückhaltebecken/VfL-Halle

Bild 4 – GS Hahn-Lehmden



Teerfläche mit Ausbesserungen

Bild 5 – GS Wahnbek



Schulhof der GS Wahnbek mit starken Beschädigungen der Teerfläche

Bild 6 – GS Wahnbek



Teerfläche im Bereich der Fahrradschuppen

Bild 7 – GS Wahnbek



Schulhofsgelände mit Zugang zur Sporthalle

Bild 8 – KGS Feldbreite



Einfahrt zum Schulhof

Bild 9 – KGS Feldbreite



Schäden am Teerbelag

Bild 10 – KGS Feldbreite



Schäden am Teerbelag

Bild 11 – KGS Feldbreite



Schulhofssituation während einer Pause